Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Jahrgang 3
25. Mai 1978

Nr. 4/78

Dokumente zum Kampf der Befreiungsbewegung in Eritrea

Aktionsprogramm des Kommunistischen Bundes Österreichs zum Kampf um die materielle Lage der Studenten und ihre Studienbedingungen (Entwurf)

21. August 1968 — Gesichtspunkte zum Auftreten gegen die sozialimperialistische Okkupation der CSSR

Zwei Reden von Genossen Tschu En-lai zum sowjetischen Überfall auf die CSSR im August 1968

Eine jugoslawische Stellungnahme zur Frage des Kernenergiemonopols der beiden Supermächte

Nach 110 Tagen Streik in den US-Kohlengruben: Der Streik abgebrochen, der Kampfgeist ungebrochen.

KB

Kommunistischer Bund Österreichs

Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verleger: Kommunistischer Bund Österreichs.
F.d.Inh.verantw.: Wolfgang Stagel, alle 1020 Wien, Krummbaumgasse 1.
Druck: A. Wieser Ges.m.b.H., 1040 Wien, Rienößlgasse 12

Dokumente zum Kampf der Befreiungsbewegung in Eritrea

Vorbemerkung der Redaktion

Der revolutionäre Befreiungskampf der eritreanischen Nation hat eine lange Geschichte, in deren Verlauf sich das Volk zwei Befreiungsorganisationen geschaffen hat, EPLF und ELF, die heute diesen Kampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus und seine kubanischen Söldnertruppen führen. Die russischen Sozialimperialisten haben eine weltweite Hetzkampagne entfacht, um ihre verbrecherische Aggression am Horn von Afrika zu bemänteln und zu rechtfertigen. Dabei diffamieren sie die eritreanische Revolution als „reaktionäre Separatistenbewegung". Die vorliegenden Dokumente der Befreiungsorganisationen geben Aufschluß über Inhalt, Ziel und Mittel der eritreanischen Revolution, und zeigen, daß diese fester Bestandteil der proletarischen Weltrevolution sind. Die Programme von EPLF und ELF sind einige Jahre alt und wurden in einer Situation beschlossen, als sich der Befreiungskampf noch nicht direkt gegen den Hauptkriegstreiber Nummer 1, den Sozialimperialismus, richtete.

Zu Beginn der 70er-Jahre behandelten die Befreiungsbewegungen eine Zeitlang ihre Differenzen als antagonistische Widersprüche, die zum Teil auch militärisch ausgetragen wurden. Dies drückte sich auch in den Programmen von ELF und EPLF aus, in denen diese Phase der Geschichte der eritreischen Revolution und die Rolle von ELF und EPLF dabei unterschiedlich beurteilt werden. Die entsprechenden Passagen in den beiden Programmen, die diese Zeit schildern sind von uns ausgelassen worden. Wo im Programm der EPLF von der „ELF" die Rede ist, ist die alte Führung der ELF gemeint, die sich aus konservativen und feudalen Kräften zusammensetzte. Mit dem 1. Nationalen Kongreß der ELF wurden diese Kräfte zum größten Teil aus der Führung entfernt. Mittlerweile setzt sich in beiden Organisationen immer stärker der Wunsch durch, entsprechend den gemeinsamen programmatischen Zielen beim Aufbau der antiimperialistischen Einheitsfront voranzukommen. Dies wird durch die abgedruckte gemeinsame Erklärung von 1977 dokumentiert, wie auch durch die gegenwärtig laufenden gemeinsamen Vorbereitungen für die Abhaltung eines „Nationalen Volkskongresses".

Interview mit Issayas Afeworki, Stellvertretender Generalsekretär der EPLF

(August 1977, zuerst veröffentlicht in der Saudi-Arabischen Zeitung „Al-Madina Al Manawarah" und der Kuwaitischen Zeitschrift „Al- Yakza", Auszüge).



Genosse Issayas Afeworki, Stellvertretender Generalsekretär der EPLF

„Wir betrachten die Sowjetunion, wie auch jeden anderen Staat, der sich auf die Seite unseres Feindes stellt, als unseren Feind. Das gilt für die Sowjetunion genauso wie für alle anderen, wobei wir die Bedeutung der Eritreanischen Revolution in der heutigen Weltsituation berücksichtigen. Wir greifen jetzt die Sowjetunion auch direkt in den Publikationen der Eritreanischen Revolution wegen ihrer Unterstützung für Äthiopien an. Anschuldigungen gegen uns, wir seien marxistisch, treffen nicht zu. Weder bin ich persönlich ein Marxist, noch ist es die Front. Tatsächlich sind wir Nationalisten, die für das legitime Recht des eritreanischen Volkes eintreten."

Die Kontakte mit der ELF unter Führung von Ahmad Mohammed Nasser haben zu positiven Schritten geführt.

„Diejenigen, die uns der Aussöhnung mit dem äthiopischen Regime bezichtigen, beschimpfen uns bloß hemmungslos, ohne diese Beschimpfungen auf Tatsachen zu begründen. Unsere Taten auf dem Schlachtfeld allein genügen, um diese Diffamierungen ausreichend zu beantworten. Die Opfer, die kürzlich von der Front für die Befreiung Kerens (einer der größten Städte Eritreas, der Übers.) gebracht wurden, haben alle Beobachter in Staunen versetzt. Es handelte sich um ungeheure Opfer von 250 Toten und 500 Verwundeten."

Frage des Redakteurs: „Welche Stufe haben die Einheitsbestrebungen der verschiedenen Kräfte der eritreanischen Revolution erreicht?

Afeworki: Dieses Problem hängt von der Ernsthaftigkeit der ELF ab, ihrer Bereitschaft die Differenzen mit der EPLF zu lösen. Es gibt erste Anzeichen dafür, daß eine Vereinbarung getroffen werden kann, die alle Streitpunkte umfaßt, seitdem ein Abkommen über militärische Zusammenarbeit zwischen den beiden Fronten erzielt wurde. Dies gelang beim letzten Zusammentreffen im Juni 1977.

Frage: Schlugen sich die Resultate dieser Zusammenarbeit in gemeinsamen Militäraktionen nieder?

Afeworki: Bis heute . . . nein. Aber wir hoffen, daß dies bald der Fall sein wird.

Frage: Welche Beziehungen haben Sie heute zu Osman Saleh Sabbi?

Afeworki: Es gibt überhaupt keine Beziehungen.

Frage: Haben sie Osman Sabbi in die Diskussion über die Einheit der nationalen Kräfte Eritreas einbezogen?

Afeworki: Die Einheitsgespräche wurden zwischen der Volksfront und der Befreiungsfront (EPLF und ELF) durchgeführt . . . . Osman Sabbi hat keinen Platz bei einem solchen Treffen . . . . und wir lehnen jede Art von Treffen, Dialog oder Verständigung mit diesem Mann ab. Er stellt weder eine „Dritte Kraft" in Eritrea dar, noch wird er das jemals können.

Frage: Heißt das, daß sie sich auch nie bei den Einheitsgesprächen mit ihm treffen werden, die demnächst unter der Obhut von Präsident Numeiry in Khartoum stattfinden werden?

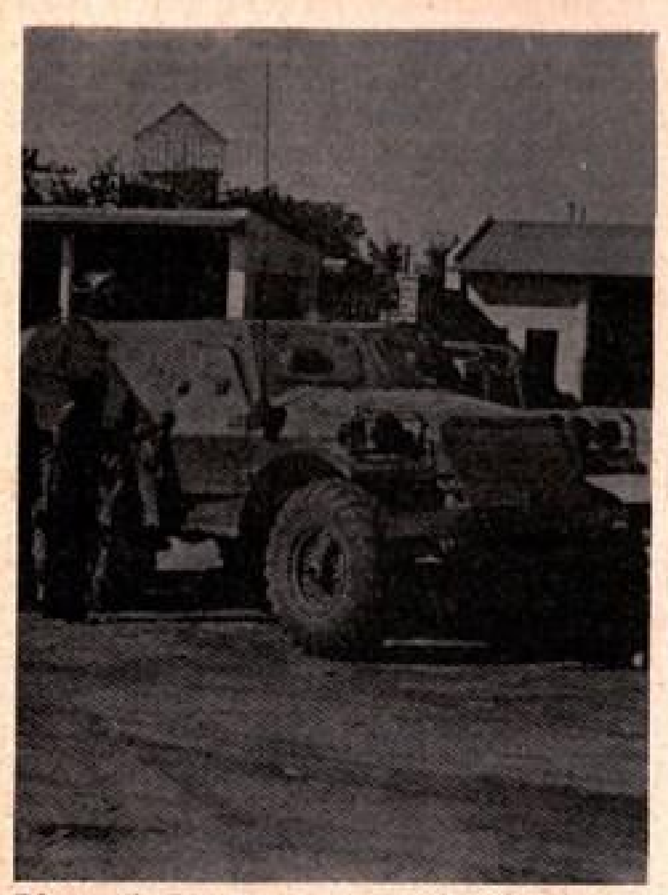
Afeworki: Wir wissen von diesem Treffen noch nichts. Auf jeden Fall haben wir keine

Absicht, diese Person zu treffen; ich möchte klarstellen, daß auch jeglicher Druck, der möglicherweise von gewissen arabischen Ländern ausgeübt werden könnte, mit dem Ziel der Verständigung und Einheit, sich auch in der militärischen Situation der eritreanischen Revolution niederschlagen wird.

Frage: Ist die Volksfront (EPLF) bereit für Gespräche über ein Friedensprojekt für die Eritrea-Frage in Äthiopien?

Afeworki: Niemals. Für solche Spiele sind wir nicht zu haben.

Frage: Wir würden gerne eine ehrliche und klare Aussage zur Meinung der Volksfront (EPLF) über die Unterstützung hören, die die Sowjetunion Äthiopien anbietet.



Ein russischer Panzerwagen, der von der Befreiungsbewegung erobert wurde.

Afeworki: Es ist vollständig bewiesen, daß die Sowjetunion mit dem äthiopischen Regime am Völkermord teilnimmt, der in Eritrea versucht wird. Die Volksfront hat während der Schlachten, die sie gegen äthiopische Soldaten geführt hat, tausende Kriegsgeräte sowjetischer Erzeugung sichergestellt. Unter diesem sowjetischen Material befand sich leichte Ausrüstung sowie Panzer- und Luftabwehr. Es gibt wohl keinen deutlicheren materiellen Nachweis für die sowjetische Beteiligung an einem schmutzigen Krieg gegen ein Volk, das um seine Unabhängigkeit kämpft als dieses Kriegsmaterial. Ich verurteile diese sowjetische Haltung und wir lehnen sie ab. Das sowjetische Kriegsmaterial, das Äthiopien kürzlich erhalten hat, übersteigt die Summe dessen, was Äthiopien in den vergangenen vierzig Jahren vom Westen erhielt.

Frage: Gab es zuvor Kontakte zwischen Ihnen und Moskau?

Afeworki: Nein, wir haben es auch nicht versucht.

Frage: Wir sind Ihre Beziehungen zu Aden und Libyen?

Afeworki: Es ist bedauerlich, wie Aden seine Beziehungen zu Äthiopien entwickelt hat, und es in allen Gebieten unterstützt. Das beeinflußt auch unsere Haltung gegenüber Aden, während wir früher gute und feste Beziehungen zu ihnen hatten. Ich hoffe, ihnen die Dimensionen der Situation in Eritrea bei einem Besuch erklären zu können, den ich machen werde, nachdem ich Kuwait verlassen habe. Was Libyens Unterstützung für Äthiopien betrifft, muß es sich um ein Mißverständnis handeln, das unsere Haltung zu Tripoli stark beeinflußt. Manche Informationen deuten an, daß Libyen Äthiopien in gleichem Ausmaß wie die Großmächte unterstützt.

Frage: Kann man die Auswirkungen der kubanischen Präsenz in Äthiopien auf den gegenwärtigen Krieg in Eritrea bestimmen?

Afeworki: Die Kubaner sind tatsächlich in Äthiopien anwesend mit dem Zweck, die feindlichen Streitkräfte auszubilden. Ihre Präsenz ist nicht auf Addis Abeba allein beschränkt, sie sind auch in Asmara, wo sie die Ausbildung der äthiopischen Besatzer überwachen.

Frage: Wir hoch schätzen Sie ihre Anzahl in Asmara?

Afeworki: Sie beträgt in Asmara allein ungefähr achthundert.

Frage: Welcher Natur sind Ihre Beziehungen zum Königreich Saudi-Arabien?

Afeworki: Die Position der Saudis ist gut und hat sich stark gegenüber früher geändert, seit den Verantwortlichen in Riyadh viele Fragen klar wurden und sie die Volksfront auf gute Weise unterstützen."

Erklärung der EPLF (Jänner 1978)
Eritrea: Wo sind unsere Freunde

Die UdSSR bereitet ihre größte militärische Intervention am Afrikanischen Horn vor. Seit der Offensive gegen das — fast befreite — Massawa, das von sowjetischen Schiffen und Migs bombardiert wurde, wurde nämlich die Luftbrücke zwischen Addis-Abeba und Moskau verstärkt.

In riesigen Transportflugzeugen und Schiffen werden die hinterhältigsten Waffenlieferungen an das DERG im Ausmaß von Hunderten Millionen Dollar getätigt: Mig 23, T-24-Panzer, Panzerwagen, Stalinorgeln, Suchoi-22-Bomber etc.

Die hochmodernen Waffen können von niemandem anderen bedient werden als von sowjetischen und kubanischen Soldaten, die an den Kämpfen an der Seite der äthiopischen Okkupationstruppen teilnehmen.

Ein gemeinsames militärisches Oberkommando wurde eingerichtet, bestehend aus sowjetischen, kubanischen und äthiopischen hohen Offizieren. Ziel Nummer eins ist es einerseits, sich unserem unwiderstehlichen Sieg im 16 Jahre alten Befreiungskampf zu widersetzen, andererseits in Somalia einzufallen.

Diese „heilige Allianz" bereitet am Roten Meer und am Afrikanischen Horn einen Zwischenfall von beträchtlicher Wirkung vor, unvergleichlich schwerwiegender als die Intervention Südafrikas in Angola, jedoch genau mit den umgekehrten Folgen.

Die Politik der direkten Intervention gegen unser Volk und das Volk Somalias riskiert die unvermeidliche Internationalisierung dieses Konflikts. Das ist gegen die Interessen aller Völker dieser Region.

Das Arsenal, das gegenwärtig in Äthiopien aufgehäuft wird; die Unterstützung (Menschen und Material), die dem blutrünstigen und kompromißlosen DERG-Regime von seiten der UdSSR, Kubas und Israels zuteil wird; sie sind allzu beträchtlich, um lediglich mit den Befreiungskämpfen in Eritrea und Ogaden gerechtfertigt zu werden.

Wenn man anerkennt, daß wirkliche revolutionäre Möglichkeiten in Äthiopien vorhanden sind, so kann ihre Entwicklung auf keinen Fall durch den Völkermord am eritreischen Volk gefördert werden, das um seine nationale Befreiung kämpft. Im Gegenteil.

Wir appellieren an alle demokratischen Kräfte, die sich für Frieden und Freiheit einsetzen, jene, die wissen, daß die einzige Antwort auf das Hegemoniestreben der Supermächte der Kampf um die Befreiung ist, unverzüglich und wirkungsvoll ihre Solidarität mit dem Befreiungskampf des Volkes von Eritrea zu demonstrieren.

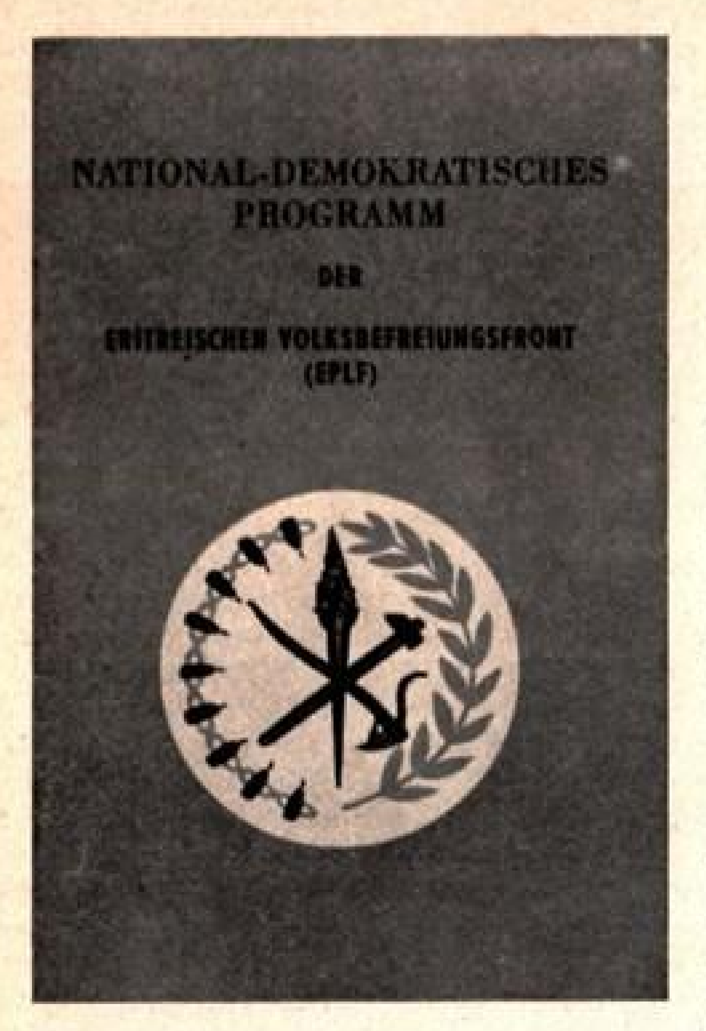
Paris, 20. Jänner 1978

Volksbefreiungsfront für Eritrea (EPLF)



Kubanische Kolonialsoldaten in Afrika (Bild aus „m.l. Gnistan", Zentralorgan der Schwedischen Kommunistischen Partei)

Auszüge aus dem National-Demokratischen Programm der EPLF (Jänner 1977)



Das späte 19. Jahrhundert brachte die westeuropäischen imperialistischen Länder auf den Plan, die Afrika neu aufteilten und unter sich teilten, um die naturalen Reichtümer und die billigen Arbeitskräfte Afrikas auszubeuten, um sich große Märkte für ihre industrielle Produktion zu sichern und um strategische Gebiete zu besetzen, von denen aus sie ihren Handel kontrollieren konnten und Monopole auf ihre Handelsrouten errichten konnten. Die Berliner Konferenz 1885 bedeutete offiziell die Aufteilung Afrikas. Für die westeuropäischen imperialistischen Länder, die ihr Kapital in Indien und in den arabischen Ländern anlegen wollten, weil sie sich dort am schnellsten Extraprofite versprachen, war es nun notwendig, den Suezkanal zu öffnen und Schlüsselpositionen an der Rotmeerküste zu besetzen ebenso am Horn von Afrika, um den Handel am Roten Meer und am Indischen Ozean unter ihre Kontrolle zu bringen, der jetzt noch von den Türken und Arabern getätigt wurde. Während Großbritannien und Frankreich die Hauptrivalen in diesem Gebiet waren, spielte Italien die Rolle des Juniorpartners von Großbritannien.

Das imperialistische Italien, das die Rivalität zwischen Großbritannien und Frankreich auf der einen Seite, die Spannungen zwischen den Königen von Shoa und Tigrai auf der anderen Seite sowie die Expansionsbestrebungen der Mahdisten und die Schwäche der Ägypter nutzte, besetzte 1869 die Küste des Roten Meers unter dem Vorwand, eine Mission und ein Handelszentrum zu errichten. Nach und nach wurden Militärstreitkräfte stationiert und indem es die Widersprüche zwischen den rivalisierenden und streitenden Feudalisten nutzte, besetzte Italien 1980 das ganze Gebiet Eritreas.

Obwohl die westlichen und östlichen Ebenen nominell unter der Herrschaft Ägyptens standen, bevor das imperialistische Italien Eritrea besetzte, waren die Beja-Gebiete, die von den Mahdisten eingefallen waren, in einem Zustand des Chaos. Sultane verschiedener Stämme regierten in Denkel. Die sich verschärfenden Widersprüche und Machtkämpfe zwischen den Hezega- und Tzeazega-Feudalisten in der Hochebene ermöglichten es König Yohannes von Tigrai, die Hochebene durch seinen Vizekönig Ras Alula zu besetzen und zu regieren, bis die Italiener das Land besetzten. Das imperialistische Italien brachte diese verschiedenen Gebiete zusammen, errichtete eine zentralisierte Verwaltung und schuf so Eritrea als einen multinationalen Staat, mit einer gesicherten politischen und geographischen Eigenständigkeit.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war das Horn von Afrika nicht nur Gegenstand kapitalistischer Expansion, sondern auch feudaler Expansion. In dem Gebiet, das heute Äthiopien ist, erstarkten die Königtümer Tigrai, Gojjam und Shoa durch feudalistischen Zusammenschluß oder Zentralisation im 19. Jahrhundert und bekämpften jetzt einander zwecks Expansion. Das

Königreich Shoa unter Menelik konnte schließlich die Vorherrschaft erringen, weil es ein Abkommen schloß mit den italienischen Kolonialisten und militärische Überlegenheit errang, während die Königtümer Tigrai und Gojjam durch die Kämpfe mit den Mahdisten und Italienern geschwächt wurden. König Menelik war verstrickt in die kolonialen Machenschaften, die zur Teilung und Besetzung des Horns von Afrika führten. Indem er die Rivalitäten und Widersprüche zwischen Großbritannien, Frankreich und Italien ausnutzte, konnte er das Oromo-Gebiet besetzen, brachte die Gebiete von Tigrai und Gojjam unter seine Kontrolle, und gegen Ende des 19. Jahrhunderts errichtete er einen zentralisierten äthiopischen Feudalstaat, dessen Grenze die Trennungslinie zwischen kapitalistischer (kolonialer) und feudaler Herrschaft war. Das Argument äthiopischer Expansionisten und ihrer Geschichtsschreiber, daß Eritrea ein Teil Äthiopiens gewesen sei, bevor der italienische Kolonialismus das Land besetzte, zeigt die Absicht, Zeit und Umstände zu entstellen, unter denen Eritrea und Äthiopien gebildet wurden als Länder mit bestimmter politischer und geographischer Eigenständigkeit, um ihre expansionistischen Wünsche zu legitimieren.

Der italienische Kolonialismus trat nicht nur die humanen und demokratischen Rechte des eritreischen Volkes mit Füßen und errichtete ein System von Rassentrennung, sondern raubte alles Land in den Ebenen, dem nördlichen Hochland, die fruchtbaren Landwirtschaftsgebiete und Wiesen in der Hochebene und errichtete Güter; er war dafür verantwortlich, daß das Leben auf dem Land extrem elend wurde. Er verweigerte dem eritreischen Volk Schulbildung und Gesundheitsversorgung, so daß Analphabetentum und Krankheit um sich griffen. Obwohl der italienische Kolonialismus Fabriken entstehen ließ, um seine imperialistischen Ziele zu verfolgen, und so dazu beitrug, daß die eritreische Arbeiterklasse entstand, nutzte er und beförderte er die feudalen Strukturen unseres Landes und garantierte und verlängerte ihre Herrschaft. Um seine Interessen besser verfolgen zu können, schaffte er den wirtschaftlichen Zusammenschluß der verschiedenen Teile Eritreas. Im Kampf gegen die italienische koloniale Unterdrückung und durch die strenge Rassentrennung bildete das Volk von Eritrea ein starkes nationales Bewußtsein und eine einheitliche Mentalität.

Die imperialistischen Länder verursachten auf Grund ihrer scharfen Konkurrenz und Rivalität, ihr Kolonialreich auszudehnen und Kontinente neu aufzuteilen, die beiden Weltkriege.

Diese Lage schwächte die Imperialisten und stärkte die Kolonialvölker. Obwohl Eritrea auf der Seite der Alliierten im Zweiten Weltkrieg kämpfte und den italienischen Kolonialismus 1941 schlagen konnte, wechselte Eritrea die Beherrschung durch den italienischen Kolonialismus mit der durch den britischen Kolonialismus.

Von Anfang an war Großbritannien darauf aus, die politische Existenz Eritreas auszuradieren, indem es Eritrea aufteilen wollte zwischen seiner Kolonie Sudan und seiner Neokolonie, dem feudalen Äthiopien. Zu diesem Zweck setzte Großbritannien alles daran, die Wirtschaftsstruktur zu zerstören, damit Eritrea wirtschaftlich nicht lebensfähig werden sollte, und nicht-antagonistische Widersprüche zu entflammen, um das eritreische Volk entlang religiöser und Stammesunterschiede zu spalten und so die Einheit zu schwächen. Obwohl es Großbritannien nicht gelang, Eritrea zu teilen, konnte es die eritreische Wirtschaft zerstören und Zwietracht im Volk von Eritrea säen.

Obwohl in den 40er-Jahren verschiedene politische Parteien in Eritrea entstanden, konnte der Kampf des Volkes von Eritrea für Unabhängigkeit nicht siegreich beendet werden, weil keine dieser Parteien die richtige Linie, die Stärke und den Zusammenhalt hatte, um die Mehrheit des eritreischen Volkes zusammenzuschließen, die Machenschaften des Imperialismus und Neokolonialismus zu beseitigen und das eritreische Volk zur Unabhängigkeit zu führen. Als über die Zukunft Eritreas in den Verhandlungen der Viermächte keine Einigung gefunden werden konnte, wurde es den damals von den USA beherrschten Vereinten Nationen unterstellt. Auf der fünften Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen 1950 brachte der US-Imperialismus die Resolution (390 A/v) durch, indem er seine imperialistischen und neokolonialistischen Interessen absicherte, die expansionisti-



Soldaten der eritreischen Befreiungsbewegungen.

schen Absichten der Amhara-Feudalisten anerkannte und ihnen Zugang zum Meer verschaffte — all dies gegen den Willen und zu Lasten der Unabhängigkeit des eritreischen Volkes. Unter dem Vorwand „Föderation" wurde Eritrea dem neokolonialen Joch Äthiopiens unterworfen und der US-Imperialismus errichtete Militärbasen in Eritrea. Diese Maßnahme machte unmißverständlich klar, daß es um den Schutz imperialistischer Interessen am Roten Meer und am Horn von Afrika geht.

Sobald Äthiopien unter dem Vorwand Föderation seinen Fuß nach Eritrea setzte, verletzte es die Resolution, hob die Pressefreiheit auf, verbot die freien Organisationen des Volkes und die politischen Parteien, unterdrückte die eritreische Sprache und Kultur, führte die Sprache und Kultur der herrschenden Klasse, Amhara, ein, verfolgte Patrioten und warf sie ins Gefängnis, stationierte seine Besatzerarmee in ganz Eritrea, um das Volk einzuschüchtern und seinen Widerstand zu brechen.

Das eritreische Volk zog wertvolle Lehren aus seiner Erfahrung und setzte seinen Kampf fort gegen die sich ständig verschärfende Unterdrückung. Als sie ihren Kampf verstärkten, gestützt auf die Arbeiter- und Studentenbewegung sowie auf andere Patrioten in den Großstädten, verschärfte Äthiopien seine Grausamkeiten. Als es die eritreische Fahne 1958 runterriß, waren die Arbeiter, Studenten und die anderen Patrioten im geheimen organisiert und begannen die nationale Bewegung durch eine Untergrundorganisation in den Städten, bekannt als „Mahber Showate", zu führen und die eritreische Befreiungsbewegung, die außerhalb des Landes war, erkannte, daß mit friedlichen Mitteln allein kein Sieg und keine Unabhängigkeit erreicht werden konnten, und sie suchten andere Mittel, ihren Kampf voranzubringen.

Gemäß dieser Linie bildeten einige selbst ins Exil gegangene traditionelle Führer und ihre Anhänger eine kleine bewaffnete Einheit unter dem Namen Eritreische Befreiungsfront (E.L.F.). Dies geschah ausschließlich aus Rivalitätsgründen, ohne mit den Kräften zu beraten, die ihrerseits Mittel und Wege ausfindig machten, um den bewaffneten Kampf aufzunehmen. Bei ihrer Gründung verfügte diese Front über keine klare nationale Linie mit bestimmten Zielen, sondern sie wurde gebildet und zusammengesetzt aus einer extrem rückständigen Clique, die die Anforderungen dieser Zeit gar nicht erfüllen konnte. Als der bewaffnete Kampf begonnen wurde, unterstützte ihn das Volk aus dem einfachen Grund, weil der bewaffnete Widerstand gegen die barbarische äthiopische Herrschaft den Haß des eritreischen Volkes gegen den äthiopischen Kolonialismus ausdrückte.

Im November 1962 verkündete das Haile Selassie-Regime, indem es die legitimen Rechte des eritreischen Volkes mit Füßen trat, und gegen die UNO-Resolution verstieß (die nur die Vereinten Nationen verändern können mit Zustimmung des Volkes von Eritrea), offiziell, daß der autonome Staat Eritrea ab sofort eine Provinz Äthiopiens sei. Es gibt keinerlei Bericht darüber, daß die Vollversammlung der Vereinten Nationen oder der Sicherheitsrat sich gegen die barbarische Unterdrückung des eritreischen Volkes unter äthiopischem Kolonialismus ausgesprochen hätte, nicht einmal als das äthiopische Regime die UNO-Resolution verletzte, und offiziell gegen Recht und Frieden verstieß.

Von Anfang an verfolgte die E.L.F. eine Linie, auf der es nicht möglich war, Patrioten zusammenzuschließen, und die die Spaltung auf Grund verschiedener feudaler Strömungen vertiefte.

(. . . .)

Als die Lage immer schlechter wurde und ein Krisenzustand erreicht war, nutzte das äthiopische Regime die Schwäche der gespaltenen E.L.F. Truppen, indem es eine beispiellose Kampagne 1967 startete, die verschiedenen Zonen gleichzeitig angriff, und barbarisch gegen das eritreische Volk vorging, das aus ganzem Herzen die Revolution unterstützt hatte. In keinem der Gebiete wurde genügend Widerstand entgegengesetzt, geschweige denn gemeinsamer Widerstand, als die Äthiopier Hunderte von Dörfern niederbrannten, Tausende von Kindern, Frauen und alten Menschen massakrierten, erschossen oder verbrannten, Tausende von Menschen zwangen, in den Sudan zu fliehen und Tausende zu deportieren.

Als sich die Situation verschlechterte, waren die demokratischen Kräfte, gebildet aus bewaffneten Kämpfern und den Volksmassen, bereits bei der Vorbereitung der Kämpfe und begannen, den Widerstand zu verstärken. Sie stellten zentrale Forderungen auf, die Abschaffung der feudalen Zonen, Errichtung einer vereinigten Armee, Anwesenheit der Führer bei den Kämpfen, und Einberufung einer Konferenz zur Lösung dieser Fragen. Der Höchste Rat sowie das Revolutionäre Kommando jedoch, die Führer der Zonen und ihre Anhänger setzten alles daran, die Bewegung, die gegen ihre Interessen gerichtet war, zu spalten und zu schwächen.

Die demokratische Bewegung kämpfte jedoch unbeirrt um die Einheit. Sie verurteilte den Höchsten Rat und das Revolutionäre Kommando und errichteten eine provisorische Führung auf dem Schlachtfeld.

(. . . .)

Haile Selassies rückschrittliche Feudalherrschaft, die durch den US-Imperialismus gestützt wurde, bedeutet für die äthiopischen Volksmassen politische Unterdrükkung, unterwarf sie den elendsten Lebensbedingungen, so daß das Überleben von einem Tag zum nächsten nicht gesichert war, wodurch Hunderttausende an Hunger starben. Barbarische Verbrechen an Natur und Eigentum wurden verübt, um die eritreischen Volksmassen zu unterwerfen und zu kolonisieren. Nach über 40-jähriger Herrschaft wurde das alte Regime 1974 durch den Kampf des äthiopischen Volkes und unter den Schlägen der eritreischen Volksrevolution gestürzt. Da es jedoch keine revolutionäre Partei oder Kräfte gab, die während des Zerfalls und Sturzes des barbarischen Haile Selassie-Regimes den Kampf des äthiopischen Volkes zum Sieg hätten führen können, konnte eine Clique von Offizieren, bestehend aus ehemaligen Gefolgsleuten Haile Selassies, die DERG, die Staatsmacht an sich reißen.

Als zum Zeitpunkt der Krise die Offiziersclique sich in aller Eile bildete und die Staatsmacht an sich riß, schlugen sich selbsternannte pseudo-progressive Intellektuelle, die auf die freigewordenen Ministersessel spekulierten, sofort auf die Seite der Offiziersclique und wurden ihre Komplizen. Als Parasiten und Hauptgefolgsleute hatten sie die Aufgabe, den Faschismus der Offiziersclique zu verschleiern und deren Verbrechen gegenüber dem Volk ideologische zu verbrämen. Die Offiziersclique rief den „Äthiopischen Sozialismus" aus, um die eritreische Revolution, die demokratische Bewegung des äthiopischen Volkes, zu isolieren sowie die eritreischen und äthiopischen Volksmas-

sen zu täuschen und zu belügen. Als ob man den Sozialismus per Erklärung und militärischem Staatsstreich einführen könnte! Aber die Offiziersclique hat in Äthiopien den „Sozialismus" durch leere Beschlüsse innerhalb eines Jahres errichtet!

Das ganze Geschrei und Getöse der Offiziersclique ist zur Täuschung der Öffentlichkeit bestimmt, es ist nicht im Interesse der hungernden Volksmassen in Äthiopien, das beweisen die sich ständig verschlechternden Lebensbedingungen der Volksmassen und der wachsende Widerstand der demokratischen Kräfte und der unterdrückten Volksmassen.

Diese Sprüche dienen dazu, daß Vertretungskörperschaften zu ihrer Durchsetzung nicht da sind, die Volksmassen und das Ausland zu täuschen und Kriegswirtschaft einzuführen. In keinerlei Hinsicht dienen sie den Interessen der Masse äthiopischer Arbeiter und Bauern. Die äthiopischen Arbeiter haben keinerlei Nutzen aus der Verstaatlichung des nationalen und ausländischen Kapitals gehabt. Weit davon entfernt, die Macht zu erobern und ihre Rolle als Avantgarde zu erfüllen, werden ihnen die grundlegendsten Rechte verweigert. Da sie unter den ständig sinkenden Lebensbedingungen zu leben gezwungen sind, nimmt ihr Widerstand von Tag zu Tag zu. Auch die Bauern hatten keinerlei Nutzen von der Verstaatlichung des Bodens, da sie im wesentlichen auf dem Papier steht. Der Amhara-Chauvinismus, verkleidet als Sozialismus, fügt den verschiedenen Nationalitäten Äthiopiens unsägliches Leid zu. Ihnen wird das Recht genommen, ihre eigene Volksmacht zu errichten, solange das Land der Herrschaft einer Handvoll Offiziere unterworfen ist. Von daher haben die fortschrittlichen Kräfte in Äthiopien und die unterdrückten Nationalitäten, die heute besser organisiert sind denn je, ihren Kampf intensiviert.

Nirgendwo kommt der wahre Charakter der Offiziersclique deutlicher zum Ausdruck als in der Behandlung der Eritrea-Frage. Keine der ständig wechselnden wirtschaftlichen, politischen und militärischen Maßnahmen der Offiziersclique kann richtig eingeschätzt werden, ohne die Millionen Dollar, die sie nach Eritrea pumpen, ohne die Verschwörungen, die sie angezettelt haben, um den gerechten Kampf des eritreischen Volkes zu zersetzen, und ohne die barbarischen und faschistischen militärischen Operationen, die sie durchgeführt haben, in Erwägung zu ziehen. Der Faschismus der Offiziersclique gegenüber dem eritreischen Volk hat wenig historische Parallelen. Das wichtigstes Ziel und oberstes Prinzip der Politik dieser Clique die Vernichtung der eritreischen Revolution durch die Armee ist, hat sie immer wieder Versuche unternommen, diesen Traum zu verwirklichen. Der erste Versuch, im Februar 1975, der die eritreische Revolution innerhalb eines Monats auslöschen sollte, wurde zurückgeschlagen, und die Offiziersclique erhielt ihre erste Niederlage in der Geschichte. Der zweite Versuch bestand darin, die unterdrückten äthiopischen Volksmassen auf dem Land zu Instrumenten ihrer militärischen Aggression zu machen, indem sie durch Zwang und Betrug Tausende von armen Bauern mobilisierten und sie nach Eritrea schickten unter dem Deckmantel einer „freiwilligen Kampagne". Dieser Versuch wurde ebenso verhindert, noch bevor auch nur das Gebiet Eritreas betreten wurde. Seither hat die Offiziersclique noch die verschiedensten Versuche unternommen, wie den Einsatz der in Israel ausgebildeten „Nebelbal" (Flame Brigade). Alle diese Versuche scheiterten unter den Schlägen der revolutionären Volksarmee. Aber immer wieder bereitet die Offiziersclique einen Militäreinsatz mit ihren von den USA gelieferten Waffen vor, bei dem die äthiopischen Massen, die selbst Kämpfe führen, als Kanonenfutter im Aggressionskrieg dienen sollen unter dem Vorwand, das „Vaterland" zu verteidigen.

Eine weitere Taktik der Offiziersclique zielt auf die Isolierung der eritreischen Revolution im Innern und im Ausland ab. Sie haben die Parole „friedliche Lösung" in die Welt gesetzt, um ihre militärischen Vorbereitungen zu verdecken, während sie ihren Aggressionskrieg verstärken. Der erste Versuch, die „Friedliche Lösung" zu propagieren, ohne konkrete Vorschläge, scheiterte kläglich wie ihre große Februaroffensive 1975. Seither hat sie immer wieder Versuche unternommen, in der Hoffnung, Verwirrung in die eritreische Revolution hineinzutragen. Zum Schluß hat sie öffentlich erklärt, unter „Friedlicher Lösung" verstehen sie

„innere Autonomie" und damit führen sie geschäftig eine wahnsinnige politische Kampagne. Da diese Art von friedlicher Lösung im Inneren keine Resonanz gefunden hat, wird sie hauptsächlich für das Ausland propagiert, um die Meinung der fortschrittlichen Kräfte der Welt zu täuschen und die eritreische Revolution im Innern zu isolieren. Der E.P.L.F. gelang es jedoch trotz all dieser Hindernisse, geschaffen durch Reaktionäre im Inneren, der Offiziersclique eine Lektion zu erteilen, indem sie ihr faschistisches Wesen enthüllt hat, ihre militärischen Angriffe zurückgeschlagen hat seit der Beendigung des Bürgerkriegs.

Eritrea ist ein koloniales, halbfeudales Land. Die große Mehrheit der Eritreer sind Bauern, die von der Hand in den Mund leben in einer rückständigen Landwirtschaft und als Nomaden. Der naturale Reichtum und der Reichtum an Menschen dienen den Imperialisten, Kolonialisten, Zionisten und eritreischen Lakaien. Die politische Macht, Fabriken, Banken, Häfen, der Handel usw., liegt alles in Händen des äthiopischen Kolonialismus und seiner imperialistischen Herren. Der fruchtbare Teil des Landes wurde dem Volk geraubt und Staatsgüter errichtet, die dem Kolonialregime, den ausländischen Ausbeutern und ihren eritreischen Kollaborateuren dienen. Als Resultat verschlechterten sich Lebensgrundlagen der werktätigen Massen unseres Volkes ständig. Eritreische Arbeiter haben keinerlei Rechte, erhalten extrem niedrige Löhne, leiden unter schwerer Arbeitslosigkeit und sind den schlimmsten Lebensbedingungen unterworfen. Der äthiopische Kolonialismus und seine imperialistischen Herren setzen alles daran, die Nationale eritreische Identität zu vernichten, indem sie die Kultur und die Tradition des eritreischen Volkes zuschütten und ihre dekadente Kultur und Bräuche verbreiten. Sie säen Uneinigkeit auf Grund von religiösen national . . . . ., Stammes- und regionalen Unterschieden und wollen so die Einheit verhindern und den Fortschritt des eritreischen Volkes unterlaufen.

Das kolonialistische Äthiopien hätte nicht so lange Eritrea besetzt halten können oder gegen das eritreische Volk kämpfen können, ohne die politische, militärische, wirtschaftliche und diplomatische Unterstützung durch den Imperialismus. Es ist völlig klar, daß die militärischen Mittel, die sie täglich einsetzen, um unser Volk zu töten und seine Lebensgrundlage zu zerstören, ausschließlich von den USA und von Israel stammen. *)

Die Feinde des eritreischen Volkes sind der äthiopische Kolonialismus, der Weltimperialismus, der israelische Zionismus und die Reaktion im Inneren. Es ist daher unvermeidbar, daß das eritreische Volk einen nationalen, demokratischen Kampf führt, um diese Kräfte zu besiegen, die das Hindernis für die Entwicklung der eritreischen Gesellschaft sind. Um die historischen Aufgaben zu erfüllen, die nationaldemokratische Revolution durchzuführen, hat die E.P.L.F. seit ihrer Gründung 1970 alles darangesetzt, die Arbeiter, Bauern und die anderen demokratischen und patriotischen Kräfte in einer einzigen Front zusammenzufassen. Um Unabhängigkeit und Freiheit, Friede und Gerechtigkeit, Wohlstand und Fortschritt für die eritreischen Volksmassen zu erreichen, wird die E.P.L.F., gestützt auf die richtige revolutionäre Linie und das Bündnis zwischen Arbeiter und Bauern, zur Durchsetzung dieser Ziele bis zum vollständigen und endgültigen Sieg kämpfen.

Fortsetzung nächste Seite

*) Das wurde im Jänner 1977 geschrieben. Inzwischen ist der sowjetische Sozialimperialismus zum Hauptfeind der eritreischen Revolution geworden. (Die Red.)

1. Errichtung eines demokratischen Volksstaates

A. Abschaffung der Organe der äthiopischen Kolonialverwaltung und aller antinationalen und undemokratischen Gesetze, Annullierung der militärischen, wirtschaftlichen und politischen Verträge, die Eritrea betreffen und von Äthiopien mit anderen Regierungen geschlossen wurden.

B. Wahrung der Interessen der Masse der Arbeiter, Bauern und der übrigen demokratischen Kräfte.

C. Errichtung einer Volksversammlung aus Volksvertretern, die von antifeudalen, antiimperialistischen patriotischen Kräften demokratisch und frei gewählt werden. Die Volksversammlung soll die Verfassung erarbeiten, Gesetze verabschieden, die Volksverwaltung wählen sowie nationale Wirtschaftspläne und neue Verträge ratifizieren.

D. Verteidigung der demokratischen Rechte des Volkes — Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Glaubensfreiheit, Demonstrationsfreiheit, Entwicklung antifeudaler, antiimperialistischer Arbeiter-, Bauern-, Frauen-, Studenten- und Jugendorganisationen.

E. Garantie der Gleichheit vor dem Gesetz für alle eritreischen Staatsbürger ungeachtet ihrer Nationalität, Stammeszugehörigkeit, Religion, ihres Geschlechts, ihrer kulturellen Entwicklung, ihres Berufs, ihrer Position, ihres Reichtums, Glaubens usw.

F. Schwere Bestrafung der eritreischen Lakaien des äthiopischen Kolonialismus, die Verbrechen gegen Nation und Volk begangen haben.

2. Aufbau einer unabhängigen, autarken nationalen Planwirtschaft

A. Landwirtschaft

1. Beschlagnahmung des Landes, das das äthiopische Aggressor-Regime, die Imperialisten, Zionisten und eritreischen Lakaien besetzt halten und Übergabe an die eritreischen Volksmassen.

2. Errichtung großer verstaatlichter Farmen, ausgedehnter Farmen und Staatsfarmen, die die Anwendung moderner Technik erfordern, Einsatz ihrer Produkte zum Wohle der Massen.

3. Abschaffung feudaler Strukturen auf dem Land, Durchführung einer gerechten Verteilung von Land. Förderung von Genossenschaften durch Schaffung der Bedingungen für Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe mit der Absicht, eine moderne und entwickelte Landwirtschaft und Viehzucht aufzubauen, die das Einkommen und das Los der Bauernschaft verbessern könnten.

4. Veranlassung der Bauern, moderne landwirtschaftliche Techniken anzuwenden, Einführung von fortgeschrittenen Landwirtschaftsgeräten, Bereitstellung von Ratgebern, Experten, Veterinärdiensten, Düngemitteln, Brunnen, Staudämmen, Transportmitteln, Geldmitteln usw., um ihre Probleme zu lösen und ihre Lebensgrundlage und Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Versorgung der Nomaden mit Veterinärdiensten, Zuchtexperten, landwirtschaftlichen Beratern und finanzieller Unterstützung, um ihnen Seßhaftigkeit, Anwendung moderner landwirtschaftlicher Techniken und Viehzucht zu ermöglichen und ihre Lebensgrundlage zu verbessern.

6. Schaffung der Bedingungen für eine friedliche und freundschaftliche Beilegung von Gebietsstreitigkeiten, von Ungleichheiten zwischen Individuen und Dörfern, um die Interessen der betroffenen Parteien in Einklang zu bringen mit denen der nationalen Wirtschaft.

7. Hebung der Wirtschafts- und Lebensbedingungen in der Stadt und auf dem Land, Beseitigung der ungleichen Entwicklung von Stadt und Land.

8. Überführung des Weidelandes und der Wälder in Staatseigentum, Schutz der Tier- und Pflanzenwelt, Bekämpfung von Bodenerosionen.

9. Wahrung eines ausgeglichenen Verhältnisses zwischen Landwirtschaft und Industrie innerhalb der Planwirtschaft.

10. Förderung eines Zusammenschlusses, wo die Bauern organisiert, agitiert und mit einer klaren revolutionären Perspektive ausgerüstet werden, um am antikolonialen, antifeudalen Kampf teilzunehmen, die Ziele der Revolution zu verteidigen, sich selbst von Unterdrückung und ökonomischer Ausbeutung zu befreien und ihre eigenen Angelegenheiten zu regeln.

B. Industrie

1. Verstaatlichung aller Industrie, die sich in den Händen der Imperialisten, Zionisten, äthiopischer Kolonialisten, ihrer eritreischen Lakaien sowie der Ausländer, die die Unabhängigkeit Eritreas bekämpft haben, befinden.

2. Verstaatlichung der Großindustrie, Häfen, Bergwerke, des öffentlichen Transports, der Verkehrswege, Kraftwerke und anderer wichtiger wirtschaftlicher Ressourcen.

3. Ausnutzung von Meeresressourcen, Ausdehnung der Produktion von Salz und anderer Minerale, Entwicklung der Fischindustrie, Förderung von Öl und anderen Mineralstoffen.

4. Miteinbeziehung der nationalen Kräfte in den Aufbau des Landes, die nicht gegen die Unabhängigkeit Eritreas waren, die kleine Fabriken und Werkstätten besitzen, die vereinbar sind mit der nationalen Entwicklung und dem Verwaltungssystem.

5. Entwicklung der Schwerindustrie und der Leichtindustrie, Entwicklung der Landwirtschaft und Zerschlagung der industriellen Abhängigkeit.

C. Finanzen

1. Verstaatlichung der Versicherungsgesellschaften und Banken, Zentralisierung der Bankgeschäfte, Regulierung wirtschaftlicher Tätigkeiten und Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung.

2. Errichtung einer zentralen, der Regierung unterstellten Nationalbank und Herausgabe einer unabhängigen, nationalen Währung.

3. Verbot des Mißbrauchs jeglicher Art, großzügige Ausgabe von Krediten zu niedrigsten Zinsen, um die bestehende Ausplünderung zu beseitigen.

4. Entwurf und Durchsetzung einer geeigneten Tarifpolitik, um den inneren Markt für nationale Landwirtschafts-, Industrie- und Handwerksprodukte zu sichern.

5. Ausarbeitung und Durchsetzung einer gerechten und vernünftigen Steuerpolitik, um das Land zu verwalten und zu verteidigen und um Produktion und soziale Aufgaben zu gewährleisten.

D. Handel

1. Bau wichtiger Land-, Luft-, und Seewege und Transportsysteme, um den nationalen Handel zu entwickeln.

2. Organisierung des ganzen Import- und Export-Handels.

3. Verstaatlichung der großen Handelsgesellschaften und Führung der kleinen.

4. Verbot, wichtige Güter auszuführen, Beschränkungen der Einfuhr von Luxusgütern.

5. Regulierung des Handels und der Preise für die verschiedenen Inlandsprodukte.

6. Strenges Verbot von Schwarzhandel.

7. Errichtung von Handelsbeziehungen mit allen Ländern, die die Souveränität Eritreas respektieren ungeachtet der politischen Systeme.

E. Städtischer Boden und Wohnungspolitik

1. Umwandlung des städtischen Bodens in Staatseigentum.

2. Verstaatlichung alles städtischen Großgrundbesitzes, um die Ausplünderung über die Bodenrente abzuschaffen und die Lebensbedingungen der Massen zu verbessern.

3. Festsetzung eines vernünftigen Mietpreises unter Berücksichtigung des Lebensstandards, um die Lebensbedingungen der Massen zu verbessern.

4. Entschädigung für verstaatlichtes Eigentum von Staatsbürgern gemäß Bestimmungen, die das persönliche Einkommen und die Lage der nationalen Wirtschaft berücksichtigen.

5. Bau von geeigneten Neubauwohnungen, um die Wohnungsnot zu beseitigen.

3. Entwicklung der Kultur, Erziehung, Technologie und des Gesundheitswesens

A. Kultur

1. Abschaffung der dekadenten Kultur und der unwürdigen sozialen Bräuche, die der äthiopische Kolonialismus, Weltimperialismus und Zionismus verbreitet haben, um das eritreische Volk auszubeuten und zu unterjochen und seine Tradition zu zerstören.

2. Gewährleistung einer geeigneten Verbreitung, Würdigung und Entwicklung der Geschichte Eritreas und seines Volkes im neuen Erziehungswesen, Behandlung des Kampfes gegen Kolonialismus, Unterdrükkung und für nationale Unabhängigkeit, der Erfahrungen, der Opfer, des Heldentums sowie der nationalen Folklore, Traditionen und Kultur des eritreischen Volkes.

3. Zerstörung der schlechten Einflüsse auf die Kultur und Tradition der eritreischen Gesellschaft und Entwicklung des guten und

fortschrittlichen Inhalts.

4. Gewährleistung, daß das eritreische Volk die Erinnerung an seine heldenhaften Märtyrer im Kampf für die Unabhängigkeit rühmt und ewig im Herzen bewahrt, die gestützt auf die richtigen revolutionären Prinzipien ihr Leben opferten für die Rettung ihres Volkes und ihres Landes.

B. Erziehung und Technologie

1. Kampf gegen Analphabetentum, um das eritreische Volk aus der Unwissenheit zu befreien.

2. Garantie einer allgemeinen, obligatorischen Schulausbildung bis zur Mittelschule.

3. Errichtung von Institutionen für höhere Ausbildung in den verschiedenen Bereichen wie Wissenschaft, Kunst, Technologie, Landwirtschaft usw.

4. Gewährung von Stipendien für Studenten, damit sie ihre Studien in den verschiedenen Bereichen verfolgen können.

5. Errichtung von Schulen in den verschiedensten Gebieten Eritreas entsprechend Bedarf.

6. Trennung von Schule und Kirche.

7. Unterstellung der Schulen unter den Staat und kostenlose Erziehung auf allen Ebenen.

8. Verbindung von Erziehung und Produktion im Dienste der Massen.

9. Befähigung der nationalen Kräfte, besonders der Studenten und der Jugend, sich selbst in den Wissenschaften, in Literatur, Handwerk und Technologie auszubilden und zu entwickeln durch Bildung eigener Organisationen.

10. Schaffung günstiger Arbeitsbedingungen für Experten und Fachkräfte, um ihr Wissen und Können in den Dienst der Massen zu stellen.

11. Förderung des erzieherischen, kulturellen und technologischen Austauschs mit anderen Ländern auf der Basis gegenseitigen Nutzens und Gleichheit.

C. Gesundheitswesen

1. Kostenlose medizinische Versorgung für die Volksmassen.

2. Bekämpfung von ansteckenden Krankheiten und Ausbau des Gesundheitswesens durch Bau der notwendigen Krankenhäuser und Gesundheitszentren in ganz Eritrea.

3. Wissenschaftliche Entwicklung traditioneller Medizin.

4. Errichtung von Sport- und Athletikzentren und Gewinnung der Volksmassen dafür.

4. Sicherung sozialer Rechte

A. Arbeiterrechte

1. Politisierung und Organisierung der Arbeiter, deren Teilnahme am Kampf durch die reaktionäre Linie und Führung verhindert wurde und Befähigung, damit sie auf höherer und organisierter Form ihre Rolle als Avantgarde der Revolution erfüllen können.

2. Abschaffung der Arbeitsgesetze und Scheingewerkschaften, die von den äthiopischen Kolonialisten und ihren imperialistischen Herren errichtet wurden, um die eritreischen Arbeiter auszubeuten und zu unterdrücken.

3. Durchsetzung des 8-Stunden-Arbeitstags und Sicherung des Rechts der Arbeiter auf einen Tag frei pro Woche und 25 Tage im Jahr.

4. Förderung eines speziellen Arbeitsvertrags, der die Rechte der Arbeiter schützt, und sie befähigt, Gewerkschaften zu bilden.

5. Versorgung der Arbeiter mit geeigneten Wohnungen und ausreichenden Lebensbedingungen.

6. Verabschiedung eines sozialen Sicherheitsprogramms, das die Arbeiter unterstützt, die auf Grund von Krankheit, Behinderung oder Alter nicht arbeiten können.

7. Verbot ungerechtfertigter Entlassungen und unrechtmäßiger Lohnkürzungen.

8. Schutz des Rechts auf Beteiligung der Arbeiter bei der Leitung und Verwaltung von Fabriken und Unternehmen.

9. Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Schutz des Rechts jedes Bürgers auf Arbeit.

B. Rechte der Frauen

1. Entwicklung eines Zusammenschlusses, in dem Frauen am Kampf gegen die koloniale Aggression und für soziale Revolution teilnehmen können.

2. Erarbeitung eines ausführlichen Programms, um sie vom häuslichen Zwang zu befreien, ihre Teilnahme an der gesellschaftlichen Produktion zu entwickeln und ihr politisches, kulturelles und technisches Verständnis zu heben.

3. Sicherung der Gleichberechtigung der Frau in Politik, Wirtschaft und im gesellschaftlichen Leben, gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

4. Verabschiedung fortschrittlicher Ehe- und Familiengesetze.

5. Gewährung von zwei Monaten Mutterschutz bei Weiterbezahlung des vollen Lohns.

6. Schutz der Rechte von Mutter und Kind, Versorgung mit Krippen, Tagesstätten und Kindergärten.

7. Kampf zur Ausrottung von Prostitution.

8. Wahrung des Rechts, Frauen nicht mit Arbeiten zu beschäftigen, die für ihre Gesundheit schädlich sind.

9. Entwurf von Programmen zur Förderung der Zahl und der Qualität von weiblichen Kadern und Staatsbeschäftigten.

C. Gewährung von Unterstützung für Familien von Märtyrern, Kriegsversehrten und anderen Bedürftigen

1. Bereitstellung der notwendigen Pflege und Unterstützung für alle Kämpfer und Bürger, die im Kampf gegen den äthiopischen Kolonialismus und für nationale Befreiung Verletzung in Gefängnissen oder im Kampf erlitten haben.

2. Bereitstellung von Hilfe und Erleichterungen für die Opfer der äthiopischen kolonialen Aggression, für Waisen, für alte und behinderte Menschen.

3. Bereitstellung der notwendigen Hilfe und Sorge für die Familien von Märtyrern.

5. Sicherung der Gleichheit und Konsolidierung der Einheit der verschiedenen Nationalitäten

A. Abschaffung der Strukturen und Gesetze, die vom Imperialismus, dem äthiopischen Kolonialismus und seinen Lakaien gemacht wurden, um das Volk von Eritrea zu spalten, zu unterdrücken und auszubeuten.

B. Wiedergutmachung aller Fehler, die von Opportunisten im Verlauf des Kampfes gemacht wurden.

C. Kampf gegen nationalen Chauvinismus und kleinbürgerlichen Nationalismus.

D. Verstärkung und Förderung der Einheit und Brüderlichkeit der eritreischen Nationalitäten.

E. Gleiche Rechte und Verantwortung für alle Nationalitäten, um sie zu nationalem Fortschritt und Bildung zu führen.

F. Ausbildung von Kadern aus allen Nationalitäten in den verschiedensten Bereichen, um einen gemeinsamen Fortschritt zu sichern.

G. Wahrung des Rechts aller Nationalitäten auf Beibehaltung und Entwicklung ihrer gesprochenen und geschriebenen Sprache.

H. Recht aller Nationalitäten, ihre fortschrittliche Kultur und Tradition zu bewah-



Sanitätspersonal der ELF betreut ein Kind, das bei feindlichen Angriffen verletzt wurde. EPLF und ELF haben beide starke Sanitätstruppen aufgebaut.

ren und zu entwickeln.

I.Hartnäckige Bekämpfung derjenigen, die infolge eigener Interessen Cliquen bilden auf Grund von Nationalitäten, Stämmen, Religion usw., und die die Einheit der Revolution und des Volkes zersetzen.

6. Aufbau einer starken Volksarmee

A. Schrittweise Befreiung des Landes und der Volksmassen mit der Strategie des Volkskriegs. Aufbau eines starken Heeres, einer Luftwaffe und einer Marine, die in der Lage sind, die Grenzen des Landes zu verteidigen ebenso die Unversehrtheit der Gewässer, des Luftraums und des Landes sowie die völlige Unabhängigkeit, Fortschritt und Würde der Volksmassen, um Wohlstand zu erzielen und eine hohe Entwicklung der Wirtschaft zu erreichen. Die Volksarmee soll sein:

— politisch bewußt, voller kameradschaftlicher Beziehungen, gestählt durch revolutionäre Disziplin,

— voller Energie, voller Selbstaufopferung, einsetzbar in der Produktion und

— ausgerüstet mit moderner Taktik, Waffen und Fleiß. Als Garantie für die Interessen der Arbeiter und Bauern dient die Armee dem ganzen Volk von Eritrea ungeachtet der Religion, Nationalität und des Geschlechts. Die Basis dieser Armee sind die revolutionären Kräfte, die jetzt für nationale Unabhängigkeit und Befreiung kämpfen.

B. Errichtung einer Volksmiliz, um die Ziele der Revolution zu sichern und Unterstützung der Volksarmee in den befreiten und halbbefreiten Gebieten.

C. Aufbau einer fortschrittlichen Militärakademie.

7. Respektierung der Religions- und Glaubensfreiheit

A. Schutz der Religions- und Glaubensfreiheit jedes Bürgers.

B. Vollständige Trennung von Religion und Staat, Politik.

C. Trennung von Religion und Erziehung, kein obligatorischer Religionsunterricht.

D. Entschlossener Kampf gegen alle von Imperialisten geschaffenen konterrevolutionären Religionen wie die Zeugen Jehovas, Pente Costal, Bahai usw.

E. Legale Bestrafung derjenigen, die Unstimmigkeiten in den Kampf tragen und den Fortschritt des eritreischen Volkes aufhalten, ob nun im Verlauf des bewaffneten Kampfes oder in einer Volksdemokratie Eritrea.

8. Humane Behandlung der Kriegsgefangenen und Ermutigung der eritreischen Soldaten, die auf Seiten des Feindes kämpfen, zu desertieren

A. Bekämpfung der Versuche des äthiopischen Kolonialismus, getäuschte Soldaten zu verpflichten, als Werkzeuge der Aggression zur Unterdrückung und Ermordung des eritreischen Volkes zu dienen.

B. Ermutigung eritreischer Soldaten und Geheimpolizisten, die durch Betrug in die äthiopische Armee gezwungen wurden, zur gerechten Sache zurückzukehren, und sich ihrem Volk anzuschließen im Kampf gegen die äthiopische Aggression und sie gleichberechtigt in seinen Reihen aufzunehmen.

C. Humane Behandlung und Pflege der äthiopischen Kriegsgefangenen.

D. Schwere Bestrafung der hartgesottenen, verbrecherischen und grausamen Gefolgsleute und Lakaien des äthiopischen Kolonialismus.

9. Schutz der Rechte der Eritreer, die im Ausland leben

A. Kampf um die Organisierung der im Ausland lebenden Eritreer in den bereits gebildeten Massenorganisationen, so daß sie am patriotischen antikolonialen Kampf teilnehmen können.

B. Wahrung der Rechte der in Nachbarländer geflüchteten Eritreer, Gewinnung von Internationalen Organisationen zu ihrer Unterstützung und Verbesserung ihrer Lebensbedingungen.

C. Herzliche Aufnahme der nationalen Kräfte, die in ihr Land zurückkehren wollen und am täglichen Kampf und am Fortschritt des Volkes teilnehmen wollen.

D. Aufruf zur Rückkehr und Bereitstellung der Mittel zur Wiederaufnahme der Eritreer, die gezwungen waren, ihr Land und ihre Heimat zu verlassen auf Grund der heftigen Aggressionen und Unterdrückung des äthiopischen Kolonialismus.

10. Respektierung der Rechte von Ausländern, die in Eritrea leben

A. Gewährung voller Rechte, hier zu leben und zu arbeiten, für die Ausländer, die offen

oder verdeckt den Kampf des eritreischen Volkes gegen die äthiopische koloniale Unterdrückung und für nationale Befreiung unterstützt haben, und die gewillt sind, unter dem zu schaffenden System zu leben.

B. Gnadenlose Bestrafung der Ausländer, die als Lakaien oder Gefolgsleute des äthiopischen Kolonialismus, des Imperialismus und Zionismus, die eritreische Revolution verraten oder behindern.

11. Verfolgung einer friedlichen Außenpolitik der Blockfreiheit

A. Annahme von Unterstützung aus jedem Land und von jeder Organisation, die den gerechten Kampf des eritreischen Volkes anerkennt und unterstützt ohne Einmischung in die inneren Angelegenheiten.

B. Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit allen Ländern ungeachtet ihres politischen und wirtschaftlichen Systems auf der Basis der folgenden 5 Prinzipien:

— Respektierung der gegenseitigen Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und nationalen Souveränität;

— gegenseitiger Nichtangriff;

— keine Einmischung in innere Angelegenheiten;

— Gleichheit und gegenseitiger Nutzen;

— friedliche Koexistenz.

C. Aufnahme guter freundlicher Beziehungen mit allen Nachbarländern.

D. Ausdehnung kultureller, wirtschaftlicher und technologischer Verbindungen mit allen Ländern der Welt, wenn sie vereinbar sind mit der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit auf der Grundlage der Gleichheit. Keine Teilnahme an einem der Militärbündnisse der Welt, keine Errichtung von fremden Militärbasen auf eritreischem Boden.

E. Unterstützung aller gerechten und revolutionären Bewegungen, da unser Kampf integraler Bestandteil der internationalen revolutionären Bewegung und des Kampfs der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas gegen Kolonialismus, Imperialismus, Zionismus und Rassendiskriminierung ist.

Die Massen werden siegen!

Angenommen auf dem 1. Kongreß der E.P.L.F. am 31. Januar 1977



Eine Demonstration im heurigen Frühjahr der beiden Befreiungsbewegungen EPLF und ELF zur Unterstützung der Vereinheitlichungsbestrebungen unter dem Motto: „Für eine demokratische Front".

Gemeinsame Erklärung von EPLF und ELF (Oktober 1977)



Die Frage der Herstellung der nationalen Einheit war immer ein entscheidender Faktor für die Realisierung des Sieges über den äthiopischen Feind, sie ist bis heute das Hauptziel des langwierigen und standhaften Kampfes des eritreanischen Volkes geblieben. Es war unvermeidlich, daß dieser lange Kampf unseres Volkes dieses vornehme Ziel erreichen sollte.

Wir erinnern an eine Reihe von Treffen und Gesprächen zwischen den beiden Organisationen in der Vergangenheit, welche eine fest Grundlage und eine fruchtbare Atmosphäre für die Bestrebungen zur Einheit geschaffen haben. Die Vertreter der beiden Organisationen führten als ein Ergbnis der vergangenen Gespräche und im Bewußtsein der historischen Verantwortung, die nationale Einheit herzustellen, vom 17. bis 19.Oktober Besprechungen durch, sie erzielten ein historisches gemeinsames Dokument, das die Hoffnungen unseres Volkes erfüllt und ein glänzendes Kapitel auf dem langen Marsch unseres Kampfes eröffnet. Bei diesem Treffen erreichten die beiden Organisationen eine Vereinbarung, die nationale Einheit auf folgenden Grundsätzen aufzubauen:

1. Beide Steiten bekräftigen, ihren festen Glauben in die Notwendigkeit eine einheitliche nationaldemokratische Front auf eritreanischem Boden zu gründen.
2. Die Bildung einer gemeinsamen höheren politischen Führung.
3. Die Einrichtung gemeinsamer Komitees für folgende Bereiche:
a. ein Militärkomitee
b. ein Informationskomitee
c. ein wirtschaftliches Komitee
d. ein Komitee für auswärtige Angelegenheiten
e. ein Komitee für soziale Fragen
4. Das übegeordnete politische Führungsgremium ist verantwortlich für die Vorbereitung eines Vereinigungskongresses, der die nationaldemokratische Front gründen soll. Dies soll in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen beider Organisationen geschehen.
5. ....

Heroiisches Volk von Eritrea!

Dieser große Schritt in Richtung nationale Einheit, den wir heute erzielt haben, legt uns allen eine schwere Verantwortung auf. Wir sind aufgerufen, bewußt und verantwortlich



Die militärische Einheit der Befreiungsbewegungen.

Anstrengungen zu setzen, und diesen großen Schritt in die Tat umzusetzen. Daher werden die breiten eritreanischen Massen ihre Rolle am Weg zur nationalen Einheit zur Geltung bringen.

Wir danken den besonders verdienstvollen Bemühungen des Präsidenten der Republik des Sudan, Jaafer Mohammed Nimeiry und grüßen die anderen Brüder, die uns eine hilfreiche Hand reichten bei der Herstellung der Einheit des eritreanischen Kampfes. Diese Brüder waren dabei geführt von ihrem festen Glauben in die gerechte Sache des eritreanischen Volkes im Kampf um seine Freiheit und seine nationale Unabhängigkeit.

Abschließend rufen wir alle unsere Brüder und Freunde und alle den Fortschritt, den Frieden und die Freiheit liebenden Kräfte auf, fest an der Sache dieses großen Schrittes zu stehen, den wir nach langem Kampf und nach langen Bemühungen erreicht haben. Wir rufen diese Kräfte auf, ihre materielle, politische und moralische Unterstützung auszuweiten.

Lang lebe die Einheit des eritreanischen Volkes!
Lang lebe die eritreanische Revolution!
Lang leben die heroischen kämpfenden Massen Eritreas!

20.Oktober 1977
(nicht autorisierte Übersetzung)

Aktionsprogramm des Kommunistischen Bundes für den Kampf um die materielle Lage der Studenten und ihre Studienbedingungen (Entwurf)

Vorbemerkung der Redaktion

Das ZK des KB Österreichs legt in dieser Nummer des „Kommunist" einen Entwurf für ein „Aktionsprogramm des Kommunistischen Bundes Österreichs für den Kampf um die materielle Lage der Studenten und ihre Studienbedingungen" vor. Damit soll unsere Politik unter den Studenten auch im Hinblick auf diese besonderen Fragen studentischer Kämpfe gegen den bürgerlichen Staat auf festere Grundlagen gestellt werden. Dieses Aktionsprogramm beruht auf den Festlegungen der 1.o.NDK zur Arbeit der Kommunisten unter den Studenten, insbesondere auf der dazu verabschiedeten speziellen Resolution. Alle Genossen und alle Freunde unserer Organisation — gleichgültig ob Arbeiter, Angestellter oder Student — sind aufgerufen, Kritiken, Anregungen und Vorschläge zu dem vorliegenden Entwurf vorzubringen. Natürlich fordern wir besonders auch die Genossen unserer Studentenorganisationen sowie alle revolutionär gesinnten und fortschrittlichen Studenten, insbesondere auch diejenigen, die an den gegenwärtigen Kämpfen aktiv teilnehmen, auf, sich an der Debatte über dieses Aktionsprogramm zu beteiligen. Seit der Nr.8/78 enthält der „Klassenkampf", das Zentralorgan des KB Österreichs, in jeder Nummer einen Artikel, der sich ausführlicher mit der einen oder anderen Frage, die auch in dem vorliegenden Aktionsprogramm behandelt wird, beschäftigt. Auch diese Artikel sollten für die Debatte herangezogen werden. Aber es geht nicht nur um die theoretische Debatte. Es geht auch, und sogar in erster Linie, um die Anwendung und Überprüfung dieses Entwurfes in der Praxis. In der Praxis wird sich zeigen, ob dieser Entwurf richtig und tauglich ist für den ihm zugedachten Zweck. Dafür bieten vor allem die gegenwärtig stattfindenden Kämpfe gegen Pädagogikum, KHStG, AHStG und Studienordnungen ausgezeichnete Möglichkeiten. Bis zum Ende des Sommersemesters an den Hochschulen sind noch eineinhalb Monate Zeit. Dann soll die Debatte über diesen Entwurf abgeschlossen und eine endgültige Fassung vom ZK verabschiedet werden.

Red.

Präambel

Die Arbeiterklasse steht vor der Aufgabe, im Kampf gegen die bestehende Gesellschaftsordnung und gegen den bürgerlichen Staat, den politischen Repräsentanten dieser Gesellschaftsordnung, alle Teile des Volkes um sich und unter ihrer Führung zusammenzuschließen. Die Arbeiterklasse kann ihr nächstes strategisches Ziel, die Zerschlagung der Diktatur der Bourgeoisie und die Errichtung der Diktatur des Proletariats, nur erreichen, wenn sie alle Klassen und Schichten, die objektiv in Widerspruch zum Kapitalismus und zum bürgerlichen Staat stehen und daher als Verbündete in ihrem Kampf in Frage kommen, für die Teilnahme am Kampf um die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes und um den Sieg der sozialistischen Revolution gewinnt. Das wird die Arbeiterklasse nur erreichen, wenn sie die Widersprüche aller dieser Klassen und Schichten zu den bestehenden Verhältnissen sorgfältig analysiert und eine praktische Politik dazu entwickelt. Deshalb greifen die Kommunisten jeden Fall von Ausbeutung und Ausplünderung, von politischer Entrechtung, Unterdrückung und Schikane, jeden Mißstand, in dem die ganze Fäulnis, der Parasitismus, die Dekadenz, die Volks- und Zukunftsfeindlichkeit der herrschenden Gesellschaftsordnung zum Ausdruck kommt, auf, ganz gleich welche Klasse oder Schicht davon betroffen sein mag. Sie zeigen stets auf, daß „die Ausbeutung der Proletarier durch die Kapitalisten die Grundlage der Knechtschaft in all ihren Formen ist — des gesellschaftlichen Elends, der geistigen Verkümmerung, der politischen Abhängigkeit" (Programm des KB Österreichs). Sie treten stets so auf, daß die betroffenen Klassen und Schichten — wenn auch von besonderen Widersprüchen ausgehend — zur Teilnahme am bzw. zur Unterstützung des Kampfes der Arbeiterklasse und des Volkes gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus hingeführt werden.

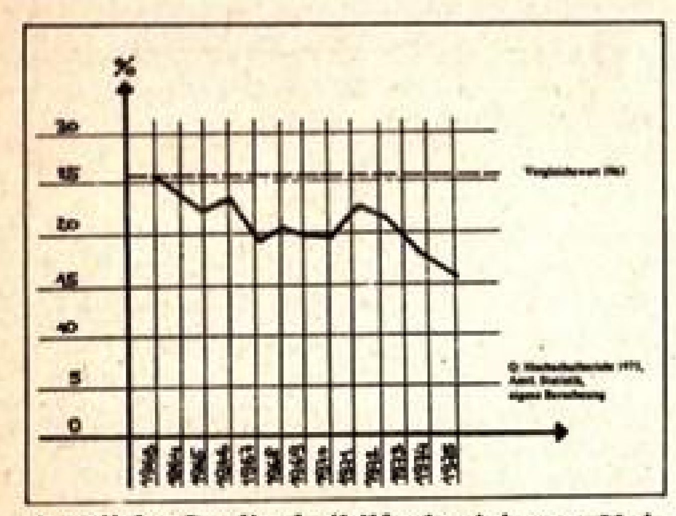
Das gilt auch für die große Mehrzahl der Studenten. Sie sind in den letzten Jahren mehr und mehr objektiv und auch subjektiv in Widerspruch zu den bestehenden Verhältnissen geraten und haben sich in verschiedenen Kämpfen gegen den Staat gestellt. Es ist eine wichtige Aufgabe der Kommunisten, große Teile der Studenten für den Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes zu gewinnen. Das tun sie, indem sie die Studenten zur Teilnahme an politischen Bewegungen und Kämpfen des Volkes zu gewinnen versuchen. Es setzt aber auch voraus, daß sie für den Kampf der Studenten in allen den Fragen, die die besonderen Widersprüche der Studenten zum bürgerlichen Staat ausmachen, konkrete Vorschläge machen und an der Spitze dieses Kampfes stehen.

Diese Vorschläge gehen aus vom Standpunkt der Arbeiterklasse, d.h. von ihren Zielen und auch von dem Weg, den sie einschlagen muß, um an dieses Ziel heranzukommen. Dazu hält unser Programm fest: „Um an die proletarische Revolution heranzukommen und freien Raum für die Entfaltung des Klassenkampfes zu schaffen, muß die Arbeiterklasse ihren ökonomischen Kampf mit dem entschiedensten Kampf für politische Rechte und für Demokratie verbinden. Dieser Kampf zielt auf den Sturz der bürgerlichen Diktatur und die Errichtung der Diktatur des Proletariats in der Form der ungeteilten und uneingeschränkten Volksherrschaft zum Zweck der sozialen Befreiung der Arbeiterklasse ab. Er muß so geführt werden, daß er letztlich umschlägt in revolutionäre Maßnahmen zur Zerschlagung des bürgerlichen Staates und zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat." Das ist auch der Gesichtspunkt, unter dem wir unsere gesamte Politik unter den Studenten machen. Es ist daher auch der Gesichtspunkt, unter dem wir die speziellen Widersprüche der Studenten zu den bestehenden Verhältnissen und insbesondere zum bürgerlichen Staat behandeln. Dieser Gesichtspunkt verlangt vor allem, diese Kämpfe konsequent gegen den bürgerlichen Staat zu richten, dem die Studenten tatsächlich als Hauptgegner in ihren Bestrebungen und Kämpfen gegenüberstehen. Er verlangt diese Kämpfe so zu führen, daß sie den Zusammenschluß der Masse der Studenten mit der Arbeiterklasse

und dem Volk begünstigen und befördern. Er verlangt, diese Kämpfe unter der Perspektive und zum Zweck der Förderung der sozialistischen Revolution zu führen. Daß die Arbeiterklasse und die Kommunisten unter diesem Gesichtspunkt auch in die speziellen studentischen Kämpfe eingreifen können — das ist der Zweck des vorliegenden Aktionsprogramms des KB Österrreichs.

I. Zum Kampf in der Stipendienfrage

Die Auseinandersetzung zwischen besitzlosen Studenten und Regierung um die Regelung der Studienbeihilfen hat eine längere Geschichte. Besonders heftig waren diese



Anteil der Studienbeihilfenbezieher an Universitäten an der Gesamtzahl inländischer ordentlicher Hörer an Universitäten in %. 1963 — 1975

Auseinandersetzungen im Studienjahr 1975/76. Eine bedeutende Forderung in diesem Kampf war die Forderung nach sofortiger Erhöhung aller Stipendien um 1.200.- S und Erhöhung der Bemessungsgrundlage um 50%, die auch von den kommunistischen Studentenorganisationen unterstützt und erhoben wurde.
Im Dezember 1975 demonstrierten in Wien 2.000 Studenten für eine Verbesserung der Stipendienregelung, es folgten weitere Demonstrationen im Jahr 1976. Weder 1975 noch 1976 konnte jedoch die ganze Bewegung hinter einheitlichen Forderungen gesammelt werden.
Dies bereitete einen günstigen Boden für die Spalteraktivitäten der verschiedenen bürgerlichen Kräfte. Unter den Studentenorganisationen verlegte sich die ÖSU auf Geheimverhandlungen und die Propagierung von Versprechungen und vagen Zusagen der Regierung und trug so erheblich zur Desorientierung der Masse der besitzlosen Studenten bei. In Wien setzten Reformisten und Revisionisten 1976, bemüht, die Bewegung für eine Verbesserung der Stipendienregelung in ihr Fahrwasser zu lenken, einer Initiative zu einer einheitlichen Demonstration, an der sich 700 beteiligten, ihre eigene Spalterdemonstration entgegen — zu der jedoch nur 170 kamen.
Insgesamt konnte die Stipendienbewegung ihre ursprüngliche Kraft jedoch nicht mehr finden. Ende 1976 konnte der Ministerrat einen Beschluß fassen, der alle Forderungen der Studenten negierte. Mit der Verabschiedung der Studienbeihilfengesetz-Novelle 1977 erlitt die Bewegung eine Niederlage.
Damit sind jedoch die Ursachen, die zur Entfaltung dieser Bewegung geführt haben, nicht beseitigt. Im Gegenteil, die Zahl der Stipendienbezieher beginnt von neuem zu sinken, ebenso wie die Stipendien, weil die Elterneinkommen nominell steigen. Der Unmut unter den besitzlosen Studenten und insbesondere unter den Stipendienbeziehern wächst neuerlich an.
Nach der gegenwärtigen Stipendienregelung erhält ein Student, der das einzige unversorgte Kind seiner Eltern ist und dessen Eltern am Studienort leben, schon ab einem Monatseinkommen der Eltern von zusammen rund 8.000.- netto nichts mehr. Bei zwei Geschwistern — unter sonst gleichen Umständen — würde er ganze 300.- monatlich bekommen. Bei einem Elterneinkommen von 6.000.- netto würde der Student (Einzelkind) 900.- im Monat bzw. (mit zwei Geschwistern) 1.300.- bekommen. Das höchste im Normalfall erreichbare Stipendium beträgt 3.500.- monatlich.
Studenten aus Familien von Arbeitern und kleinen Angestellten, in denen beide Eltern arbeiten gehen und die Frau auch nur 4.000.- im Monat nach Hause bringt, schauen praktisch in jedem Fall durch die Finger. Nach Angaben der ÖH erhalten nur etwa 20% der

bedürftigen Studenten ein Stipendium.
Studiert dennoch ein Kind aus einer solchen Familie, so geraten Student und Eltern unter starken materiellen Druck. Sie können auf keinen Schilling verzichten, und der Student ist gezwungen, oft nur für ein paar Hunderter die kleinlichen Schikanen des Studienbeihilfengesetzes auf sich zu nehmen. Solche Umstände stehen naürlich einer Beteiligung gerade der besitzlosen Studenten am Klassenkampf entgegen.

Notwendig ist, daß alle Studenten aus Familien von Arbeitern, kleinen Angestellten, Kleinbauern un Kleingewerbetreibenden ein angemessenes Stipendium erhalten, das es ihnen erlaubt, ein einfaches Leben zu führen.
Ein Bestandteil der Plattform der früheren Stipendienbewegung war die Forderung nach einem Stipendium von S 4.000,- monatlich. Auch die Forderung nach einer Erhöhung der Bemessungsgrundlage um 50% war und ist vollkommen gerecht.
. Eine Erhöhung dieser Grundlage um 50% würde einen Betrag von etwa 170.000 ergeben. Ein Stipendium von 4.000,- monatlich bis zu einer Bemessungsgrundlage von 170.000 wäre geeignet, sicherzustellen, daß der Großteil der Studenten aus Familien von Arbeitern und kleinen Angestellten ein ausreichendes staatliches Stipendium erhält. Mit der Festlegung auf eine solche Grenze ist auch der Ausgangspunkt für die Berücksichtigung besonderer Verhältnisse (wie etwa die Kinderzahl), die Bestandteil jeder Stipendienregelung sein muß, gegeben.

Staatliches Stipendium in der Höhe von 4.000.- monatlich bis zu einer Bemessungsgrundlage von 170.000.- jährlich!

Stipendienbezieher sind heute gezwungen, mehr Prüfungen abzulegen, kürzere Studienzeiten einzuhalten und einen wesentlich höheren Notendurchschnitt einzuhalten als der Großteil der Studenten. Damit bezweckt der Staat, einen Teil der besitzlosen Studenten zu disziplinieren und ihre Beteiligung am Klassenkampf zu behindern und einen Keil zwischen Stipendienbezieher und die übrigen besitzlosen Studenten zu treiben. Insbesondere ist die Bindung der Stipendienvergabe an die neuen Studienpläne als ein solches Mittel gedacht, ein Mittel, das zudem den Widerstand der breiten Studentenmassen gegen die reaktionäre Formierung des Studiums brechen helfen soll. Daher treten wir dafür ein, daß kein anderes Kriterium als der normale Studienfortschritt, den auch der Großteil der Studenten erreicht, für die Beurteilung des Studienerfolgs von Stipendienbeziehern herangezogen wird.
Die sogenannten Begabtenstipendien dienen als ein weiteres Mittel, um die besitzlosen Studenten dazu zu veranlassen, sich erschwerten Studienbedingungen widerspruchslos zu unterwerfen. Die Sicherung eines ausreichenden Stipendiums für alle besitzlosen Studenten entzieht diesem Mittel die Grundlage für seine Wirksamkeit.
Die Vergabe der Stipendien erfolgt gegenwärtig durch die „Studienbeihilfenbehörden", die gegenüber dem Wissenschaftsministerium weisungsgebunden sind. Diese Regelung gibt die Grundlage ab für ständige kleinliche Schikanierung der Stipendienbezieher und für immer neue Akte staatlicher Willkür.

Keine Bindung der Stipendienvergabe an Notendurchschnitt und Studienplan!
Auflösung der Studienbeihilfenbehörden!
Vergabe der staatlichen Stipendien durch die gewählten Vertreter der Studentenschaft!

Höhe der Studienbeihilfen und Richtlinien für ihre Vergabe sind gegenwärtig gesetzlich geregelt. Der Staat nimmt also das Recht in Anspruch, von sich aus festzulegen, was er wievielen Studenten unter welchen Bedingungen geben soll, und die erste Kampffrage jeder Bewegung für eine Verbesserung der Stipendienregelung ist, erst einmal durchzusetzen, daß die Vertreter der Studenten überhaupt mitzureden haben. Eine gesetzliche Gewährleistung des Rechts der Studenten, durch ihre gewählten Vertreter Höhe und Richtlinien für die Vergabe von Stipendien vertraglich mit dem Staat festzulegen, würde daher eine wesentliche Verbesserung der Ausgangsbedingungen für jeden Kampf um eine Verbesserung der Stipendienregelung bringen.

Recht der Studentenschaft, durch ihre gewählten Vertreter Höhe und Richtlinien für die Vergabe von Stipendien mit dem Staat vertraglich zu vereinbaren!

Schließlich verlangen wir:
Beseitigung der Strafbestimmungen!
Abschaffung der Rückzahlungsklauseln!
Abschaffung der Meldepflicht!
Keine Frist für die Einreichung!

II. Zum Kampf gegen die imperialistische Hochschulreform

Mitte der 60-er Jahre leitete die Bourgeoisie eine umfassende Studienreform ein, die in der Hauptsache in AHStG (Allgemeines Hochschulstudiengesetz), UOG (Universitätsorganisationsgesetz), den besonderen Studiengesetzen, den Studienordnungen und den Studienplänen niedergelegt ist.

Hauptzweck der Studienreform ist, die Studien besser den Anforderungen des Kapitalismus anzupassen, sie zu straffen, zu kürzen, die Ausbildung auf das für Lohnabhängige in der jeweiligen Stufe unbedingt nötige Mindestmaß einzuschränken und die politische Unterdrückung der immer mehr in Bewegung geratenden Studentenmassen zu verstärken.

Das AHStG regelt die Grundsätze und Ziele des Hochschulstudiums, Rechte und Pflichten der Angehörigen des Lehrkörpers und der Studenten, Zulassung zum Studium an den Universitäten, Arten von Hörern, Immatrikulation, Inskription und den Abgang von Universitäten, Einteilung der ordentlichen Studien, Studiendauer, Einteilung des Studienjares, Arten von Lehrveranstaltungen, Anerkennung von Prüfungen und Anrechnung von Studien, Arten von Prüfungen und Prüfungsordnungen, wissenschaftliche Arbeiten, Zeugnisse, akademische Grade. Die Bestimmungen des Allgemeinen Hochschul-Studiengesetzes werden in den einzelnen Studienrichtungen und Studienzweigen durch besondere Studiengesetze, Studienordnungen und Studienpläne ergänzt und konkretisiert.

Durch diese Studienreform soll die Selektion unter den Studenten verstärkt und möglichst an den Anfang des Studiums verlegt werden, um die Ausbildungskosten einzuschränken.

Der Großteil der Studenten verbindet mit dem Studium den Wunsch, durch wissenschaftliche Erkenntnis zum gesellschaftlichen Fortschritt und zur Verbesserung der sozialen Verhältnisse beizutragen. „Das Streben nach einer diesen Zwecken entsprechenden Ausbildung ist vollkommen gerecht. Seiner Verwirklichung steht die Herrschaft der Bourgeoisie und deren damit verbundene Kontrolle über das Bildungswesen entgegen; sie gesteht den Studenten nicht zu, mehr an Kenntnissen und Fähigkeiten zu erwerben, als für einen Lohabhängigen mit beschränktem Aufgabengebiet nötig ist, und verbindet diese Beschränkung mit der Forderung, einen Großteil des Studiums auf das Erlernen von Unterwürfigkeit und Respekt gegenüber der Kapitalsherrschaft zu verwenden." (Resolution zur Arbeit der Kommunisten unter den Studenten, S.7f)

Die Bestrebungen der Masse der Studenten geraten unweigerlich in Widerspruch zur reaktionären Formierung des Studiums, wie sie sich in der Studienreform niederschlägt. Das hat sich auch im Widerstand vieler Studenten in der ersten Hälfte der 70-er Jahre gezeigt. Dieser Widerstand konnte jedoch bisher noch keine dauerhaften Erfolge erzielen. Die Schuld daran tragen die verschiedenen bürgerlichen Kräfte, welche die Bewegung der Studenten von Anfang an zu desorientieren, zu spalten und auf Aussöhnung mit dem bürgerlichen Staat hinzubringen trachteten.

Je mehr der reaktionäre Charakter der Studienreform aber für die Studenten spürbar wird, desto mehr wächst ihr Unmut und desto häufiger kommt es zu Kampfmaßnamen. Es ist notwendig, eine gemeinsame Stoßrichtung für die Kampfschritte der Studenten der verschiedenen Studienrichtungen und Studienzweige zu finden und den Widerstand über einzelne Institute oder Studienrichtungen hinaus zu verbreitern.

Die Bedingungen, unter denen studiert wird, die Studien- und Prüfungsordnungen und Studienpläne für die einzelnen Fachrichtungen, werden heute vom bürgerlichen Staat festgelegt. Dabei stößt er immer wieder auf den Widerstand der Studenten. Sie nehmen damit praktisch für sich das Recht in



Am 9. und 10. Mai streikten die Psychologiestudenten in Wien gegen die Studienordnung. Im Bild: Demonstrationszug zum Ministerium

Anspruch, diese Bedingungen mit dem Staat auszuhandeln. Die Kommunisten treten dafür ein, daß den Studenten dieses Recht gesetzlich garantiert wird.

Festsetzung der Studienordnungen, Prüfungsordnungen und Studienpläne in Form von Verträgen zwischen dem Staat und den gewählten Studentenvertretern!

Die Möglichkeit zum Besuch einer bestimmten Lehrveranstaltung kann an die verschiedensten Voraussetzungen gebunden sein — Absolvierung bestimmter Prüfungen, mit einem bestimmten Notendurchschnitt, Zustimmung des jeweiligen Professors. Dadurch kommt es immer wieder zu Schikanen und oft zu krassen Verzögerungen im Studium.

Freier Zugang zu allen Lehrveranstaltungen!

Im Zuge der Durchführung der Studienreform wurden und werden die Studien in Abschnitte geteilt, denen auch zwei Diplomprüfungen entsprechen. Vor Absolvierung der 1.Diplomprüfung kann das Studium nicht fortgesetzt werden. Die Prüfung wird zu verstärkter Auswahl und zu verstärktem Druck auf die Studenten genutzt.

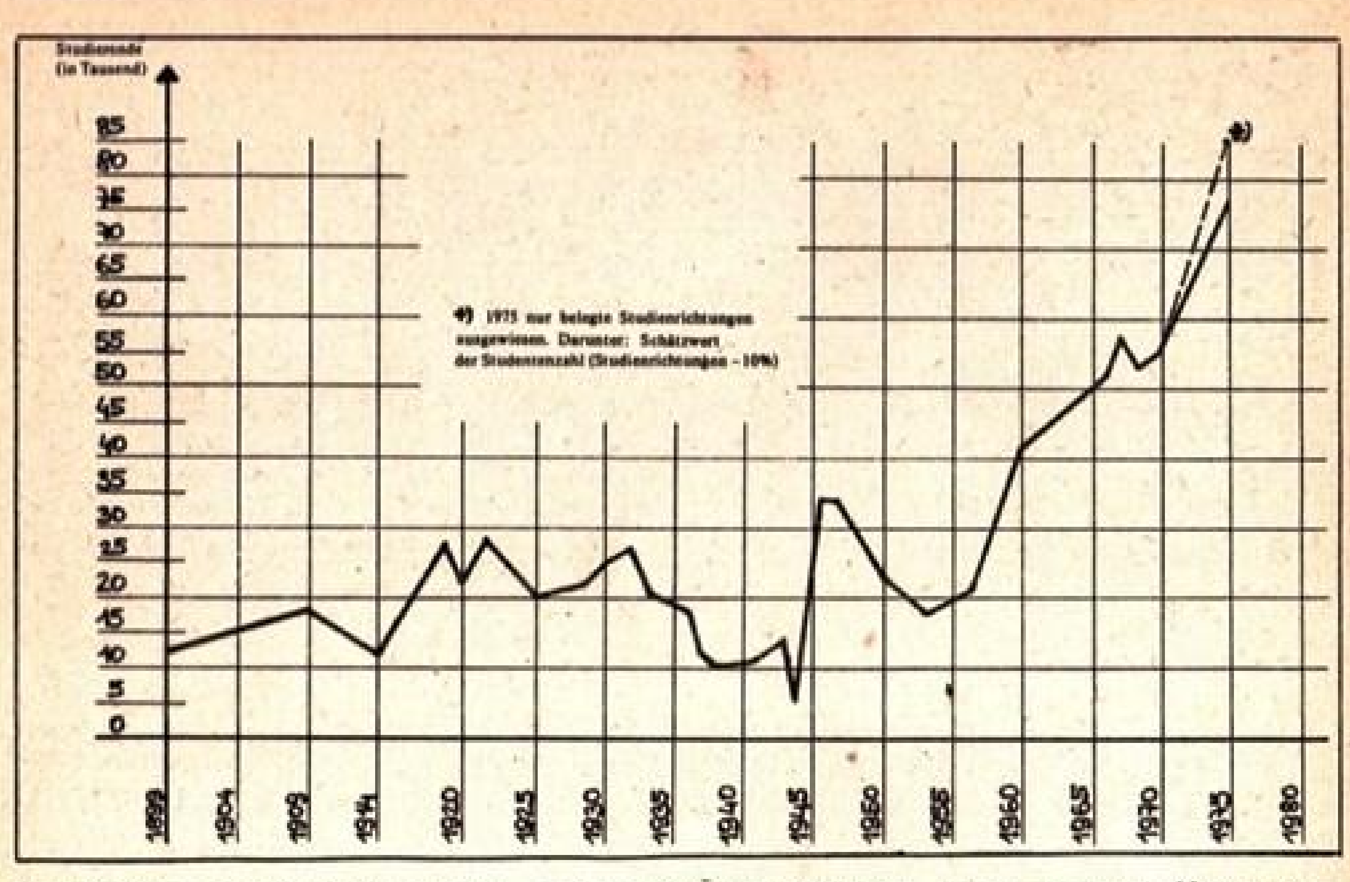
Keine Teilung in 1. und 2. Studienabschnitt! Weg mit der 1. Diplomprüfung!

Für die Ablegung bestimmter Prüfungen sieht die Studienreform Fristen vor, nach denen weitere Semester nicht mehr auf das Studium angerechnet werden — was für die betroffenen Studenten einen beträchtlichen Zeitverlust bedeutet (6-Semester-Frist). Werden Teilprüfungen abgelegt, so verfallen bestandene Teile, wenn bis zum nächsten Teil mehr als drei Semester verstreichen (3-Semester-Klausel).

Weg mit der 6-Semester-Frist und der 3-Semester-Klausel!

Die vom Allgemeinen Hochschul-Studiengesetz vorgeschriebene fünfstufige Notenskala wird zur Disziplinierung und Spaltung der Studenten eingesetzt. Sie bildet zugleich die Grundlage für verschiedene Formen der Studienbeschränkung und der Auswahl. Die Benotung ist ausschließliche Angelegenheit der Professoren bzw. der eingesetzten Prüfungskommissionen.

Weg mit der fünfstufigen Notenskala — Beurteilung nur nach „bestanden" und „nicht bestanden"!



Entwicklung der Studentenzahlen an den wissenschaftlichen Hochschulen in Österreich

Einspruchsrecht der gewählten Studentenvertreter gegen die Beurteilung! Öffentlichkeit aller Prüfungen!

Anläßlich der Einführung neuer Studienordnungen und Studienpläne werden die Pflichtstunden zumeist drastisch hinaufgesetzt. Dadurch wird die Möglichkeit der Studenten, sich mit dem Lehrstoff kritisch auseinanderzusetzen, immer mehr eingeschränkt!

Keine Erhöhung der Pflichtstundenzahl!

Vertragliche Vereinbarung der Pflichtstundenzahl zwischen gewählten Studentenvertretern und Staat!

Besonderer politischer Unterdrückung und besonderer Auswahl sind ausländische Studenten, insbesondere Studenten aus der Dritten Welt, ausgesetzt. Dazu dienen vor allem der Vorstudienlehrgang und der Österreichische Auslandsstudentendienst (ÖAD). Politisch sind die ausländischen Studenten weitgehend rechtlos.

Völlige rechtliche Gleichstellung der in Österreich lebenden Ausländer mit den Inländern; Sicherung dieser Gleichstellung durch die kostenlose und obligatorische Zuerkennung der österreichischen Staatsbürgerschaft nach drei Monaten; Möglichkeit zur einmaligen Verlängerung dieser Frist durch den betreffenden Ausländer um weitere drei Monate. Recht auf Gebrauch der Muttersprache vor Behörden und Gerichten. Unentgeltlicher obligarorischer Sprachunterricht für Ausländer im Ausmaß von vier Stunden wöchentlich während der ersten drei Jahre des Aufenthalts. Abschaffung des Vorstudienlehrgangs. Weg mit dem ÖAD! Gleiche Studienbedingungen für östereichische und ausländische Studenten!

Überall, wo die Studenten für die Verbesserung ihrer Situation für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volks und zur Unterstützung des Kampfes der unterdrückten Völker und Nationen einsetzen, verschärft sich der Widerspruch zum Staat zusehends. Verbot von Veranstaltungen und Kundgebungen durch Polizei oder Hochschulbehörden, Maßregelungen fortschrittlicher und revolutionärer Studenten, direkte Polizeieinsätze an den Hochschulen treten immer mehr als Mittel zur Unterdrückung der Studentenbewegung hervor. Der Kampf für das Recht auf freie politische Betätigung an den Hochschulen, der die verschiedensten gesetzlichen Bestimmungen entgegen-



Am 9./10. Mai fand in Salzburg ein Streik der Studenten gegen das Pädagogikum statt. Im Bild Streikposten.

stehen, wird daher zur aktuellen politischen Aufgabe der Studentenschaft.

Für das Recht auf freie politische Betätigung an den Hochschulen!

III. Zum Kampf gegen das Pädagogikum

Seit dem Jahre 1974, als die Pläne der Regierung für die Neuordnung des Lehramtsstudiums bekannt wurden, gibt es Widerstand von seiten der Studenten dagegen. In Hörerversammlungen und in Beschlüssen von Studienrichtungsvertretungen wurden die Entwürfe des Ministeriums abgelehnt, an einer Demonstration in Wien im Juni 1974 beteiligten sich etwa 800 Studenten. Ein Vorlesungsstreik in ganz Österreich Anfang 1975 wurde nach Angaben der ÖH fast lückenlos durchgeführt. An verschiedenen Instituten wurden Komitees der Studenten unter der Hauptforderung: „Sofortige Rücknahme des Entwurfs der Lehramtsstudienordnung!" gebildet. Spaltungsmanöver der verschiedenen bürgerlichen Kräfte, die Taktik der ÖH-Führer, alles auf Verhandlungen zwischen ihnen und der Regierung zu orientieren und die ungenügende Klarheit über die Stoßrichtung der Bewegung führten zu ihrem Abflauen. So kam es schließlich dazu, daß der Widerstand der Studenten nicht ausreichte, um die Erlassung der „Studienordnung für die pädagogische Ausbildung der Lehramtsstudenten" („Pädagogikum") am 31.3.1977 zu verhindern.

Mit dieser Verordnung des Wissenschaftsministeriums hat eine neue Etappe des Kampfs begonnen. Es geht jetzt vor allem darum, die Durchführung der Verordnung zu verhindern und ihre Rücknahme zu erzwingen. Gerade in der letzten Zeit nimmt die Bewegung der Studenten gegen das Pädagogikum einen neuen Aufschwung, und die verschiedensten Initiativen sind entstanden.

Durch die Pädagogikums-Studienordnung wird die Pflichtstundenzahl in den allgemein-pädagogischen und fachdidaktischen Fächern bis auf das Dreifache erhöht. Dadurch steigt der Druck auf die Studenten stark an, und die Möglichkeit zur kritischen Auseinandersetzung mit dem Lehrstoff wird weitgehend eingeschränkt.

Gegen die drastische Vermehrung der Pflichtstunden in der allgemein-pädagogischen und fachdidaktischen Ausbildung!



Die Hörerversammlung in Salzburg am 24. April, auf der der Streik für 9. und 10. Mai beschlossen wurde.

Durch die Festlegung des Zeitpunkts für das Pädagogikum wird einerseits die Zeit, die den Studenten zur Auseinandersetzung mit ihren Erfahrungen während des Praktikums zur Verfügung steht, drastisch eingeschränkt, andererseits wird es ihnen praktisch unmöglich gemacht, während der Semesterferien arbeiten zu gehen — worauf heute viele Studenten angewiesen sind. Die Praktikumslehrer werden vom Wissenschafts- und Unterrichtsministerium zugeteilt. Auch der Schulort wird den Studenten diktiert. Beides öffnet Schikanen und Druck der Schulbehörden gegen die Studenten Tür und Tor.

Freie Wahl des Zeitpunkts, des Orts und des Lehrers für das Schulpraktikum!

Die Pädagogikum-Verordnung sieht eine Benotung des Schulpraktikums durch den Praktikumslehrer vor, wobei vor allem die „pädagogische Eignung" beurteilt werden soll. Zusammen mit den anderen Bestimmungen zeigt sich klar, daß hier nichts anderes vorgesehen ist, als frühzeitig solche Studenten aus der Lehrerausbildung auszuscheiden, die nicht bereit sind, die Schülerhirne mit bürgerlicher Ideologie vollzustopfen, die Schüler zu unterdrücken und zu bevormunden.

Keine Benotung des Schulpraktikums!

Die Studenten selbst fordern völlig zu Recht, möglichst früh die Möglichkeit zu erhalten, selbst zu unterrichten. Sie streben danach, im Zug ihrer Ausbildung auch praktische Erfahrungen zu sammeln und sich mit diesen Erfahrungen auseinanderzusetzen. Wir unterstützen insbesondere die Bestrebungen fortschrittlicher Studenten, im Zug ihrer praktischen Ausbildung den Schülern anstelle bürgerlicher Ideologie Tatsachen über die gesellschaftliche Wirklichkeit und echte wissenschaftliche Erkenntnisse zu vermitteln und sich mit Lehrern, Schülern und Eltern zusammenzuschließen. Die Regelungen der Pädagogikumsverordnung stehen dem direkt entgegen; ihre Bestimmungen über das Schulpraktikum sind eine zynische Pervertierung der Bestrebung nach dem Sammeln praktischer Erfahrungen.

Rücknahme des Pädagogikums!

IV. Zur Frage der Vertretungsorgane der Studenten

Zur Führung der Auseinandersetzungen mit dem bürgerlichen Staat in den verschiedenen Fragen benötigen die Studenten entsprechende gewählte Vertretungsorgane. Die Kommunisten fordern eine starke Ausweitung der Rechte der Studentenvertreter — zur vertraglichen Vereinbarung von Studienbedingungen und Richtlinien für die Vergabe staatlicher Stipendien, zum Einspruch gegen Prüfungsergebnisse usw.

Die Vertretungsorgane der Studenten, die in der Österreichischen Hochschülerschaft (ÖH) zusammengefaßt sind, sind in ihrer Tätigkeit erheblich durch den Staat eingeengt. Das kommt schon in der Tatsache zum Ausdruck, daß die ÖH als „Körperschaft öffentlichen Rechts" vom Staat eingerichtet, in allen Einzelheiten ihres Aufbaus festgelegt, auf Zwangsmitgliedschaft der Studenten gegründet ist. Selbst Beschlüsse der einzelnen Gremien der ÖH kann der Staat aufheben. Die Finanzen sind laufender staatlicher Kontrolle unterworfen.

Damit nicht genug, wurden, um die Vorherrschaft bürgerlicher Studentenpolitiker in der ÖH möglichst weitgehend abzusichern, Bestimmungen geschaffen, die es den Kapitalisten und ihrem Staat leicht machen, einzelne Studentenvertreter zu korrumpieren und sie dennoch „im Namen der Studenten" sprechen zu lassen. So sind die Vorsitzenden der ÖH mit weitgehenden Befugnissen ausgestattet, und einmal gewählt, können alle Organe der ÖH nur mit Zweidrittelmehrheit wieder abgesetzt werden. Das verhilft bürgerlichen Studentenpolitikern seit langem dazu, sich ungestraft laufend über Beschlüsse der sie wählenden Gremien hinwegzusetzen und ihre Funktion in jeder Weise bis hin zur persönlichen Bereicherung auszunutzen. So stellt die ÖH ein prächtiges Übungsfeld für den Bourgeoispolitikernachwuchs dar.

Um die ÖH aus dem Einfluß des bürgerlichen Staats zu lösen und es zu ermöglichen, daß von ihr tatsächlich die Interessen der großen Mehrzal der Studenten vertreten werden, ist es notwendig, daß die ÖH ihre vom Staat organisierte Sonderstellung als Körperschaft öffentlichen Rechts ablegt. Als Teilforderungen in dieser Richtung verlangen wir:

Weg mit dem Aufsichtsrecht des Wissenschaftsministeriums über die ÖH!

Uneingeschränkte Satzungs- und Finanzautonomie!

Wählbarkeit und jederzeitige Abwählbarkeit aller Organe der ÖH mit einfacher Mehrheit!

Weg mit der Zwangsmitgliedschaft!

Kommunistische Studentenzeitung Nr.3 erschienen



Kommunistische Studentenzeitung

Gegen die Verschärfung der Ausbeutung entwickelt sich Widerstand

Streik gegen Pädagogikum in Salzburg, Streik gegen Psychologie-Studienordnung in Wien und Salzburg – die Bewegung gegen die reaktionäre Studienreform im Aufschwung!

Berichte und Analysen Seite 5,6,7

Aus dem Inhalt:

—Gegen die Verschärfung der Ausbeutung entwickelt sich der Widerstand der Arbeiterklasse.

—Streik gegen die Psychologie-Studienordnung in Wien.

— Kunsthochschulstudiengesetz: Noch in diesem Monat eine zentrale Protestversammlung aller Kunsthochschulen organisieren

— Wahlen an der Pädagogischen Akademie in Linz

— In der Sowjetunion von heute werden die Arbeiter ausgebeutet

— China und der Kampf gegen das imperialistische AKW-Programm

Die Kommunistische Studentenzeitung wird herausgegeben von der Redaktionskonferenz der Studentenorganisationen des KB Österreichs. Einzelpreis S 4,-, Jahresabonnement S 40,-. Zu beziehen über: Redaktion der KSZ, 1080 Wien, Mölkergasse 3.

Resolution zur Arbeit der Kommunisten unter den Studenten

In: Dokumente der 1. Ordentlichen Nationalen Delegiertenkonferenz

Auch als **Separatdruck** erhältlich:
16 Seiten Preis S 2,-

„Für die Masse der Studenten bedeutet das Studium Ausbildung ihrer Arbeitskraft zum Zweck ihres Verkaufs. Sie verbinden damit zumeist den Wunsch, durch wissenschaftliche Erkenntnis zum gesellschaftlichen Fortschritt beizutragen. Das Streben nach einer diesen Zwecken entsprechenden Ausbildung ist vollkommen gerecht. Seiner Verwirklichung steht die Herrschaft der Bourgeoisie und deren damit verbundene Kontrolle über das Bildungswesen entgegen; sie gesteht den Studenten nicht zu, mehr an Kenntnissen und Fähigkeiten zu erwerben, als für einen Lohnabhängigen mit beschränktem Aufgabengebiet nötig ist und verbindet diese Beschränkung mit der Forderung, einen Großteil des Studiums auf das Erlernen von Unterwürfigkeit und Respekt gegenüber der Kapitalsherrschaft zu verwandeln.

Den Kern der Mitte der 60er-Jahre eingeleiteten Studiumreform, die in AHStG, UOG, den besonderen Studiengesetzen, den Studienordnungen und Studienplänen niedergelegt ist, bilden eine verstärkte Reglementierung des Studiums, verschärfte Disziplinierung der Studenten, verschärfte Auslese und Verkürzung der durchschnittlichen Studiendauer.

(....)

Wesentlicher Inhalt des Kampfs um die Studienbedingungen ist die Sicherung der Möglichkeit zum Erwerben wissenschaftlicher Kenntnisse und zur kritischen Auseinandersetzung mit ihnen. Deshalb muß der Kampf um die Studienbedingungen eng verbunden werden mit der kritischen Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Wissenschaft. Ebenso muß er verbunden werden mit der Anprangerung und Aufdeckung der Fesslung und Knebelung der Wissenschaft durch die Bougeoisie und der Notwendigkeit ihres Sturzes.

Wenn die Kommunisten den Kampf um die Studienbedingungen auf diese Weise revolutionär und nicht wie bisher als konsequente Gegner der Studienreform führen, haben sie gute Voraussetzungen geschaffen, Reformismus und Revisionismus in dieser Bewegung zu schlagen und der Bewegung der Studenten gegen den bürgerlichen Staat im Kampf um die Studienbedingungen zu einem neuen Aufschwung zu verhelfen.

Zu beziehen über: Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, Postfach 13, 1042 Wien

Die politische Entwicklung und unsere Politik unter den Studenten

Auszug aus dem Politischen Bericht des Zentralkomitees an die 1. ordentliche Nationale Delegiertenkonferenz



„Seit unserer Gründungskonferenz hat die Linksentwicklung unter den Studenten angehalten. Breite Teile der Studentenschaft haben eine positive Rolle in den großen Volksbewegungen gegen die reaktionäre Minderheitenpolitik der Regierung und der Allianz der bürgerlichen Parteien und gegen die imperialistische Energiepolitik gespielt und sich in diesen Bewegungen mit den anderen Teilen des Volkes zusammengeschlossen. Sie haben wesentlich den Kampf gegen den Lehrerstop getragen. Sie blieben ein gewichtiger Faktor in der anti-imperialistischen Bewegung, die sich in einer sehr komplizierten Lage befindet. Sie haben die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse unterstützt. Sie sind mutig gegen die deutschnationale Hetze und gegen die Faschistengruppen auf Hochschulboden aufgetreten. Sie haben zum Teil harte Kämpfe gegen die Verschlechterung ihrer materiellen Lage und ihrer Studienbedingungen und gegen ihre Entrechtung geführt.

Die anhaltende Linksentwicklung in der Studentenschaft hat die Polarisierung an den Hochschulen weiter vorangetrieben. Während die großen bürgerlichen Studentenorganisationen sich nach wie vor nur im reformistischen Gewand zu präsentieren wagen, wurden einige offen reaktionäre Sammelorganisationen von der Bourgeoisie aufgebaut. Ihre Stärke liegt jedoch zusammengenommen weit unter dem, was noch vor Jahren die offene bürgerliche Reaktion auf dem Hochschulboden auf die Beine brachte.

Die Linksentwicklung und die Polarisierung in der Studentenschaft kann sich jedoch nicht breit und offen entfalten, solange nicht durch den Aufbau einer starken kommunistischen Studentenbewegung ein klarer organisierter ideologischer und politischer Gegenpol die Linksentwicklung unter der Masse der mittellosen Studenten vorantreiben und an sich ziehen kann. Polarisierung heißt Klassenpolarisierung — die Einnahme des Standpunkts der Arbeiterklasse auf der einen, des Standpunkts der Bourgeoisie auf der anderen Seite. Daß und wie sich diese Polarisierung entwickeln kann, hängt entscheidend von der Arbeit der Kommunisten unter den Studenten ab."

168 Seiten, Preis S 50,-. Zu beziehen über: A. Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13

21. August 1968

Gesichtspunkte zum Auftreten gegen die sozialimperialistische Okkupation der CSSR

Vor zehn Jahren sagte Genosse Tschou En-lai, Ministerpräsident der Volksrepublik China, nach der sozialimperialistischen Besetzung der CSSR: „**Daß eine Großmacht so willkürlich einen kleinen Staat niederstampfen kann, bedeutet für diejenigen Leute, die sich dem US-Imperialismus und dem Sowjetrevisionismus gegenüber Illusionen hingeben, eine besonders eindrucksvolle Lehre.**"

Tatsächlich war der Einmarsch der sowjetischen Truppen und ihrer Söldner in die CSSR eine Ereignis von solcher Bedeutung, daß zwangsläufig alle politischen Kräfte auf der Welt ihre Lehren und Schlußfolgerungen daraus zogen. Welche Lehren und Schlußfolgerungen sie daraus zogen, war entsprechend ihrer Klassennatur und ihrer Lage verschieden.



Der Einmarsch der sowjetischen Panzer im August 1968 in Prag stieß auf massenhaften Volkswiderstand. Obwohl die Staatsführung kapitulierte, wurden auch die militärischen Kräfte der Besatzer angegriffen. Im Bild: Ein russischer Panzer wird in Brand gesteckt.

Heute — zehn Jahre danach — ist es nicht anders. Die Haltung zur noch immer andauernden sozialimperialistischen Besetzung der CSSR ist nach wie vor eine Frage des Klassenstandpunktes der verschiedenen politischen Kräfte. Dies klar zu sehen, ist besonders notwendig und aktuell angesichts der Aufgabe, die sich der Kommunistische Bund Österreichs für dieses Jahr und insbesondere für die Zeit bis zum 21. August stellt: anläßlich des 10. Jahrestages der Okkupation der CSSR zum Zusammenschluß aller Kräfte, die dafür gewonnen werden können, zur Unterstützung der gerechten Forderungen nach Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen aus der CSSR und der Herstellung der vollen nationalen Unabhängigkeit und staatlichen Souveränität der CSSR beizutragen. Der Kommunistische Bund Österreichs stellt diese Anstrengungen in den Rahmen einer breiten Kampagne der Entlarvung und des Kampfes gegen den russischen Sozialimperialismus, deren Entfaltung auch in Österreich den Aufbau einer Front gegen das Weltherrschaftsstreben der beiden Supermächte voranbringen und für die Entfaltung des Klassenkampfs und das Herankommen an die sozialistische Revolution genutzt werden können wird.

Bevor wir den Zusammenschluß suchen, ist es notwendig, den eigenen Standpunkt und den der anderen Kräfte zu klären.

Die Tragödie des tschechoslowakischen Volkes hat nicht erst mit dem Einmarsch der sozialimperialistischen Truppen am 21. August 1968 begonnen, sondern mit der Verwandlung der CSSR aus einem sozialistischen Land der Arbeiterklasse in ein kapitalistisches Land der neuen und alten Bourgeoisie im Gefolge des Machtantritts des Revisionismus in Partei und Staat. Dieser Machtantritt des Revisionismus in der CSSR wurde gefördert und abgesichert durch den vorangegangenen Farbwechsel der Sowjetunion.

In dieser Auffassung unterscheiden sich die wirklichen Kommunisten von allen anderen Kräften, die aus den verschiedensten Beweggründen die Besetzung der CSSR verurteilten oder auch heute noch immer verurteilen.

1956 fand in Moskau der berüchtigte XX. Parteitag der KPdSU statt. Auf diesem Parteitag — drei Jahre nach dem Tode Stalins — eroberten die modernen Revisionisten, die sich schon zu Lebzeiten Stalins in Partei- und Staatsapparat eingenistet und einen Teil der Macht an sich gerissen hatten, endgültig die Macht in Partei und Staat. Ihr Machtantritt veränderte grundlegend und vollständig den Charakter der Partei, des Staates und damit auch der Gesellschaftsordnung in der Sowjetunion. Aus der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse wurde die KPdSU zu einer revisionistischen Partei einer neuen bürokratischen Monopolbourgeoisie. Aus dem Staat der Diktatur des Proletariats wurde der Sowjetstaat zum Staat der Diktatur dieser neuen bürokratischen Monopolbourgeoisie. Die relativ entwickelte sozialistische Gesellschaftsordnung in der Sowjetunion wurde nach dieser Veränderung der Klassennatur von Partei und Staat rasch vollständig vernichtet und allseitig durch die Gesellschaftsordnung eines hochkonzentrierten Staatsmonopolkapitalismus ersetzt.

Die Außenpolitik ist die Verlängerung der Innenpolitik. Der Machtantritt des Revisionismus und die allseitige Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion hatte notwendigerweise auch Konsequenzen in den Außenbeziehungen der Sowjetunion.

Nach dem Machtantritt der modernen Revisionisten in der UdSSR setzten sie zudem alles daran, dem Revisionismus in allen anderen Kommunistischen Parteien der Welt zum Durchbruch zu verhelfen. Im Windschatten der Entartung der KPdSU und unter ihrem Kommando verstärkten die Revisionisten in allen Ländern ihre Angriffe auf den Marxismus-Leninismus und ihre Anstrengungen zur Eroberung der Kommunistischen Parteien. Dabei wurden sie direkt von den sowjetischen modernen Revisionisten unterstützt, die sich überall in die inneren Angelegenheiten der Kommunistischen Parteien einmischten und ihre Intrigen schmiedeten. Die Sowjetrevisionisten konzentrierten sich dabei vor allem auf die Parteien in den volksdemokratischen Ländern. Sie scheuten nicht davor zurück, direkt staatlichen Druck auf diese Parteien auszuüben, ihnen genehme Führungsgarnituren hinzusetzen, die Verfolgung der wirklichen Marxisten-Leninisten in diesen Ländern zu betreiben etc.

Diese äußere Einwirkung konnte natür-

lich nur auf der Grundlage der inneren Verhältnisse in diesen Ländern und Parteien wirken. Die inneren Voraussetzungen für die Durchsetzung des Revisionismus war in den meisten dieser Parteien günstig aufgrund der Tatsache, daß sie zum Zeitpunkt der Errichtung der Volksdemokratien noch wenig gefestigt waren; daß ihre erfahrenen Kader durch Faschismus und Krieg dezimiert waren; daß sie an deren Stelle nach der Errichtung der Volksdemokratie von einer Flut von Opportunisten und Bürgerlichen aller Schattierungen überschwemmt wurden, die ab nun ihre Schmarotzerinteressen unter der Fahne des Sozialismus und Kommunismus weiterzuverfolgen gedachten; daß sie vor allem ideologisch und politisch nicht auf den Kampf der zwei Wege gerüstet waren. Auf diese Weise konnte sich der Revisionismus auch in den meisten osteuropäischen Ländern durchsetzen, die Macht in Partei und Staat erobern und diese Länder wieder auf den kapitalistischen Weg führen.

Im Zuge dieses Prozesses kam es notwendigerweise zu Widersprüchen und Konflikten im revisionistischen Lager — sowohl innerhalb der verschiedenen Länder als auch international. Der Sowjetrevisionismus forderte Unterwerfung, doch begannen in verschiedenen Ländern die Revisionisten ihre eigenen Wege zu gehen. In den osteuropäischen revisionistischen Ländern entwikkelte sich eine Strömung der Loslösung von der Sowjetunion und der eigenständigen Hinwendung zum westlichen Imperialismus, zu seinen Märkten und Krediten. Dieser — voran die USA — tat alles, um diese Strömung zu fördern.

Die Lage für die Sowjetrevisionisten wurde gefährlich. Anfang 1968 setzte sich in der CSSR die Revisionistenfraktion unter Dubcek gegen den ergebenen Diener des Sowjetrevisionismus Novotny durch. Sie beschleunigte die allseitige Restauration des Kapitalismus in der CSSR unter der Fahne des „demokratischen Sozialismus" weiter, forcierte die Annäherung an den US-Imperialismus und die europäischen Imperialisten. Im tschechoslowakischen Volk fand sie relativ große Unterstützung, insofern sich ihre Maßnahmen gegen das verhaßte Novotny-Regime und das Diktat der Sowjetunion richteten und dem Volk größere Bewegungsfreiheit versprachen. Das ändert nichts daran, daß die Maßnahmen des Dubcek-Regimes im sogenannten „Prager Frühling" Maßnahmen zur Beschleunigung der kapitalistischen Restauration und der Anlehnung an den westlichen Imperialismus anstelle der Unterordnung unter den sowjetischen Imperialismus waren.



Die sowjetische Regierung setzt wiederholt die Dubcek Regierung unter Druck. Es fanden eine Reihe von Gesprächen zwischen diesen statt, bei denen Breschew wüste Drohungen gegen die CSSR Regierung ausstieß. Im Bild: Breschnew und Dubcek nach einer Konferenz in Bratislava, im Hintergrund Ulbricht.

Das Programm Dubceks lebte nicht zuletzt von der Tatsache, daß der Farbwechsel der KPC und der tschechoslowakischen Staatsmacht unter Novotny von den Massen nicht erkannt war, daß Dubcek seinen Kampf mit der Novotny-Clique als Kampf zwischen „zwei Wegen des Sozialismus" darstellen konnte und nicht offenlag, daß es sich in Wahrheit um den Kampf zwischen „zwei Wegen des Revisionismus und der kapitalistischen Restauration" handelte. Dem „Sozialismus" Novotnys und seiner Vasallenpolitik gegenüber Moskau, mit seiner steigenden Ausbeutung in den Betrieben zugunsten der Sowjetrevisionisten und der tschechoslowakischen neuen Bourgeoisie, mit seiner zunehmenden Verelendung der Massen und seiner sozialfaschistischen Unterdrükkung — diesem „Sozialismus" einen „Sozialismus" der kapitalistischen Prosperität und bürgerlichen Demokratie gegenüberzustellen, kam der zunehmenden Auflehnung der Massen gegen die Verhältnisse entgegen und lenkte sie zugleich auf die Mühlen einer anderen Clique, ohne die schützende Tarnung der Fahne des „Sozialismus" aufgeben zu müssen.

In den Reihen der westlichen revisionistischen Parteien fand der Dubcek-Kurs zum Teil beträchtlichen Anklang. Er entsprach dem eigenen Verzicht auf die Revolution und der Orientierung auf den „friedlichen" parlamentarischen Weg, er entsprach der eigenen Aussöhnung mit Kapitalismus und Imperialismus. Er entsprach vor allem auch der aufkommenden Tendenz in den westlichen revisionistischen Parteien, sich stärker von der Sowjetunion und der KPdSU abzusetzen, um die Aussöhnung mit der eigenen imperialistischen Bourgeoisie zu beschleunigen. Die Strömung hatte auch in der KPÖ für einige Zeit die Oberhand. Ihre damals führenden Vertreter in der KPÖ sind mittlerweile zu einem Teil direkt bei der SPÖ gelandet, zu einem anderen Teil in den SP-Anhängseln „FÖJ, Bewegung für Sozialismus", „Arbeits-



gemeinschaft Gewerkschaftliche Einheit" und „Freunde des 'Wiener Tagebuch'" tätig oder untätig.

Der Machtantritt des Revisionismus in der CSSR im Gefolge des Machtantritts des Revisionismus in der Sowjetunion — das ist die Wurzel der späteren Ereignisse des Jahres 1968 in der CSSR. Er brachte der tschechoslowakischen Arbeiterklasse die neuerliche Unterwerfung unter die Lohnsklaverei, beraubte das tschechoslowakische Volk aller demokratischen Rechte und liquidierte schließlich auch die nationale Unabhängigkeit und staatliche Souveränität der Tschechoslowakei. Das führte zu wachsenden Spannungen in den Reihen der neuen herrschenden Clique in der CSSR, von der ein Teil zunehmend selbst in Widerspruch zur Kontrolle und Ausplünderung des Landes durch die Sowjetunion kam, durch die ihre eigenen Möglichkeiten eingeschränkt wurden. Sie forderten größere Unabhängigkeit für das Land, um ihre eigenen Ausbeuterinteressen besser verfolgen zu können. Um dafür Rückhalt bei den Volksmassen zu finden, machten sie dem Volk zahlreiche Zugeständnisse und noch mehr Versprechungen. Das Volk wiederum unterstützte ihre Bestrebungen, soweit sie die Knebelung durch die SU und die Novotny-Clique zu lockern versprachen. Unter der Führung der bürgerlichen, revisionistischen Dubcek-Clique konnte das tschechoslowakische Volk den Kampf um seine Unabhängigkeit aber nicht konsequent führen. Die Dubcek-Clique selbst war ständig damit beschäftigt, die Arbeiterklasse und das ganze tschechoslowakische Volk „in Zaum zu halten", ihre Kraft nur soweit sich entfalten zu lassen, als es für die Zwecke der Dubcek-Clique notwendig erschien. Dies war der natürliche Ausdruck für die Angst, die diese Leute vor der Arbeiterklasse und dem Volk hatten, die Angst, daß im Zuge des Kampfs um die Gewinnung größerer Unabhängigkeit die Arbeiterklasse und das Volk sich nicht mit den ihnen zugedachten Zugeständnissen zufriedengeben, sondern neuerlich die Macht für sich erkämpfen und wirklich den Weg des Sozialismus einschlagen könnten.

Die Arbeiterklasse blieb ideologisch entwaffnet: der Marxismus-Leninismus wurde ihr gegenüber mehr oder weniger offen als die Ideologie der Sowjetrevisionisten und der Novotny-Clique verteufelt. Sie blieb vor allem deshalb auch politisch und organisatorisch entwaffnet: unter Dubcek begannen zwar alle nur denkbaren politischen Parteien der neuen und alten Bourgeoisie hervorzusprießen, eine neue wirklich kommunistische Partei konnte jedoch weder legal noch illegal aufgebaut werden. Die Arbeiterklasse war deshalb schließlich auch militärisch entwaffnet und gefesselt, als die Okkupationstruppen einmarschierten: die Dubcek-Clique organisierte die Kapitulation und hätte die Waffen noch eher gegen das Volk zu richten versucht als gegen die Okkupanten — die Arbeiterklasse und das Volk aber waren nicht in der Lage, selbständig den bewaffneten Kampf zur Verteidigung des Landes aufzunehmen. Dies war die notwendige Folge der ungebrochenen ideologischen, politischen und organisatorischen Vorherrschaft des Revisionismus und damit der Bourgeoisie über die tschechoslowakischen Arbeiter- und Volksmassen.

Um die Unabhängigkeit der CSSR wirklich zu erringen, hätte in der Tschechoslowakei schon damals die Arbeiterklasse als selbständige Kraft auftreten und die Führung der Volksmassen übernehmen müssen. Vom Revisionismus gefesselt und im Schlepptau der Bourgeoisie war sie dazu nicht imstande, die von der Dubcek-Clique vertretenen Bourgeois wiederum erwiesen sich angesichts der sozialimperialistischen Invasion endgültig auf der ganzen Linie als Kapitulanten, die unfähig und auch gar nicht willens waren, das Volk in den wirklichen Kampf um die Unabhängigkeit zu führen. Deshalb kann es auch für die Arbeiterklasse der CSSR heute nicht um ein „Zurück zu Dubcek" oder ein „Zurück zum Prager Frühling" gehen, sondern nur darum, im Kampf gegen den Revisionismus sich wieder zur selbständigen politischen Partei zu organisieren, die Volksmassen im Kampf um die nationale Befreiung und Volksdemokratie zusammenzuschließen und damit den Weg zum Sozialismus neuerlich freizuschlagen. Dabei wird sie die Widersprüche der verschiedensten — auch bürgerlichen — sozialen und politischen Kräfte zur sowjetischen Besatzungsmacht und ihren Lakaien zum Aufbau und zur Erweiterung einer breiten Einheitsfront für nationale Unabhängigkeit und Volksdemokratie nutzen, ohne sich neuerlich in die Abhängigkeit und unter die Führung dieser Kräfte zu begeben.

Die internationalen Bedingungen, unter denen die tschechoslowakische Arbeiterklasse diesen Kampf führen muß, haben seit 1968 einige Veränderungen erfahren, die sich auch in der Haltung der verschiedenen Kräfte in Österreich zur Unterstützung dieses Kampfes niederschlagen.

Die Okkupation der CSSR 1968 durch den russischen Sozialimperialismus erfolgte zur gleichen Zeit, als der US-Imperialismus in Vietnam in immer ärgere Bedrängnis kam: die Tet-Offensive 1968 hatte ihn schwer getroffen, das verbrecherische Bombardement der Demokratischen Republik Vietnam konnte das vietnamesische Volk nicht in die Knie zwingen, die weltweite Solidaritätsbewegung für den Kampf des vietnamesischen Volkes nahm gerade einen mächtigen Aufschwung. Die Sowjetrevisionisten gingen inzwischen mit Vorschlägen an den USA zur „Entschärfung des Krisenherdes Vietnam" hausieren und versuchten sich gemeinsam mit dem US-Imperialismus als „Weltgendarm".

Die Entwicklung der wieder kapitalistisch



Die sowjetischen Truppen besetzen Prag regelrecht. Sie postieren an den wichtigsten Stellen Panzer und errichten militärische Kontrollen. Die Brücken über die Moldau werden abgeriegelt und Strassensperren errichtet.

gewordenen Sowjetunion zur sozialimperialistischen Supermacht war erst in der Anfangsphase. Der Revisionismus selbst ist in seiner Wurzel Kapitulation vor der Bourgeoisie und dem Imperialismus — so hatte auch Chruschtschow als Kapitulant vor dem US-Imperialismus das Ruder in Partei und Staat an sich gerissen und versucht, der ganzen kommunistischen Weltbewegung eine Generallinie der Kapitulation vor dem Imperialismus und insbesondere vor dem Hauptfeind der Völker, dem US-Imperialismus, aufzuzwingen. Kapitulation vor dem US-Imperialismus und zugleich Kollaboration mit ihm gegen die Völker und gegen die Weltrevolution — das war das vorübergehend vorherrschende Element in den Beziehungen zwischen dem sich erst entwickelnden sowjetischen Imperialismus und dem bereits seinen Niedergang beschleunigenden US-Imperialismus. Die Vorgänge des Jahres 1968 widerspiegeln dieses Verhältnis. Tschou En-lai wies in einer Rede 1968 darauf hin: „Zu einer Zeit, da sich der US-Imperialismus unüberwindbaren Schwierigkeiten gegenübersieht, ist diese Aktion der sowjetrevisionistischen Renegatenclique in der Tschechoslowakei in Wirklichkeit eine große Hilfe für die Regierung Johnson." „Das sogenannte 'Kommuniqué über die sowjetisch-tschechoslowakischen Gespräche' ist ein Ergebnis des Kampfes und der Zusammenarbeit des US-Imperialismus und des Sowjetrevisionismus in der tschechoslowakischen Frage im Rahmen des aussichtslosen Versuches einer Neuaufteilung der Welt. Der US-Imperialismus anerkennt, daß die Tschechoslowakei zur Einflußsphäre des Sowjetrevisionismus gehört, und nimmt den Truppeneinsatz mit stillschweigender Zustimmung hin. Hingegen hat der Sowjetrevisionismus wiederholt verlangt, nicht mit unangebrachtem Ungestüm vorzugehen, damit die amerikanisch-sowjetische Zusammenarbeit im globalen Maßstab unberührt bliebe." „Der tschechoslowakische Zwischenfall steht in keiner Weise isoliert da. Als der US-Imperialismus anerkannt hat, daß die Tschechoslowakei und das übrige Osteuropa zur Einflußsphäre des Sowjetrevisionismus gehören, war natürlich die Bedingung, daß der Sowjetrevisionismus anerkenne, daß der Mittlere Osten, Südvietnam und das übrige Südostasien zur Einflußsphäre des US-Imperialismus gehören."

Mittlerweile sind starke Veränderungen im Verhältnis von Sowjetunion und USA eingetreten. Die Sowjetunion ist längst zur Supermacht erstarkt und gegenüber dem US-Rivalen im Kampf um die Weltherrschaft in die Offensive übergegangen. Stellte Tschou En-lai 1968 noch fest, daß die Sowjetunion und die USA „in dieser oder jener Frage wohl Interessenskonflikte haben, doch ein Herz und eine Seele im Kampf gegen den Kommunismus, gegen das Volk und gegen die Revolution sind", so trifft wohl das zweite nach wie vor zu, sind aber die Interessenskonflikte und ist ihr Kampf gegeneinander bereits umfassend und zum vorherrschenden Element in ihren Beziehungen untereinander geworden.

Diente der Überfall der Sowjetunion auf die CSSR und ihre Besetzung 1968 noch vor allem der gewaltsamen Absicherung des sowjetischen Einflußbereiches, so dient ihre Aufrechterhaltung heute längst schon direkt den aggressiven Kriegsplänen des Sozialimperialismus im Ringen um Europa als Sprungbrett zur Weltherrschaft. Umso gewalttätiger wird sich der Sozialimperialismus an seiner Kolonie CSSR festklammern, umso grausamer wird er sie gegen den Kampf des tschechoslowakischen Volkes um nationale Befreiung und Volksdemokratie verteidigen. Umso bedeutsamer für die Durchkreuzung seiner Kriegspläne und für die Hinauszögerung des Kriegs zwischen den beiden Supermächten um die Weltherrschaft ist unter diesen Umständen aber auch der Kampf des tschechoslowakischen Volkes.

Bei dessen Unterstützung muß man mit den Verhältnissen rechnen, die unter dem Einfluß dieser Veränderungen in der Weltlage in Österreich eingetreten sind. Haben sich 1968 noch praktisch alle politischen Kräfte — anfangs sogar einschließlich der revisionistischen KPÖ — gegen die Besetzung der CSSR empört, ohne allerdings natürlich einen Finger zur Unterstützung des tschechoslowakischen Volkes zu rühren, so ist jetzt die Beschönigung, Vertuschung und Verniedlichung der sozialimperialistischen Okkupation der CSSR fast allgemein. Dies ist Ausdruck der imperialistischen Beschwichtigungsströmung, die unter den westlichen Bourgeoisien gegenüber dem Sozialimperialismus um sich gegriffen hat und



Am 22.August gab es in Prag Massenkundgebungen gegen die Okkupation. Im Bild: Eine Massenversammlung am Prager Wenzelsplatz, in der Menge sind einige russische Panzer eingekeilt.

die in Österreich praktisch unangefochten dominiert. Die Sozialdemokratie versucht die Besetzung der CSSR 1968, soweit sie überhaupt noch davon spricht, als eine notwendige Konsequenz des Kommunismus hinzustellen, und predigt gleichzeitig die Anerkennung der geschaffenen Tatsachen, aus der sie blühende Geschäfte mit dem Sozialimperialismus und seinen Vasallen in der CSSR zu schlagen hofft. Bei ÖVP und FPÖ verhält es sich nicht anders. Die KPÖ erfüllt, seitdem sie sich von den offenen Dubcek-Anhängern „gereinigt" hat, getreu ihre Vasallenpflichten gegenüber ihren russischen Oberherren, auch wenn nach wie vor unter einem Teil ihrer Mitglieder die Okkupation der CSSR keineswegs unumstritten ist. Die ehemaligen Hauptexponenten eines vom Sowjetrevisionismus „unabhängigen" revisionistischen Kurses der KPÖ betreiben — soweit sie sich nicht inzwischen bereits der SPÖ angeschlossen haben — in der Gruppierung „Bewegung für Sozialismus", „Gewerkschaftliche Einheit", „Freunde des

'Wiener Tagebuch'" ihre SPÖ-Schwanzpolitik und träumen von der Gründung einer „eurokommunistischen Partei". Für sie ist der August 1968 vor allem das jammervolle Ende des „Sozialismus mit menschlichem Antlitz", ihre Parole ist das „Zurück zu Dubcek" — aber auch das bereits keineswegs mehr als ernsthafte Perspektive, denn auch sie sind längst „Realisten" geworden, die den „Stalinismus" der Sowjetunion bekämpfen und zugleich zu den erbittertsten Verteidigern und Beschönigern des Sozialimperialismus gehören. In dieser Haltung verstehen sie sich auch bestens mit den Trotzkisten.

Gibt es also keine Kräfte, die für die Unterstützung des Kampfs des tschechoslowakischen Volkes zu gewinnen sind? Es gibt sie, und zwar auch im Einflußbereich der genannten politischen Kräfte. Wenn wir gerade auf den Jahrestag der Okkupation der CSSR hin diese Menschen für eine aktive Beteiligung zur Unterstützung des Kampfes des tschechoslowakischen Volkes gewinnen wollen, müssen wir einerseits davon ausgehen, daß die Führungen aller dieser Gruppierungen erbitterte Feinde jeder wirklichen Unterstützungsaktion sein werden, andererseits aber auch davon, daß die Menschen, die heute noch unter ihrem Einfluß stehen, durchaus für die gerechte Sache des tschechoslowakischen Volkes gewonnen werden können. Der Widerspruch zwischen den Erklärungen gegen die Okkupation der CSSR, die die Führungen dieser Gruppierungen auch heute noch abzugeben gezwungen sind, und ihrer mangelnden Bereitschaft, zu breiten, einheitlichen Aktionen gegen diese Okkupation beizutragen, wird für sie nicht leicht zu lösen sein, sowie unter den Menschen selbst die Bereitschaft und der Wille zu solchen einheitlichen Aktionen geweckt ist. Zur Weckung dieses Willens durch eine umfassende Aufdeckung der Hintergründe, Triebkräfte und weiteren Entwicklung der sozialimperialistischen Okkupation der CSSR, durch die Enthüllung der Tatsachen über des Ringen der beiden Supermächte um ihre Weltherrschaft und die daher rührende Gefahr eines neuen Weltkriegs, durch den Angriff auf die imperialistische Beschwichtigungspolitik der österreichischen Bourgeoisie und durch die Entfaltung einer korrekten Aktionseinheitspolitik — das wird die Aufgabe der kommenden Wochen und Monate sein.

Die Theorie des Vorsitzenden Mao über die Dreiteilung der Welt ist ein bedeutender Beitrag zum Marxismus-Leninismus
Leitartikel der „Renmin Ribao"
89 Seiten, Preis: 3,-

Der sowjetische Sozialimperialismus ohne Maske
99 Seiten, Preis: 3,30
Nils Holmberg
Friedliche Konterrevolution
Teil 1 und 2 erschienen
330 Seiten, Preis: 115,50
Willi Dickhut
Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion
322 Seiten, Preis: 75,50
Supermacht Sowjetunion
Internationale Konferenz der Zeitschrift „Befreiung". Pfingsten 1977
285 Seiten, Preis: 102,40



Obenstehendes Plakat wurde vom KB Österreich anläßlich des 40. Jahrestages der Okkupation Österreichs durch die Hitlertruppen herausgegeben. Der Text auf dem Plakat lautet: „Am 11. März jährt sich zum 40. Mal der Tag des Einmarsches der Truppen des faschistischen Hitlerdeutschlands in Österreich. Wie damals die Faschisten, stehen heute die Völker der Welt den Supermächten gegenüber. Von ihrem Ringen um die Weltherrschaft geht die Gefahr eines neuen Weltkrieges aus. Die sozialimperialistische und sozialfaschistische Sowjetunion ist dabei die gefährlichere und aggressivere Supermacht und der Hauptkriegstreiber. Sie ist in die Fußstapfen des Hitlerfaschismus getreten. In ihrer wilden Raubgier stellt sie dabei den Hitlerfaschismus weit in den Schatten.

Wieder, wie vor 40 Jahren, sind die Völker heute mit der drohenden Gefahr eines imperialistischen Weltgemetzels konfrontiert. Wieder ist Österreich mit der Gefahr konfrontiert, zum Opfer von Aggressionen seitens der Supermächte, insbesondere seitens des Sozialimperialismus, zu werden. Heute schon ist unser Land in hohem Maß in Abhängigkeit vom US-Imperialismus und der Sozialimperialismus versucht mit allen Mitteln, stärker Fuß zu fassen. Wieder sind die Völker der ganzen Welt, darunter auch das österreichische Volk, mit der Aufgabe konfrontiert, im Kampf gegen die beiden Hegemonialmächte und Kriegstreiber die breitestmögliche Einheitsfront gegen den Feind zu bilden."

Für das Verständnis der heutigen internationalen politischen Lage und der gesamten politischen Weltentwicklung ist es von erstrangiger Bedeutung, das Wesen und die Entwicklung des sowjetischen Sozialimperialismus zu analysieren. Die folgenden Schriften sollen das erleichtern. In den Büchern von Dickhut und Holmberg wird die Machtergreifung durch den Revisionismus und die Umwandlung der Sowjetunion aus einem sozialistischen Land in ein staatsmonopolkapitalistisches, sozialfaschistisches und sozialimperialistisches Land behandelt. Das Buch „Supermacht Sowjetunion" und die Broschüre „Der sowjetische Sozialimperialismus ohne Maske" behandelt die imperialistische Politik der Sowjetunion, die seit der Okkupation der CSSR vor 10 Jahren, im Jahre 1968, offenkundig geworden ist. Die Broschüre „Die Theorie des Vorsitzenden Mao über die Dreiteilung der Welt ist ein bedeutender Beitrag zum Marxismus-Leninismus" ist ein Leitartikel der „Renmin Ribao", des Zentralorgans der KP Chinas. Er analysiert die heutige Weltlage und behandelt die Frage der richtigen Strategie im internationalen Klassenkampf.

Zwei Reden von Genossen Tschu En-lai zum sowjetischen Überfall auf die CSSR im August 1968

Rede des Ministerpräsidenten Tschou En-lai auf dem vom rumänischen Botschafter in China anläßlich des rumänischen Nationalfeiertags gegebenen Empfang (23. August 1968)



Verehrter Botschafter Aurel Duma!
Genossen und Freunde!

Heute ist der 24. Jahrestag der Befreiung des rumänischen Volkes vom Joch des Faschismus. Im Namen des chinesischen Volkes und der chinesischen Regierung überbringe ich dem rumänischen Volk und der rumänischen Regierung heiße Glückwünsche.

Vor 24 Jahren führte die Kommunistische Partei Rumäniens das Volk zu einem bewaffneten Aufstand, stürzte das reaktionäre Antonescu-Regime und hat in der Geschichte Rumäniens ein neues Blatt aufgeschlagen. In den vergangenen 24 Jahren haben das rumänische Volk und seine Führer unter Auswertung der Reichtümer des eigenen Landes und aus eigener Kraft beim Aufbau des Vaterlandes gewaltige Erfolge erzielt. Wir wünschen, daß das rumänische Volk im Kampf für die Verteidigung und den Aufbau seines Vaterlandes den Geist des Fleißes und des Mutes entfaltet und neue Siege erringt.

Genossen und Freunde! Vor kurzem haben die sowjetrevisionistische Führungsclique und deren Anhänger unverfroren eine große Anzahl Streitkräfte zum Überraschungsüberfall auf die Tschechoslowakei eingesetzt. Da die tschechoslowakische revisionistische Führungsclique das Volk öffentlich aufrief, keinen Widerstand zu leisten, haben sie die Tschechoslowakei rasch besetzt und so am tschechoslowakischen Volk ein ungeheures Verbrechen begangen.

Das ist das unverhüllteste und typischste Merkmal der faschistischen Machtpolitik, die die sowjetrevisionistischen Renegaten- und Arbeiterverräterclique gegenüber ihren sogenannten Alliierten anwendet. Das ist ein Zeichen des totalen Zusammenbruchs des sowjetischen modernen Revisionismus.

Die chinesische Regierung und das chinesische Volk verurteilen scharf das Aggressionsverbrechen der sowjetrevisionistischen Führungsclique und ihrer Anhänger — die militärische Besetzung der Tschechoslowakei — und unterstützen entschlossen den heldenhaften Kampf des tschechoslowakischen Volkes zum Widerstand gegen die Okkupation durch die Sowjetarmee.

Seit langem bestehen innerhalb des modernen Revisionismus mit der sowjetrevisionistischen Führungsclique als Zentrum zahlreiche Widersprüche, und es drohen überall Krisen. Bei ihrer skrupellosen Aggression und Okkupation der Tschechoslowakei beabsichtigt die sowjetrevisionistische Führungsclique, die tschechoslowakische revisionistische Führungsclique daran zu hindern, sich direkt den Westmächten mit dem US-Imperialismus an der Spitze an die Brust zu werfen; sie beabsichtigt, eine nicht wieder wettzumachende Kettenreaktion zu verhüten, die sich aus der Entwicklung dieser Lage ergeben hätte. Das ist eine unvermeidliche Folge des Großmachtchauvinismus und des nationalen Egoismus der sowjetrevisionistischen Führungsclique, eine unvermeidliche Folge der langjährigen Durchsetzung des Chruschtschow-Revisionismus durch die sowjetrevisionistische Renegatenclique.

Die sowjetrevisionistische Führungsclique hat ihre Maske des sogenannten „Marxismus-Leninismus“ und „Internationalismus“ fallengelassen und ist offen zu unmittelbarer bewaffneter Aggression und Intervention übergegangen, um mit Hilfe von Gewehren und Geschützen Marionetten zu schaffen. Es ist genau das Gleiche wie die damalige Aggression Hitlers gegen die Tschechoslowakei und wie die heutige Aggression des US-Imperialismus gegen Vietnam. Die sowjetrevisionistische Renegatenclique ist schon längst zum Sozialimperialismus und Sozialfaschismus degeneriert.

Die sowjetrevisionistische Führungsclique befolgt seit jeher die konterrevolutionäre Politik der auf die Weltherrschaft gerichteten amerikanisch-sowjetischen Zusammenarbeit. Wir brauchen nicht weit zurückzugreifen. Allein seit den Gesprächen in Glassboro haben der US-Imperialismus und der Sowjetrevisionismus in der Vietnam-Frage, der Frage des Mittleren Osten, der Frage der Nichtweitergabe von Kernwaffen und anderen wichtigen Fragen eine Reihe schmutzigen Kuhhandels getrieben. Auch der gegenwärtige Tschechoslowakei-Vorfall bildet keine Ausnahme. Er ist ein Ergebnis der Zuspitzung der Widersprüche zwischen dem US-Imperialismus und dem Sowjetrevisionismus bei ihrem Kampf um die Einflußsphären in Osteuropa und um deren Aufteilung, zugleich ein Ergebnis der Kollusion der USA und der Sowjetunion, die vergeblich versuchen, untereinander die Welt erneut aufzuteilen. Die Aggression der Sowjetrevisionisten erfolgte im stillen Einverständnis mit den US-Imperialisten. Da die US-Imperialisten stillschweigend der Invasion und Besetzung der Tschechoslowakei durch die Sowjetrevisionisten zugestimmt haben, wie ist es dann wohl noch möglich, daß die Sowjetrevisionisten gegen die gewaltsame Okkupation Südvietnams durch die US-Imperialisten auftreten? In Wirklichkeit ist der Sowjetrevisionismus längst zum Helfershelfer Nr. 1 des US-Imperialismus bei dessen Aggression gegen Vietnam und gegen die übrige Welt geworden. Daß eine Großmacht so willkürlich einen kleinen Staat niederstampfen kann, bedeutet für diejenigen Leute, die sich dem US-Imperialismus und dem Sowjetrevisionismus gegenüber Illusionen hingeben, eine besonders eindrucksvolle Lehre.

Die bewaffnete Aggression der Sowjetrevisionisten ist für das tschechoslowakische Volk eine Katastrophe, aber sie hat es auch belehrt und ihm ermöglicht, mehr und mehr zu der Erkenntnis zu kommen, daß der Revisionismus die Ursache dieser Katastrophe ist. Dieses Ereignis ist für das Sowjetvolk, für alle Völker in Osteuropa und in der übrigen Welt ebenfalls eine aufschlußreiche Lehre. Unser großer Führer, der Vorsitzende Mao, hat schon längst darauf hingewiesen: **„Für eine Zeitlang mögen manche Leute die Dinge nicht klar sehen, getäuscht werden oder einige Fehler begehen, aber nachdem sie, solange sie Revolution machen wollen, den wahren Sachverhalt erfahren und die wahre Natur des Revisionismus erkannt haben, werden sie im Verlauf ihrer revolutionären Praxis schließlich mit dem Revisionismus brechen und sich auf die Seite des Marxismus-Leninismus stellen.“** Wir sind davon überzeugt, daß sich das tschechoslowakische Volk, das eine ruhmvolle revolutionäre Tradition be-

sitzt, niemals vor der militärischen Besetzung durch die Sowjetrevisionisten beugen wird. Es wird sich bestimmt weiterhin erheben und den revolutionären Kampf gegen die sowjetrevisionistische Führungsclique und gegen die revisionistische Führungsclique im eigenen Land weiterführen. Die rechtswidrigen Aktionen der sowjetrevisionistischen Führungsclique und ihrer Anhänger können nur ihren eigenen völligen Niedergang und den totalen Zusammenbruch des gesamten modernen revisionistischen Blocks beschleunigen.

Genossen und Freunde! Rumänien steht gegenwärtig vor der Gefahr einer Intervention und Aggression von außen her. Die rumänische Regierung ist im Begriff, das Volk zum Kampf für die Verteidigung seiner Unabhängigkeit und Souveränität zu mobilisieren. Das durch die große proletarische Kulturrevolution noch härter gestählte chinesische Volk unterstützt Euch. Wir sind fest davon überzeugt, daß man, wenn man sich wirklich auf die Volksmassen stützt und konsequent einen langwierigen Kampf führt, jede Intervention und Aggression von außen her vereiteln kann und diese auch zweifellos vereiteln wird.

Der US-Imperialismus wird geschlagen werden!

Der Sowjetrevisionismus wird geschlagen werden!

Das Volk wird siegen!

Es lebe die Freundschaft zwischen den Völkern Chinas und Rumäniens!

Rede des Ministerpräsidenten Tschou En-lai auf dem vom vietnamesischen Botschafters in China anläßlich des Nationalfeiertags der DRV gegebenen Empfang (2. September 1968)

Lieber Genosse Botschafter Ngo minh Loan!

Lieber Genosse Missionschef Nguyen von Quang!

Genossen und Freunde!

Heute ist der 23. Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung der Demokratischen Republik Vietnam. Im Namen der chinesischen Regierung und des chinesischen Volkes beglückwünsche ich dazu die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam und das heldenhafte vietnamesische Volk auf das herzlichste.

Die 31 Millionen des vietnamesischen Volkes stehen nun unter Führung ihres großen Führers, Präsident Ho chi Minh, seinem Aufruf folgend, in einem erbitterten und standhaften Krieg gegen den US-Imperialismus. Die 14-Millionen-Bevölkerung Südvietnams hat siegreich gegen die 550.000 Mann starken amerikanischen Aggressionstruppen und die fast 600.000 Mann starken Truppen der südvietnamesischen Marionetten und der Vasallen des US-Imperialismus gekämpft. Sie hat einen großen Teil der feindlichen Einsatztruppen vernichtet und vier Fünftel von Südvietnam befreit. Die Bevölkerung von Nordvietnam hat ihre Landsleute im Süden beim Kampf kraftvoll unterstützt und im Kampf gegen die Bombardierung durch die US-Imperialisten einen glänzenden Sieg durch Abschuß von über 3.000 amerikanischen Flugzeugen errungen. Durch seine Siege im Krieg gegen die USA-Aggression und um die Rettung der Nation hat das vietnamesische Volk zum Kampf der Volksmassen aller Länder gegen den US-Imperialismus bedeutende Beiträge geleistet.

Genossen und Freunde!

Die Renegatenclique der modernen Revisionisten in der Sowjetunion hat nach der Truppenentsendung zur Besetzung der Tschechoslowakei die tschechoslowakische revisionistische Führungsclique gewaltsam nach Moskau entführt und ein sogenanntes „Kommuniqué über die sowjetisch-tschechoslowakischen Gespräche" ausgegeben. Das ist ein schmutziges Geschäft, das unter der Drohung der Bajonette abgeschlossen wurde, das ist ein großer Betrug, durch den die Völker der Tschechoslowakei, der Sowjetunion und der ganzen Welt getäuscht werden sollen.

Durch das sogenannte „Kommuniqué über die sowjetisch-tschechoslowakischen

Gespräche" wurde noch klarer enthüllt, daß der Vorwand des Sowjetrevisionismus für den Einsatz von Truppen nichts als eine Lüge ist. Die sowjetrevisionistische Renegatenclique hat die tschechoslowakische revisionistische Führungsclique erst jüngst scheinheilig als Feinde des „Sozialismus" in Acht und Bann getan. Jetzt aber sieht sie in ihr auf einmal einen „sozialistischen" Bundesgenossen. Ist das nicht der Gipfel der Widersinnigkeit? Das zeigt nur, daß sie beide eigentlich eines Stammes sind und es sich dabei um eine Rauferei zwischen großen und kleinen Hunden handelt. Es ist eine Tatsache, daß die Errungenschaften des Sozialismus sowohl in der Sowjetunion als auch in der Tschechoslowakei seit langem verlorengegangen sind und es die sowjetrevisionistische Renegatenclique ist, die bei der Restauration des Kapitalismus und bei der Zusammenarbeit mit dem Imperialismus führend ist. Diese Xlique war die erste, die sich mit den westdeutschen Revanchisten verschwor, die anerkannte, daß der Status des Zionismus im Mittleren Osten legal wäre, die die japanischen Militaristen einlud, die Bodenschätze Sibiriens auszubeuten, und die ein in den sowjetischen Luftraum eingedrungenes Flugzeug der US-Imperialisten und die für Vietnam bestimmten Offiziere und Soldaten der Aggression, die an Bord waren, freigab, damit sie die südvietnamesische Bevölkerung hinmorden könnten. Diese paar Beispiele genügen als Beweis, daß die sowjetrevisionistische Führungsclique von A bis Z Verräter Nummer 1 am Sozialismus und Komplice Nr. 1 des US-Imperialismus bei dessen Aggressionen überall in der Welt ist. Es ist eine Tatsache, daß es nur die sowjetrevisionistische Renegatenclique war, die dadurch, daß sie hartnäckig den Revisionismus Chruschtschows verfolgte, das sozialistische Lager, das es einmal gab, schon vor langem völlig zerstört hat. Wie kann da die Rede sein von der Verteidigung der „Errungenschaften des Sozialismus" und einer „sozialistischen Gemeinschaft"? Die sowjetrevisionistische Renegatenclique, die vier Satellitenländer zu vereinigen vermochte, hat in den letzten zehn Tagen durch den Einsatz von Truppen in Stärke von Hunderttausenden Mann ein sogenanntes „verbündetes Land" mit einer Bevölkerung von nur 14 Millionen Menschen besetzt und die Bevölkerung unterdrückt. Diese brutale faschistische Aggression als marxistisch-leninistische und proletarisch-internationalistische Hilfe zu bezeichnen, ist nichts als offener Verrat am Marxismus-Leninismus. Sie wird von der Geschichte ewig verdammt werden. Die Worte der sowjetrevisionistischen Renegatenclique sind eines, aber ihre Taten sind etwas ganz anderes. Um Lenin zu zitieren: Das ist „**Sozialismus in Worten, Imperialismus in der Tat**", das heißt, diese Renegaten sind „**Sozialimperialisten**".

Als die sowjetischen Streitkräfte eine massive Invasion in die Tschechoslowakei unternahmen, rief die tschechoslowakische revisionistische Führungsclique die tschechoslowakische Bevölkerung offen auf, keinen Widerstand zu leisten. Jetzt kriecht sie vor den Sowjetrevisionisten auf dem Bauch und kapituliert unter den Spitzen der Bajonette. Sie unterzeichnete Bedingungen der Kapitulation und dient ihnen als Quisling*. Sie ist eine Clique von Verrätern an der tschechoslowakischen Nation.

Das sogenannte „Kommuniqué über die sowjetisch-tschechoslowakischen Gespräche" ist ein Ergebnis des Kampfes und der Zusammenarbeit des US-Imperialismus und des Sowjetrevisionismus in der tschechoslowakischen Frage im Rahmen des aussichtslosen Versuches einer Neuaufteilung der Welt. Der US-Imperialismus anerkennt, daß die Tschechoslowakei zur Einflußsphäre des Sowjetrevisionismus gehört, und nimmt den Truppeneinsatz mit stillschweigender Zustimmung hin. Hingegen hat er vom Sowjetrevisionismus wiederholt verlangt, nicht mit unangebrachtem Ungestüm vorzugehen, damit die amerikanisch-sowjetische Zusammenarbeit im globalen Maßstab unberührt bliebe. Der US-Imperialismus, der Sowjetrevisionismus und der tschechoslowakische Revisionismus sind sich völlig einig, die Interessen der tschechoslowakischen Bevölkerung zu opfern.

---

* Vidkun Abraham Quisling (1887 – 1945) – Faschistischer Häuptling Norwegens. Im Jahre 1940 half er den Hitler-Banditen, in Norwegen einzudringen und es zu besetzen, und dann wurde er von den deutschen Aggressoren als Anführer der Marionettenregierung Norwegens an die Macht gebracht. Nachdem die deutschen Faschisten 1945 ihre Niederlage erlitten hatten, wurde er zum Tode verurteilt. Quisling ist dadurch zu einem Symbol für Kollaborateure geworden.



Genosse Mao Tsetung, Vorsitzender der Kommunistischen Partei Chinas, begrüßt Genossen Tschu En-lai 1964 am Pekinger Flughafen. Genosse Tschu En-lai kehrt aus Moskau zurück, wo er den Marxismus-Leninismus und sein Vaterland gegen die sowjetrevisionistischen Angriffe anläßlich der 47. Jahresfeier der Oktoberrevolution verteidigte.

Der tschechoslowakische Zwischenfall steht in keiner Weise isoliert da. Als der US-Imperialismus anerkannt hat, daß die Tschechoslowakei und das übrige Osteuropa zur Einflußsphäre des Sowjetrevisionismus gehören, war natürlich die Bedingung, daß der Sowjetrevisionismus anerkenne, daß der Mittlere Osten, Südvietnam und das übrige Südostasien zur Einflußsphäre des US-Imperialismus gehören. Es steht fest, und darüber besteht nicht die Spur eines Zweifels, daß der Sowjetrevisionismus fortfahren wird, die arabische Bevölkerung und das vietnamesische Volk zu verraten.

In der Vietnamfrage hat der Sowjetrevisionismus seit langem eine Politik der scheinbaren Unterstützung, aber des tatsächlichen Verrats verfolgt. Die Pläne für Friedensgespräche über Vietnam sind in Wahrheit vom US-Imperialismus und Sowjetrevisionismus gemeinsam ausgeheckt worden. Nachdem der Sowjetrevisionismus eine Invasion gegen die Tschechoslowakei unternommen und sie besetzt hat, wird der US-Imperialismus in der Vietnamfrage bestimmt einen höheren Preis fordern. Und der Sowjetrevisionismus wird sich noch knechtischer für die Pläne des US-Imperialismus, die vietnamesische Nation zu teilen und Südvietnam mit Gewalt zu besetzen, zur Verfügung stellen. Es ist höchste Zeit, daß alle jene, die sich Illusionen über den Sowjetrevisionismus und US-Imperialismus hingeben, aufwachen!

Unser großer Führer, Vorsitzender Mao, lehrt uns: **„Die Völker aller Länder, die Volksmassen, die mehr als 90% der Gesamtbevölkerung ausmachen, wollen unbedingt die Revolution und werden schließlich den Marxismus-Leninismus unterstützen. Sie werden den Revisionismus nicht unterstützen. Obwohl manche Leute den Revisionis-**

mus eine Zeitlang unterstützen, werden sie ihn am Ende über Bord werfen. Notwendigerweise werden die Völker mehr und mehr erwachen. Notwendigerweise werden sie den Imperialismus und die Reaktionäre aller Länder bekämpfen, und notwendigerweise werden sie den Revisionismus bekämpfen.“

Das chinesische Volk unterstützt entschlossen die Bevölkerung der Tschechoslowakei, die übrigen osteuropäischen Völker, das Sowjetvolk, die arabische Bevölkerung und die revolutionären Volksmassen in allen Ländern, die sich zum Kampf erheben, um die reaktionäre Herrschaft des US-Imperialismus, des Sowjetrevisionismus und ihrer Lakaien zu stürzen. Wir sind fest überzeugt, daß der Tag einmal kommen wird, an dem die vom Marxismus, Leninismus, von den Ideen Mao Tsetungs geleiteten Volksmassen aller Länder den von den USA angeführten Imperialismus und den modernen Revisionismus mit dem Sowjetrevisionismus im Mittelpunkt endgültig zu Grabe tragen werden.

Genossen und Freunde!

Gegenwärtig ist die Lage im Krieg des vietnamesischen Volkes gegen die USA-Aggression und um die Rettung der Nation ausgezeichnet. Aber die US-Imperialisten werden bestimmt in enger Zusammenarbeit mit der sowjetrevisionistischen Renegatenclique ihren wahnwitzigen Verzweiflungskampf fortsetzen. Sie werden für noch dunklere und hinterlistigere Pläne zu Friedensgesprächen Propaganda machen und sich auf noch tollere militärische Abenteuer einlassen. Obwohl das vietnamesische Volk auf dem Wege seines Vormarsches noch viele Schwierigkeiten und Umwege zu erwarten haben mag, sind wir fest davon überzeugt, daß das vietnamesische Volk, geleitet von seinem großen Führer Präsidenten Ho chi Minh, imstande sein wird, alle Ränke und Anschläge des amerikanischen Aggressors zu vereiteln und im Krieg gegen die USA-Aggression und um die Rettung der Nation im langdauernden Krieg ausharrt und sich gegen Kapitulation und Kompromisse wendet. Wie immer werden die chinesische Regierung und das chinesische Volk Sie entschlossen unterstützen, diesen Krieg zu Ende zu führen!

Der US-Imperialismus wird geschlagen werden!

Der Sowjetrevisionismus wird geschlagen werden!

Das vietnamesische Volk wird siegen!

Es lebe die kämpferische Freundschaft des chinesischen und des vietnamesischen Volkes!

Es lebe der große Führer des vietnamesischen Volkes, Präsident Ho chi Minh!

Es lebe der große Führer des chinesischen Volkes, Vorsitzender Mao!

Eine jugoslawische Stellungnahme zur Frage des Kernenergiemonopols der beiden Supermächte

Auszüge aus „Internationale Politik" Nr. 648, 649, 650/1977 und 669/1978.

Vorbemerkung der Redaktion

Wir drucken hier Auszüge aus einer Artikelserie aus der jugoslawischen Zeitschrift „Internationale Politik" aus den Jahren 1977 und 1978 ab. Diese beschäftigen sich mit den Bemühungen der beiden Supermächte, ihr Monopol auf die Entwicklung und Nutzung der Kernenergie auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet aufrechtzuerhalten.

Militärisch ist die Lage so, daß die beiden Supermächte — selbst im Wettstreit um die Vorherrschaft auf der Erde — die atomare Rüstung täglich steigern, mit Hilfe des Nichtweiterverbreitungsvertrages und anderer Erpressungsmaßnahmen aber darum kämpfen, daß keine anderen Staaten, vor allem keine der 3. Welt selbst Atomwaffen entwikkeln können.

So lange aber die Supermächte Atomwaffen besitzen und sie gegen die Dritte Welt zwecks Erpressung einsetzen, so lange werden auch Staaten der Dritten Welt sich selbst um die Entwicklung von Atomwaffen bemühen müssen, wie dies die Volksrepublik China bereits erfolgreich getan hat.

Auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und technologischem Gebiet verteidigen die beiden Supermächte hartnäckig ihr Monopol, um den niedrigen Entwicklungsstand der 3. Welt künstlich aufrechtzuerhalten. Kernforschung und Kernenergie aber gehören zu den wichtigsten und zukunftsträchtigsten Errungenschaften der Menschheit und die Bestrebungen der Dritten Welt, einen eigenen, gegen den Imperialismus gerichteten, Weg zu gehen, schließen die Nutzung von Kernforschung und Kernenergie unbedingt ein. Soweit die Supermächte überhaupt die Entwicklung von Kernenergie oder Kernforschung in solchen Ländern billigen, dann als neues Mittel der Ausplünderung und Abhängigkeit.

Sowohl die reaktionären Versuche der Supermächte, die Ausbreitung von Kerntechnologien in der 3. Welt überhaupt zu verhindern als auch ihre Versuche, die 3. Welt auch auf diesem Gebiet in Abhängigkeit zu halten und auszuplündern, stoßen auf entschiedensten Widerstand der 3. Welt.

Das Hauptmittel der Supermächte auf internationalem Gebiet, um ihr Kernenergiemonopol aufrechtzuerhalten, sind der Nichtweiterverbreitungsvertrag und der „Londoner Klub". Gearbeitet wird mit einem System der „Kontrolle" unter dem Deckmantel der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen im Interesse des Friedens und der Abrüstung.

„Indem die Sowjetunion für die friedliche Nutzung der Atomenergie eintritt, ist sie voll harter Entschlossenheit, gemeinsam mit einer Reihe von anderen Regierungen — mit allen Mitteln die internationale Ordnung der Nichtweitervergabe von Atomwaffen zu verfestigen. Man darf nicht die Augen davor verschließen, daß auf der Welt noch nicht alle Kräfte entlarvt wurden, die gerne Atomwaffen in die Hände bekämen, um die Völker damit zu bedrohen. Darum haben wir die Aufgabe, einen hoffnungsvollen Schutzwall vor die Verbreitung von Atomwaffen und die Gefährdung durch einen Atomkrieg zu errichten."

So heißt es in einem Brief Breschnews, des Führers einer der beiden atomwaffenstarrenden Supermächte, an die letzte Generalversammlung der IAEO.

Und auf dieser Linie denunziert die UdSSR jeden Versuch eines Landes der Dritten Welt, unabhängig die Kernforschung und Kernenergie zu entwickeln oder sich der atomaren Erpressung zu entziehen. Sie selbst aber betreibt nicht nur atomare Erpressung aller Art, rüstet nicht nur nuklear für den Weltkrieg auf, sondern bedroht unmittelbar die Volksrepublik China mit Atombomben und wollte sogar einmal schon 1969 gemeinsam mit den USA einen Atomschlag gegen die Volksrepublik China durchführen. Zugleich betreibt sie ein abenteuerliches Kernkraftwerksprogramm, mit dessen Hilfe sie die Energieversorgung der RGW-Länder noch weiter unter ihre Kontrolle bringt als bisher. Jetzt versuchen sie verschiedene Staaten der Dritten Welt durch erpresserische Kernkraftwerkslieferungen eng an sich zu fesseln. (Siehe auch Kommunist 2/78)

Gegenüber dem EURATOM fordert die Sowjetunion überhaupt offen, die Ausdehnung der „internationalen Kontrolle" auf die Staaten des EURATOM, der mit anderen Worten die unverhohlene Einmischung der Vertreter der beiden Supermächte, die die betreffenden Kntrollgremien beherrschen, in die atomare Forschung und Nutzung europäischer Staaten.

„Wir haben die Wichtigkeit des Systems von Sicherheitskontrollen bekräftigt, das internationaler Natur ist und auch international gehandhabt wird. .... Wir werden auch in Hinkunft fest zu unserer Verpflichtung stehen, die Entwicklung brauchbarer und wirkungsvoller Verfahren der Sicherheitskontrollen durch die IAEO zu unterstützen." Dies meinte der US-Vertreter auf derselben IEAO-Generalversammlung und zu den jüngsten Initiativen des Präsidenten der anderen, ebenso die nukleare Aufrüstung betreibenden, Supermacht, Carter, auf diesem Gebiet sagte er: „Anfangs April hat Präsident Carter die nukleare Nichtweiterverbreitung als ein Anliegen der USA auf eine Weise zur Sprache gebracht, die einige der in der internationalen Gemeinschaft seit langem geltenden grundlegenden Postulate in Frage gestellt hat. Auf den ersten Blick schien man mancherorts die angekündigte Entscheidung der USA bezüglich der Wiederverwertung, der Brüterprojekte und der Exportpolitik als eine Behinderung der weltweiten Anstrengung aufzufassen, für alle Nationen maximale Vorteile aus den friedlichen Nutzungsmöglichkeiten der Atomeenergie herauszuholen." Die USA sind weltweit berüchtigt für ihre Politik der atomaren Bedrohung und Erpressung, es ist dies so auf militärischem und auf wissenschaftlich-wirtschaftlichem Gebiet: Erpressung gegenüber Indien, Pakistan und Brasilien, Diktieren von entwürdigenden Bedingungen für den Kernkraftwerksexport gegenüber Jugoslawien, Blockierung der Uranlieferungen an verschiedene Länder.

Diese Politik der Supermächte gerät in Bedrängnis — dies geschieht vor allem durch den Kampf der Dritten Welt, die sich die Kernforschung und Kernenergie nicht vorenthalten läßt und sich daher dem Imperialismus auch in dieser Frage entgegenstellt.

Auf derselben Konferenz erklärten die Vertreter Pakistans, Indiens, Ägyptens und anderer Staaten der Dritten Welt dieser Politik offen den Krieg. Der indische Vertreter wies darauf hin, daß die heutige IAEO ein Instrument dieser Politik sei: Mit steigendem Budget wachse die Kontrolltätigkeit, während die Hilfe stagniere. Der Vertreter Ägyptens forderte die Neueinteilung der Sitze im Vorstand der IAEO, der jetzt von „A-Atommächten" dominiert wird. Der Vertreter Pakistans sagte den imperialistischen Staaten ins Gesicht, daß sie eine exklusive Gruppe bilden, mit der Absicht, die Atomenergie zu monopolisieren. Einige Staaten der 3. Welt entwickeln selbständig die Kernforschung und bemühen sich um die Entwicklung eigenständiger Technologien für die Kernenergie. Argentinien, Pakistan und Jugoslawien spielen hier eine wichtige Rolle — die Volksrepublik China betreibt seit jeher Kernforschung und beginnt jetzt auch mit der Untersuchung von Kernenergietechnologie.

Die folgenden Auszüge aus den jugoslawischen Artikeln berichten über die internationalen Beziehungen auf dem Gebiet der

Kerntechnologie. Die Auszüge aus den jugoslawischen Artikeln sind ein Zeichen für den Widerstand, den viele der nuklearen Erpressung ausgesetzte Länder entfalten. Sie geben zugleich einen gewissen Einblick in den Kampf der Entwicklungsländer auf diesem Gebiet des internationalen Klassenkampfes.

Red.

Das Kernenergiemonopol der Supermächte — das Hauptproblem für die weltweite Nutzung der Kernenergie

Worin liegen gegenwärtig die Weltprobleme der Kernenergie? Hauptsächlich im folgenden: die Kernenergie ist bis zum heutigen Tage fest in den Händen einer kleinen Anzahl von Ländern geblieben, die in der Erzeugung von Kernwaffen sowie in der friedlichen Zwecken dienenden nuklearen Technologie eine Monopolstellung innehaben. Diese nuklear-militärischen Mächte haben für sich die absolute Freiheit in bezug auf die Herstellung aller nur denkbarer Kernwaffen und deren unbegrenzte Aufstapelung gesichert, gleichzeitig aber durchzusetzen vermocht, daß eine ganze gewaltige Mehrheit der Menschheit von dem Besitz derartiger Waffen ausgeschlossen bleibt. Diese militärische Monopolstellung hat eine winzige Zahl von Großmächten zu wahren nuklearen Giganten werden lassen, die dann als solche auch entsprechende politische und wirtschaftliche Ansprüche in aller Welt stellen. Zur gleichen Zeit waren dieselben Großmächte peinlich darauf bedacht, den Transfer des nuklearen Know-how an all diejenigen Länder weitgehendst zu beschränken, die vom aufrichtigen Wunsch beseelt sind, die Nuklearenergie zu friedlichen Zwecken zu entwickeln. Und wenn auch auf dem Gebiet der Nutzung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken ein bestimmter Fortschritt erzielt worden ist — dies wird ja vor allem durch die Errichtung von Kernkraftwerken in aller Welt unwiderlegbar bestätigt —, wird dieser Trend in äußerst knapp festgesetzten Grenzen gehalten und strengstens überwacht von seiten der in diesem Bereich allein herrschenden Atommächte. Doch nicht nur das: Die Welt ist heutzutage Zeuge einer weiteren Zuspitzung der von den Großmächten befolgten sogenannten Kernpolitiken gegenüber dem Transfer der nuklearen Technologie und ihrer Nutzung zu friedlichen Zwecken. Die Atommächte schließen sich allmählich zu einem gewaltigen Weltkartell zusammen, mit der Absicht, die Monopolstellung einer möglichst kleinen Zahl von Ländern zu festigen und den gegenwärtigen Zustand aufrechtzuerhalten, welcher durch die Tatsache gekennzeichnet ist, daß man die Welt diesbezüglich in zwei Lager gespalten hat: Länder, die uneingeschränkt über die Kernenergie verfügen, und solche, die die Kernenergie nur krumenweise vom streng begrenzten Atomklub erhalten können. Auf diese Weise lassen die Atommächte deutlich ihr Bestreben erkennen, unter dem Vorwand des Kampfes gegen die Weiterverbreitung von Kerwaffen der übrigen Welt die Kontrolle über das nukleare Know-how sowie über den Transfer der zur Anwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke erforderlichen Technologie aufzuerlegen. Hier geht es aber keineswegs um etwaige, auf Marginalelementen gegründeten Vorstösse, sondern um eine äußerst klare und in allen Einzelheiten durchdachte Politik der Atommächte — um eine Politik, die für alle Länder, die nicht zum Atomklub gehören, ein über ihnen ständig hängendes Damoklesschwert darstellt. Dies ist eine auf Stärke, auf atomarer Stärke gegründete Politik, die für nicht-atomare, vor allem aber für die Entwicklungsländer ganz und gar unannehmbar ist. Die wirkliche und viel größere Gefahr für den Weltfrieden ist eigentlich in der Tatsache zu suchen, daß die zwei bzw. die fünf Atommächte weder den nuklearen noch den klassischen Rüstungswettlauf eingestellt haben, beziehungsweise daß dieses teuflische Wettrüsten fortgesetzt, die Zerstörungsgewalt angehäufter Waffen unentwegt gesteigert und deren Raffiniertheit sowie deren Präsenz in allen Teilen unserer Erdkugel gefördert wird. Was bisher zur Verminderung diesbezüglicher Risikos auch getan worden war, ist eigentlich völlig

belanglos und sollte lieber verschwiegen werden, um das Bild vom wirklichen Tatbestand, welches häßlich und besorgniserregend ist, nicht zu verschönern.

Der Nichtweiterverbreitungsvertrag

Elf Jahre nach dem Abwurf der ersten Atombombe über Japan, zu einem Zeitpunkt, da die Vereinigten Staaten von Amerika das ausschließliche Atomwaffenmonopol besassen und da der Bedarf der Welt nach Nutzung der Kernenergie und dem Transfer der nuklearen Technologie in andere Länder immer mehr zunahm, wurde 1956 die internationale Atomenergiebehörde ins Leben gerufen. Nach Vorstellung der damaligen Atommächte, sollte diese unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen stehende internationale Organisation vor allem dafür sorgen, daß der Kreis potentieller Kernwaffenerzeuger in möglichst engen Grenzen gehalten wird. Von allem Anfang an übten die zwei entwickeltsten Atommächte — die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion — den entscheidenden Einfluß innerhalb der Behörde aus, was übrigens auch nicht verwunderlich war.

Von einer solchen Einschätzung ausgehend, hatten die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion von Grossbritannien assistiert, das Projekt vorgelegt, in dem alle Länder zur Unterzeichnung eines Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen (Non-Proliferation Treaty) aufgefordert wurden. Mit der Unterzeichnung dieses Vertrages gingen die großen nuklear-militärischen Mächte die Verpflichtung ein, nicht nur die militärischen Klauseln hinsichtlich der Nichtweiterverbreitung der Kernwaffen strikt einzuhalten, sondern auch anderen Ländern, die dem Vertrag beitreten, technische Hilfe durch Übelassung spaltbaren Materials und anderer Spezialanlagen zu leisten.

Dieser neue Vertrag bildete offenbar, nachden die Internationale Atomenergiebehörde ins Leben gerufen worden war, einen weiteren Hemmschuh, welcher eine noch wirksamere Kontrolle über die mögliche Verbreitung der nuklearen Technologie praktisch in allen Ländern hätte gewährleisten sollen. Trotzdem fuhren aber die großen Nuklearmächte, sich an das Gesetz des Stär-

keren stützend, mit der Herstellung von Kernwaffen und Weiterentwicklung des nuklearen Know-how unbekümmert fort, so daß die erwähnte Kontrolle bloß auf die nicht-nuklearen Länder beschränkt blieb.

Viele Staaten traten daher, wenn auch aus unterschiedlichen Beweggründen — wie etwa die Südafrikanische Union und Israel auf der einen, die Volksrepublik China und Brasilien auf der anderen Seite — dem Nonproliferation-Vertrag nicht bei. Aber auch der Ratifikationsprozeß selbst zog sich hinaus, da eine ganze Reihe von Ländern lange damit zögerten, weil der Vertrag einige unverkennbare Elemente der Ungleichberechtigung zwischen den Nuklearmächten und den nicht-nuklearen Ländern enthielt. Wenn überhaupt, wurde der Vertrag von zahlreichen Ländern lustlos unterzeichnet, da es offensichtlich war, daß durch dieses internationale Dokument einer kleinen Ländergruppe die Monopolstellung zuerkannt wird, und zwar nicht allein in bezug auf Besitz und Herstellung von Kernwaffen, sondern auch auf dem Gebiet der nuklearen Technologie, die ungeahnte Möglichkeiten für die Entwicklung der Produktivkräfte eröffnete.

Die Nuklearmächte stellen unbekümmert die ganze Zeit massenweise die Kernwaffen her; sie setzen den Rüstungswettlauf fort, vervollkommnen die nukleare Technologie zugunsten ihrer eigenen wirtschaftlichen Entwicklung, untermauern immer witer das Monopol einer kleinen Zahl von Ländern am Besitz der Kernenergie und legen den übrigen, nicht-nuklearen Ländern immer neue Hindernisse in den Weg, um deren Bemühungen um friedliche Anwendung der Kernenergie für ihre eigene Entwicklung möglichst zu vereiteln. Auf einer solchen Grundlage wird die Perspektive des Nichtweiterverbreitungsvertrages immer unsicherer, was allmählich selbst die führenden Nuklearmächte erkannt haben und daher schon jetzt äußersten Ernstes die Möglichkeit der Verkündung einer „neuen nuklearen Politik" in Erwägung ziehen.

Die neue Nuklearpolitik und der Londoner Klub

Diese „neue Nuklearpolitik" wurde prktisch schon vor einigen Jahreninitiiert, während die im Mai 1975 erfolgte Bildung des sogenannten Londoner Nuklearklubs einen äußerst bedeutsamen Schritt zur Gestaltung dieser neuen Nuklearpolitik bildet. In diesem Jahr fand nämlich — von den USA angeregt, von Großbritannien und der Sowjetunion unterstützt — die erste Zusammenkunft der sieben höchstentwickelten Nuklearländer, wichtigster Mitglieder des Londoner Klubs, statt. Später schlossen sich dieser Gruppe auch andere Länder, d.h. alle Erzeuger der nuklearen Ausrüstung an, mit Ausnahme der Volkrepublik China und Indiens. Von seiten des Warschauer Vertrags traten diesem Londoner Gebilde Polen, die Deutsche Demokratische Republik und die Tschechoslowakische Sozialistische Republik vor allem deshalb bei, um unter der Klubmitgliedschaft ein entsprechendes politisches Gleichgewicht herzustellen, da alle drei kaum imstande waren, selbständig und aus eigener Kraft eine marktreife Nukleartechnologie zu entwickeln. Gegenwärtig zählt der Londoner Nuklearklub rund fünfzehn Mitglieder. Sie alle — mit Ausnahme Schwedens und Japans, deren militärpolitischer Status wohlbekannt ist — gehören dem Nordatlantikpakt bzw. dem Warschauer Vertrag an. Hier sind also die höchstentwickelten Länder unserer Erdkugel vertreten, die neben der Nuklearenergie auch über außerordentlich große materielltechnische Möglichkeiten und Reichtümer verfügen.

Schon zu Beginn unserer Ausführungen zu diesem Thema ist festzustellen, daß nicht alle diese Länder dem Londoner Klub aus denselben Beweggründen beitgetreten sind; diesbezügliche Unterschiede existieren wohl und sind keineswegs unbekannt. Es erhebt sich jedoch zu Recht die Frage, welche Ziele und was für eine Politik dieser außerhalb der Vereinten Nationen höchst diskret gebildete Londoner Klub zu verfolgen mag. Das Wesentliche dabei ist, was im Londoner Klub die wichtigsten militär-nuklearen Mächte tun und lassen, da sie ja den Aktivitäten dieses engg\ehaltenen nuklearen Forums wohl den entscheidenden Stempel aufdrücken.

Wenn auch der Londoner Klub seine Sitzungen hinter verschlossenen Türen hält und die dort geführten Debatten bzw. gefaßten Beschlüsse der Öffentlichkeit vorenthält, so liegt doch sein eigentlicher Zweck klar auch der Hand: wie haben es hier mit einem riesenhaften Weltkartell der Kernenergiebesitzer zu tun, welches im Interesse seiner Mitglieder bestrebt und sogar entschlossen ist, die von ihm verfolgte Nuklearpolitik anderen Ländern, Mitgliedern der Weltgemeinschaft zu diktieren. Es bestehen also doch gemeinsame Interessen der Klubmitglieder — oder zumindest der wichtigsten unter ihnen — gegenüber den Interessen der internationalen Gemeinschaft, d.h. gegenüber denjenigen Ländern, die zwar über keine Nukleartechnologie vefügen, diese aber zur Entwicklung ihrer eigenen Produktivkräfte nutzen möchten. Schon allein die Tatsache, daß ein derartiges Kartell gebildet worden ist, gibt zur höchsten Besorgnis Anlaß und birgt schwere Präzedenzen für die künftige weltweite Zusammenarbeit in sich. Denn der Londoner Klub ist eigentlich nichts anderes als eine Institution, die unverhohlen die Organisation der Vereinten Nationen mißachtet und hintergeht — dieses einzig kompetente internationale Forum, welches früher (zu einem Zeitpunkt, da die Großmächte die Weltorganisation souverän beherrschten) immerhin um Rat gefragt wurde und jedem Land die Gelegenheit bot, seine eigene Auffassung über derart schwerwiegende, gleichermaßen alle Länder interessierende Fragen zum Ausdruck zu bringen. Heute ist die Situation in der UNO freilich ganz anders: Abstimmungsmaschinerien sind zerschlagen; die Weltorganisation wird immer mehr demokratisiert, durch neue unabhängige Länder bereichert und — was sehr wichtig ist — von der Tätigkeit der mächtigen Blockfreiheitsbewegung geprägt, deren Programm und Politik zweifellos für jenen Monopolismus, selbst den auf dem Gebiet der Nuklearenergie, ein festes, entschiedenes Bollwerk darstellen. Just aus diesem Grund haben die Nuklearmächte ihr „Lager" in London aufgeschlagen und es somit der Kontrolle durch die mächtige und einflußreiche Vollversammlung der Vereinten Nationen entzogen.

Obgleich es sich hier um einen „Klub" handelt, so ist doch die Tatsache nicht zu übersehen, daß die unter seinen Mitgliedern bestehenden Gegensätze sehr groß, ja unüberbrückbar sind, da auch in diesem Kreis das Konkurrenzgesetz durchaus gegenwärtig ist, so daß ein scharfer Kampf um kommerzielle Privilegien und Vorteile, welche der Handel mit nuklearer Ausrüstung bietet, vor sich geht. Immer wieder hört man von dem Druck, den die USA-Administration wegen Lieferungen von Kernreaktoren an Brasilien auf die Bonner Regierung ausübt. Hinzu kommen ähnliche Interventionen der USA-Regierung im Zusammenhang mit französischen Lieferungen von Nuklearanlagen an Pakistan, sowie der Druck Washingtons auf die Regierung in Tokyo, um Japan, obgleich es zum Londoner Klub gehört, auf nuklearem Gebiet hundertprozentig von den Vereinigten Staaten abhängig zu machen. Selbst innerhalb des Londoner Klubs sind also Konflikte vorhanden, die sich kaum verringern, sondern vielmehr ganz wesentlich verschärfen dürften, obwohl die nuklearen Großmächte gegenwärtig bestrebt sind, die Politiken zu grundlegenden nuklearen Fragen aufeinander abzustimmen. Aus den bisherigen Aktivitäten, die die nuklearen Großmächte sowohl auf internationalen Zusammenkünften und in internationalen Organisationen als auch innerhalb des Londoner Klubs entfalten, ist zu schließen, daß diese nach Kräften bemüht sind, ihre wirtschaftlichen, politischen und militärtechnischen Interessen sicherzustellen, und zwar durch folgende Schachzüge: Erstens, unter dem Hinweis auf die Gefahr einer Weiterverbreitung von Kernwaffen sowie auf die Notwendigkeit einer stärkeren Kontrolle und Überwachung werden andere Nuklearländer (die über Nukleartechnologie verfügen) unter Druck gesetzt und die Lieferungen anderer Mitgliedsländer des Londoner Klubs an Entwicklungsländer begrenzt, in dem unverkennbaren Bestreben, die Märkte für den Absatz eigener Nuklearanlagen und -brennstoffe für sich zu sichern. Daß die Vereinigten Staaten von Amerika solche Druckmittel nicht scheuen, geht auch aus der Berichterstattung der Weltpresse deutlich hervor. Zweitens, jede Weitergabe von Nukleartechnologie und -brennstoffen erfolgt unter der Be-

dingung, daß die großen Nuklearmächte maximale und zusätzliche Direktkontrolle ausüben über die Entwicklung der Kernenergie in anderen Ländern, obgleich diese dort zu friedlichen Zwecken genutzt wird. Willkürlich werden immer wieder Versuche unternommen, anderen Ländern allen internationalen multilateralen Abkommen zuwiderlaufende bilaterale Verpflichtungen aufzuzwingen, was nichts anderes bedeutet als die gröbste Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer souveräner Staaten. Drittens, von seiten der großen Nuklearmächte wird alles getan, um das Erscheinen eines dritten Nuklearstaates auf der internationalen Szene zu verhindern, obgleich der Weltfriede keineswegs von einer solchen eventuellen Möglichkeit — vom Hinzukommen noch eines oder sogar weiterer fünf Nuklearländer mit je einer Nuklearbombe, sondern vielmehr davon abhängt, ob und inwieweit die großen Nuklearmächte zur Abrüstung auf dem Gebiet von Kernwaffen bereit sind.

Die Politik der USA

Die Vereingten Staaten von Amerika sind anscheinend die zähesten Befürworter der „neuen Nuklearpolitik", wobei sie — zumindest was die westlichen Länder betrifft — die neuen Richtlinien dieser Politik diktieren. Diesen Eindruck gewinnt man übrigens auch bei aufmerksamer Befolgung der offiziellen Washingtoner Politik, die in letzter Zeit durch folgende Momente gekennzeichnet ist: die Erklärung des ehemaligen Präsidenten Ford bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen; die Rede des neuen amerikanischen Präsidenten, Jimmy Carter, vor der Organisation der Vereinten Nationen am 17. März d.J.; Carters jüngste Erklärung vom 7. April.

In Washington neigt man dazu, die Gefahr eines möglichen Erscheinens neuer, zur Herstellung von Kernwaffen fähiger Länder auf der Weltbühne weitgehend zu dramatisieren. Damit wird aber gleichzeitig die richtige, die Hauptgefahr der Kernwaffen verschleiert, die in den Arsenalen der bereits existierenden Nuklearmächte sich erst recht „weiterverbreiten". Und nicht nur das: Was für ein Ausweg aus der bestehenden Situation, nach welchen Lösungen wird nun gesucht, die „besser" sind als die vorhandenen? Man bietet vornehmlich neue drastische, unilaterale oder zwischen wenigen Ländern vereinbarte Kontrollmaßnahmen an, durch welche die Nutzung der Kenenergie in den Entwicklungsländern für die Zwecke ihrer friedlichen Entwicklung streng überwacht werden soll. Wir sehen darin keine Hinwendung zu den Vereinten Nationen als dem natürlichsten Weg, sondern müssen mit großer Besorgnis feststellen, daß Lösungen innerhalb einer winzigen Gruppe von Ländern gesucht werden, die ihre Monopolstellung auf dem Gebiet der Kernenergie zu bewahren sucht.

Die Politik der UDSSR

Die konkreten Standpunkte und Beziehungen zwischen den einzelnen Mitgliedsländern des Londoner Klubs ließen sich nur schwer ergründen. Aus den Berichten der sowjetischen Presse geht immerhin deutlich hervor, daß die Existenz des Londoner Klubs von der UdSSR, im übrigen eines aktiven Mitglieds desselben, weitgehend unterstützt wird. Ein in der „Prawda" vom 22. Dezember 1976 unter der Überschrift „Die Probleme der Nonproliferation und der nuklearen Ausfuhr" veröffentlichter Artikel läßt den unwiderlegbaren Schluß zu, daß die Einführung neuer, verschärfter kontrollmaßnahmen für den Transfer der Nukleartechnologie in nichtnukleare Länder von der Sowjetunion eindeutig befürwortet wird. Letztere begründet diese ihre Haltung mit der vorhandenen Gefahr der Weiterverbreitung von Kernwaffen". All dies läßt aber zu deutlich erkennen, daß die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten einen sehr ähnlichen Standpunkt zur sogenannten „neuen Nuklearpolitik" einnehmen, beziehungsweise sich darüber einig sind, mit Hilfe des Londoner Klubs neue Maßnahmen von Garantie und Kontrolle über Weitergabe, Verarbeitung und Besitz der Nukleartechnologie und -anlagen, wann immer es um die nichtnuklearen Länder geht, aufeinander abzustimmen.

Eigentlich haben sich die großen Nuklearmächte den Londoner Klub als ein neues, zuverlässigeres Bollwerk denn der Nichtverbreitungsvertrag und die Internationale Atomenergiebehörde gedacht, welches die Verbreitung der Nukleartechnologie insgesamt — also nicht nur jenes Teils derselben, der zur Herstellung von Kernwaffen bestimmt ist — verhindern sollte. Dieselben Mächte machen kein Hehl daraus, daß sie sich mit dem Nonproliferation-Vertrag und der Internationalen Atomenergiebehörde nicht zufrieden geben wollen. Sie stellen sich auf den Standpunkt, die beiden erwähnten Instrumente reichten für die Wahrung ihrer Interessen nicht aus, und nahmen daher zur Gründung des Londoner Klubs, aber auch zu manchen anderen Maßnahmen, ihre Zuflucht.

Der Kampf gegen das Atomenergiemonopol der beiden Supermächte — ein Teil des Kampfes der 3. Welt gegen den Kolonialismus und Neokolonialismus

Auf der weltpolitischen Ebene ist man gegenwärtig Zeuge einer ernsthaften Zuspitzung der mit der nuklearen Energie zusammenhängenden Probleme, und zwar einmal wegen der Tendenz zur Stärkung des Kernenergie-Monopols in den Händen einer geringen Zahl der höchstentwickelten Länder, die über diese Energie bereits weitgehend verfügen, zum anderen aber wegen der Ablehnung einer solchen Politik von seiten einer ganz gewaltigen Mehrheit der Menschheit, das heißt aller nichtnuklearen Länder, die die Segnungen der nuklearen Energie für die eigene wirtschaftliche Entwicklung nutzen möchten. Es handelt sich jedoch hierbei keineswegs um eine kurzfristige Zuspitzung, so daß die Auffindung einer raschen und zufriedenstellenden Lösung für diese nuklearen Probleme möglich wäre, zumal der Egoismus jener Länder, die die Nukleartechnologie und -energie schon besitzen, so tief verwurzelt ist, daß mit einem langfristigen und äußerst komplizierten Kampf gerechnet werden muß — mit einem Kampf gegen diese Form der Ungleichheit in den internationalen Beziehungen, gegen die Gefahr einer weiteren Vertiefung der zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern liegenden Kluft, gegen diese nur schwer überwindbare Barriere, welche für die Demokratisierung in den internationalen Beziehungen — Demokratisierung sowohl auf wirtschaftlicher als auch auf politischer Ebene — einen ernsthaften Hemmschuh bilden kann. Die Politik des sogenannten Londoner Klubs, beziehungsweise das eigentliche Wesen dieser Politik, erscheint der Weltgemeinschaft als die Gefahr eines neuen technischen und technologischen Kolonialismus, der beharrlich und entschlossen danach trachtet, die Welt noch genauer aufzuteilen; in ein Grüppchen der reichsten auf der einen und in die ganz gewaltige Gruppe aller übrigen Länder auf der anderen Seite, jedoch unter der Voraussetzung, daß die ganze Welt von der Monopolstellung nur einiger weniger Länder abhängig gemacht wird.

Durch Nuklearenergie werden die Beziehungen in mancher Hinsicht immer gespannter: Neben den im Bereich der internationalen Beziehungen schon vom ersten Tag der Nutzung der Nuklearenergie — hauptsächlich zu Rüstungszwecken — vorhandenen Problemen, wird gegenwärtig die wichtigste Schlacht geschlagen, um die Verwendung der Kernenergie zu friedlichen Zwekken, obgleich uns die nuklearen Großmächte glauben machen wollen, ihre Hauptaufmerksamkeit gelte heute der Verhinderung jeder Weiterverbreitung der Kernwaffen. Die innerhalb des sogenannten Londoner Klubs bestehenden scharfen Gegensätze sind schon zur Genüge bekannt. Gegen den Vorstoß der USA-Politik haben sich drei Mitglieder desselben Klubs, dazu aber auch noch andere öffentlich zur Wehr gesetzt, obgleich bei den letzteren noch keine Anzeichen einer entschiedenen Auseinandersetzung mit der erwähnten amerikanischen Politik festzustellen sind.

Pressionen, die an grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Länder erinnern, werden mit immer stärkerer Intensität ausgeübt — auf Brasilien (wegen der bekannten Vereinbarung über die Errichtung einer ganzen Reihe von Kernkraftwerken mit Hilfe dazugehöriger bundesdeutscher Anlagen), ferner auf Pakistan (wegen Lieferung von Nuklearanlagen aus Frankreich), aber ebenso auf eine ganz beachtliche Zahl von Ländern — Beziehern nuklearer, für den Bau von Kernkraftwerken bestimmter Anlagen aus den USA. Letztere haben diesbezügliche Verträge mit etwa dreißig Ländern abgeschlossen (einige dieser Kernkraftwerke sind schon in Betrieb genommen, etliche stehen noch im Bau, gewisse sollen erst gebaut werden, usw.) und versuchen nun, unter Verkündung der „neuen Nuklearpolitik", den erwähnten, ansonsten souveränen Ländern neue, nach Möglich-

keit bilaterale Verpflichtungen aufzubürden, Dadurch werden die mit den Empfängerländern nuklearer Anlagen geschlossenen bilateralen Abkommen einfach verletzt, Revisionen der unterzeichneten Verträge im Interesse „höherer Ziele“ aufgezwungen und die Partner Washingtons vor die Wahl gestellt, entweder auf dessen Bedingungen einzugehen oder keine Anlagen zu bekommen. Diese Haltung ist umso sonderbarer, als die USA-Regierung sich durch ihre Unterschrift feierlich zur Lieferung derartiger Einrichtungen verpflichtet hat!

Auch Jugoslawien wird unter ähnlichen Druck gesetzt, mit der völlig durchsichtigen Absicht, dem jugoslawischen Partner in Verbindung mit dem bereits begonnenen Bau des Kernkraftwerks „Krško“ weitere Verpflichtungen aufzubürden und ihm zusätzliche Garantien für den Lieferanten von Nuklearanlagen und -brennstoffen zu erpressen. Auf eine solche Art und Weise kann man heutzutage nicht einmal mit einer Einzelperson, geschweige denn mit einem souveränen und unabhängigen Staat reden!

Der Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen, in welchem sich die Nuklearmächte auch zur Erleichterung der Weitergabe der Nukleartechnologie an die nichtnuklearen Länder zwecks Anwendung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken verpflichten, wurde bisher von den Nuklearmächten in einem derart symbolischen Maße erfüllt, daß an den letzteren wohl schärfste Kritik wegen der Nichterfüllung erwähnter Verpflichtungen geübt werden könnte. Eine ähnliche Rüge verdient eigentlich auch die Internationale Atomenergiebehörde in Wien, weil sie die Erwartungen nicht-nuklearer Länder enttäuscht, beziehungsweise ihnen herzlich wenig bei der Weitergabe der Nukleartechnologie sowie bei Lieferungen von Nuklearanlagen und -materialien geholfen hat. Gleich nach Gründung der Atomenergiebehörde haben die nuklearen Großmächte dort das letzte Wort gehabt und immer wieder versucht, die von ihnen befolgte, praktisch einem Kondominium gleichende Politik durchzusetzen. Auf die Weise wurde einmal die Aktivität der Behörde, welche die friedliche Nutzung der Kernenergie in anderen Ländern — ihren Mitgliedern — hätte erleichtern sollen, stark vernachlässigt, zum anderen aber jene Rolle dieser internationalen Organisation weitgehend stimuliert, die an die Tätigkeit eines übereifrigen, die nicht-nuklearen Länder kontrollierenden Aufpassers erinnert. Die praktische Politik der in der Behörde vertretenen Monopolverfechter verfolgte unter anderem das Ziel, anderen Ländern — freilich nicht den wichtigsten Nuklearmächten — neue Verpflichtungen und ein Garantiesystem aufzudrängen, welches den Rahmen der feierlich unterzeichneten Abkommen über den Status und die Kompetenzen der Atomenergiebehörden weit überschreitet.

Der Zusammenschluß der Entwicklungsländer — die Basis für einen erfolgreichen Kampf

Die blockfreien und anderen Entwicklungsländer sind heutzutage mit der Notwendigkeit konfrontiert, ein entsprechendes, auf breiter politischer Plattform beruhendes Aktionsprogramm auszuarbeiten und gegenüber Drittländern organisiert aufzutreten, um die ihnen auf diesem Gebiet zustehenden, unveräußerlichen Rechte bewahren zu können. Sie sollten — und das wären sie ohne weiteres auch imstande — die größtmöglichen Vorteile aus ihren eigenen wissenschaftlichen, materiellen und finanziellen Quellen, aus ihren Rohstoffen und existierenden Industriekapazitäten ziehen, um — wenn nicht schon morgen, so doch auf längere Sicht — das unerläßliche technische und technologische Wissen zu erlangen, und auf dem Gebiet der Kernenergie selbständig, unabhängig zu werden. Alle konkreten Möglichkeiten einer internationalen Zusammenarbeit zwischen den blockfreien und anderen Entwicklungsländern bei der Verwendung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken müssen gründlich geprüft werden. Die Emanzipation der blockfreien Länder auf dem Gebiet der Nukleartechnologie sowie der Beherrschung aller Phasen des nuklearen Brennstoffzyklus muß absolut sichergestellt werden.

Noch weitergehende Zusammenarbeit zwischen den blockfreien, aber auch zwischen diesen und allen anderen Ländern, die gegen das Monopol in den Händen einer kleinen Zahl von Staaten sind, könnte auch in folgenden Bereichen aufgenommen und gefördert werden:

— Nuklearrohstoffe: geologische Forschungen, Feststellung vorhandener Reserven, Erziehung von Kadern für den Einsatz auf diesem Gebiet;

— Kernkraftwerke: gemeinsame Erfahrungen, langfristige Planung für den Bau von Kernkraftwerken, gemeinsame Anstrengungen beim Bau nuklearer Objekte;

— Nuklearindustrie (Möglichkeiten einheimischer Industrien zur Erzeugung von Ausrüstungen für Kernkraftwerke);

— Forschung auf dem Gebiet der Kernwissenschaft (Errichtung gemeinsamer Zentren und wissenschaftlicher Institutionen);

— Prüfung aller Möglichkeiten der Zusammenarbeit und Bildung eines, aus blockfreien und anderen Ländern — einschließlich jener Nuklearmächte, die zur Zusammenarbeit auf gleichberechtigter Grundlage gewillt sind — bestehenden Pools für den nuklearen Brennstoffzyklus;

Einige der aufgezählten Bereiche bzw. Fragen dürften schon morgen, etliche übermorgen in die Tagesordnung zwecks ihrer Lösung aufgenommen werden; gewisse Fragen mögen sich jedoch noch schwieriger erweisen, so daß die blockfreien Länder sich noch später um eine Lösung derselben bemühen werden. Eines steht aber schon heute fest: Die Probleme sind da und sie erheischen eine Lösung — im Interesse der weiteren Demokratisierung der internationalen Beziehungen und einer rascheren Entwicklung der Produktivkräfte im Weltmaßstab.

Die blockfreie Politik — diese universelle Politik — hat in der Tat am ernsthaftesten auf die Gefahr dieser monopolistischen Tendenzen hingewiesen, die sich bereits in eine sehr klare und praktische Politik verwandeln. Das Nuklearkartell besteht bereits. Dieses Kartell wurde jedoch dem Wandel der Geschichte zuwiderlaufend konzipiert und gebildet, und erinnert an die Monopole und Kartelle aus der früheren Zeit des Kapitalismus und Imperialismus, als die auf Exploitation und Vorherrschaft gegründeten Beziehungen die Gesetzmäßigkeit darstellten. Dies ist eine Schwäche der jetzigen Organisierung und Politik einer kleinen Anzahl von Nuklearmächten. Eine weitere schwache Perspektive für die Politik einer Monopolstellung ist die Organisation des Widerstandes gegen eine solche undemokratische Politik. Die Blockfreien verwiesen darauf im September 1975 auf der Ministerkonferenz in Lima, dann in Colombo und noch ausdrücklicher auf dem Treffen des Koordinationsbüros 1977 in New Delhi.

Die blockfreien Länder werden ihre Absprachen im kommenden Frühjahr auf der Zusammenkunft des Koordinationsbüros in Kabul treffen und nachher auf einer sehr wichtigen Konferenz auf Ministerebene, die für Juli dieses Jahres in Belgrad geplant ist. Im Laufe des Frühjahrs wird die der Abrüstung gewidmete Sondertagung der UNO-Vollversammlung ebenfalls eine Gelegenheit sein, die Nuklearfragen und die in den Weltbeziehungen durch die immer anwesende Kernenergie geschaffenen Probleme zu erörtern. Es ist sehr wichtig, diese großen Versammlungen der blockfreien Länder, beziehungsweise aller Länder der Welt (in der UNO) auszunützen, damit solche Beschlüsse über die Nuklearenergie gefaßt werden, die für alle Länder — und nicht nur für eine Minderheit — annehmbar sind. Zugleich ist es auch wichtig, daß die blockfreien und Entwicklungsländer ihre Plattform und ihr Aktionsprogramm in Verbindung mit der Nutzung von Nuklearenergie für Wirtschaftsentwicklung je ausführlicher festlegen; daß sie ihre Einheit in diesen Aktionen bewahren und nicht dem Druck jener Länder nachgeben, die betrachten, daß es noch immer möglich sei, der Mehrheit zu diktieren und sie in einer so vitalen Frage wie die Nuklearenergie in Unterordnung zu halten.

Die blockfreien Länder, die Entwicklungsländer und alle Nichtnuklearländer müssen sich auf eine gegenseitige Zusammenarbeit orientieren und möglichst einheitlich auftreten, um sich der Monopolisierung der Atome entgegensetzen zu können. Gleichzeitig müssen sich diese Länder ohne Zögern zur Schaffung ihres eigenen Pools — als einzige Alternative organisieren, sofern die militärisch-nuklearen Mächte so beständig wie bisher auf der Festigung und Institutionalisierung eines Nuklearmonopols und auf einer Vorherrschaftsformel beharren, die sie bereit wären, der restlichen, nichtnuklearen Welt anzubieten.

Zwischentitel von der Redaktion

den Renten gegenüber dem KV von 1974 erreicht werden. Hier erlitten die Bergarbeiter dank der Klassenkollaboration von Arnold Miller und Konsorten eine Niederlage.

— Gesundheitswesen: Jeder Kumpel wird die ersten 200 Dollar der jährlichen Arzt- und Spitalskosten selbst bezahlen müssen. Bisher war die Gesundheitsfürsorge für die Kumpel gratis, wenn auch nicht ausreichend. Darüber hinaus — und das ist der weitaus wichtigere Punkt in dieser Frage — hat nicht mehr die Gewerkschaft die Kontrolle über das Gesundheitswesen in den Kohlengruben (durch Betreiben von Kliniken und Bezahlung von Ärzten mit Geldern aus dem entsprechenden, aus Profiten gespeisten, Fond), sondern wird die Krankenversicherung von den Kapitalisten mit einer privaten Versicherungsgesellschaft abgeschlossen.



Die „Schwarze Lunge tötet". Protest gegen die mörderischen Arbeitsbedingungen in den Kohlengruben. Der Kumpel weist auf die Notwendigkeit des Streikrechts hin.

— Renten: Vor 1976 in die Rente gegangene erhalten maximal 275 Dollar, die anderen Rentner maximal 500 Dollar im Monat. Dies war bereits im KV von 1974 enthalten.

Diesmal forderten die Kumpel eine Angleichung der Renten nach oben. Außerdem kann laut neuem KV die Auszahlung der Renten nach Ablauf des KV gestoppt werden.

— Streikrecht: Wie bisher sind für die KV-Periode „autorisierte" Streiks gegen gefährliche Arbeitsbedingungen oder Antreiberei nicht zugelassen, sondern müssen vors Gericht zwecks „Schlichtung" gebracht werden. Zwar sind Bestrafungen von Teilnehmern an „wilden" Streiks nicht explizit vorgesehen (im Gegensatz zu den anderen — abgelehnten — KV-Entwürfen), doch werden in einem dem KV beigelegten Memorandum die bisherigen Gerichtsentscheidungen in „Schlichtungs"-Fällen implizit gutgeheißen. Und die Entscheidung Nr. 108 erklärt „wilde" Streiks als „schwerwiegendes Vergehen, das mit Entlassung bestraft werden darf."

— Die bereits zu Beginn des Streiks von den Kapitalisten zugesagte Lohnerhöhung von 31% — aufgeteilt auf drei Jahre — blieb im KV. Mit dem scheinbaren Nachgeben an diesem Frontabschnitt des ökonomischen Kampfes wollten die Kohlenbarone ihre Angriffe auf Kranken- und Altersfürsorge sowie Streikrecht „versüßen".

Den Kohle- und Gewerkschaftsbossen nicht auf den Leim gegangen

Wir haben bereits früher von der Entschlossenheit und Klarheit der Kumpel in diesem Kapf berichtet (sh. Klassenkampf 6/78 s.13). Es ist also nicht so. daß ihnen ein schlechter KV untergejubelt wurde, dessen spalterische Bestimmungen ihnen unklar waren oder sind. Nein, den Kumpeln war klar, was dieser KV bedeutet: Ein halber Erfolg für die Kapitalisten, die ihre Profitgier mit dem Blut der Bergarbeiter stillen und noch mehr aus ihnen herauspressen wollen. Das Fehlen von Sicherheitsbestimmungen im KV und geplante Rationalisierungen werden höchstwahrscheinlich die Todes-Quote in den Gruben (bisher mehr als 100 pro Jahr) hinaufschrauben.

Daß die Kumpel diesen KV nicht als Kampferfolg betrachten, zeigt das Abstimmungsergebnis ganz genau. Sie haben vielmehr — durch Entbehrungen und Verrat aller Art in eine ökonomisch äußerst schwie-

Der Streik abgebrochen, der Kampfgeist ungebrochen

Nach 110 Tagen Streik in den US-Kohlengruben:

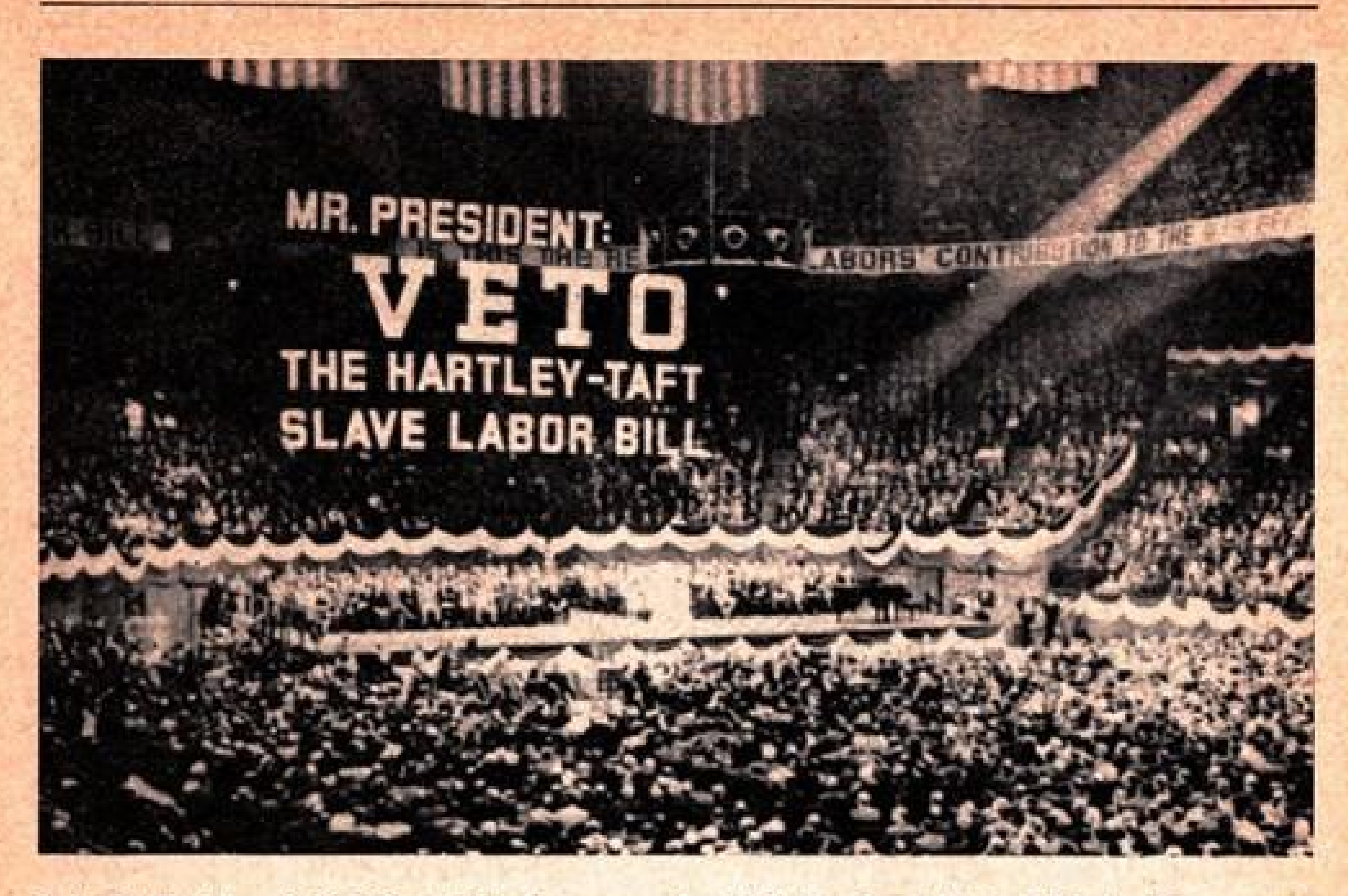


Streikende Bergarbeiter treten öffentlich gegen den Taft-Hartley Akt auf.

Der längste Streik in der Geschichte der US-Bergarbeiter ging am 25. März zu Ende. Durch die offene Klassenkollaboration der Gewerkschaftsführung auf allen Linien und daraus resultierenden außerordentlichen finanziellen Belastungen waren die Kumpel gezwungen, einen Kollektivvertrag zu unterzeichnen, der eine ökonomische Niederlage bedeutet. Das Abstimmungsverhältnis lautete 55% für und 45% gegen den KV („The Call", 3.4.78). Es ist nicht klar, wie viele Kumpel ungültig stimmten oder überhaupt nicht zur Abstimmung gingen. Eine bürgerliche Zeitung schrieb am Tag nach der KV-Unterzeichnung, daß laut UMW-Führung von 719 Gewerkschafts-Ortsgruppen nur 655 Abstimmungsergebnisse vorlägen und demnach 55.726 (oder 57%) für und 42.391 (oder 43%) gegen den KV gestimmt hatten. Wenn diese Zahlen stimmen, so heißt das, daß nur etwa 34% der 166.000 Kohlengrubenarbeiter für den KV gestimmt haben.

Der neue KV — schlechter als der von 1974

Vor einem Monat berichteten wir ausführlich von den Forderungen der Masse der Kumpel; daß es einerseits um die Abwehr der Angriffe der Kohlenbarone auf das Streikrecht ging, und andererseits sollte eine Verbesserung in der Krankenfürsorge und bei



Seit 1947 bekämpft die US-Arbeiterbewegung den Taft-Hartley-Akt. Im Bild eine Massenversammlung.

rige Situation gebracht — zähneknirschend den Rückzug angetreten.

Den Angriffsplänen der Bourgeoisie einen Schlag versetzt

In unserer ersten Reportage über den Streik haben wir auf die Bedeutung dieses Streiks für die heraufziehenden Klassenkämpfe in den USA hingewiesen. Auf der einen Seite wird die Bourgeoisie in der nahen Zukunft versuchen, unter Hinweis auf das „Nachgeben" der Grubenarbeiter auch bei den Stahl- und Autoarbeitern eine Verschlechterung der Kranken- und Altersfürsorge durchzusetzen. Andrerseits hat ihnen der Streik in den Kohlengruben gezeigt, daß sie dabei weder ein leichtes Spiel haben werden, noch der Erfolg gewiß ist. Gerade mit dem Versuch, das Taft-Hartley-Gesetz anzuwenden (das — neben anderen Bestimmungen — einen Streikabbruch für 80 Tage als „Abkühlungsperiode" vorsieht), haben die Kapitalisten und ihr Staat eine Niederlage erlitten: Die Grubenarbeiter haben ihre Ankündigung, sich diesem Gesetz nicht zu beugen, lückenlos wahrgemacht. Hier hatte der gegen die Arbeiterklasse gerichtete Charakter des Gesetzes seine positiven Seiten: Er zeigte klar, daß der Staat nichts anderes ist als ein Herrschaftsinstrument der herrschenden — in diesem Fall ausbeutenden — Klasse. Und es wurde auch klar, wie lächerlich doch die Macht der Bourgeoisie angesichts der Kampfentschlossenheit der Arbeiter aussieht. Das ging so weit, daß ein Antrag Carters an ein Gericht, aus den Taft-Hartley-Gesetz resultierende Bestimmungen zu verfügen, abgelehnt wurde, „weil sich ohnehin niemand an die Bestimmungen halten würde."

Man darf aber diese Angriffe der Kapitalisten und ihres Staates auf die Lebensbedingungen der Kohlenkumpel nicht nur als Versuch sehen, die Auswirkungen der Krise auf den Rücken der werktätigen Massen (und insbesondere der Arbeiterklasse) abzuladen.

In dieser Weltwirtschaftskrise geht es für die US-Imperialisten um mehr. Es geht um die Kriegsvorbereitungen. Die Verschärfung aller Widersprüche im Weltmaßstab — und speziell der imperialistischen Widersprüche

zwischen Sozial- und US-Imperialismus — hat einen Grad erreicht, wo die Lenin'sche Erkenntnis, daß imperialistische Kriege unausbleiblich sind, solange es Imperialismus gibt, tagtäglich von der aktuellen Politik der Sozial- und US-Imperialisten bestätigt wird. Im Rahmen dieser Kriegsvorbereitungen spielt die Frage der Energieversorgung eine zentrale Rolle. Dessen sind sich die Imperialisten bewußt und die Carter-Regierung hat für die Bourgeoisie ein Energie-Konzept ausgearbeitet. Demnach soll die Abhängigkeit der USA von Erdölimporten minimisiert werden (40% des Erdölbedarfs der USA wird durch Importe gedeckt), indem die Energiegewinnung aus einheimischer Kohle drastisch erhöht wird. Bis 1985 soll die Kohlenproduktion verdoppelt werden. Angesichts des 110-tägigen heldenhaften Streiks der Kumpel blieb Energieminister James Schlesinger aber nichts anderes übrig, als einzugestehen, daß „zweifellos die Erfahrungen des Kohle-Streiks die Industrie nicht ermutigen wird, so schnell auf Kohle umzusteigen, wie wir es im nationalen Energie-Plan gehofft hatten." Weil es für die Imperialisten „letzten Endes keine Alternative als ein Umsteigen auf Kohle gibt", muß die Frage der „Produktivität und Stabilität in den Kohlengruben gelöst werden." Daher hat auch Carter eine spezielle Kommission ernannt, die sich mit Problemen in der Kohlenindustrie zu beschäftigen hat.

Der Verrat der UMW-Führung und die Solidarität der werktätigen Massen

Wie bereits berichtet, hat die UMW-Führung unter Miller vom ersten Streiktag an alles versucht, um dem Streik in den Rücken zu fallen und schließlich seinen Abbruch zu erreichen. Sie, die in Cadillacs herumkutschieren und in Nobelhotels wohnen, haben an einem hohen Organisations- und Bewußtheitsgrad der Kohlenkumpel kein Interesse; denn ihre Privilegien (darunter Phantasiegehälter und -pensionen) sind nur durch eine möglichst tiefgehende Spaltung und möglichst geringes Klassenbewußtsein der Arbeiter gewährleistet. Sie weigerten sich, um Forderungen der Basis in Fragen der Krankenfürsorge, um Rentenangleichung, um Sicherheitsbestimmungen ernsthaft zu verhandeln und sich in diesen Fragen auf die Massen zu stützen. Stattdessen jammerten sie über die Hartnäckigkeit der Kohlenbarone und versicherten zuletzt, daß nicht mehr herauszuholen war. Sie versuchten, Illusionen über den Charakter des imperialistischen Staates unter den Kumpeln zu verbreiten und wurden dabei von den Revisionisten tatkräftigst unterstützt. Sie beschimpften zusammen mit der Bourgeoisie die kampfentschlossensten Kumpel als „Radaubrüder, die sich nicht um die Prinzipien scheren, auf denen dieses Land aufgebaut ist." Damit haben sie indirekt ausgesprochen, was in diesem Kampf vielen Kohlenkumpeln und anderen Arbeitern klar wurde: Daß der Kampf der Arbeiter nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie nicht von den Profitinteressen (den „Prinzipien") der Ausbeuter, sondern von den Interessen der Arbeiterklasse ausgehen.



Bewaffnete Polizeitruppen versuchten immer wieder, die Bergarbeiter in die Gruben zu bringen. Im Bild ein Polizeieinsatz in Virginia.

Schließlich gingen Miller und Konsorten, diese Kreaturen im Dienste der Bourgeoisie, so weit, daß sie die Auszahlung von Streikspenden anderer Gewerkschaften und Organisationen an die Kumpel verweigerten bzw.

zur Auszahlung dieser Gelder erst nach Einstellung des Streiks bereit waren.

Dieser offenen Kollaboration der UMW-Führung mit den Kohlenbaronen steht die Klassensolidarität der Arbeiter anderer Industriezweige (insbesondere der Stahl- und Autoindustrie) und die Unterstützung des Streiks auch durch nichtproletarische Massen als leuchtendes Beispiel entgegen. Es blieb nicht bei der verbal verkündeten Solidarität, sondern es gab bedeutende materielle Unterstützung. 4,5 Millionen Dollar wurden für den Streik gespendet, deren Auszahlung dann von Miller und seiner Clique größtenteils verweigert wurde. Ein großer Teil der Gelder kam direkt aus den Gewerkschaftskassen der United Steel Workers und der United Auto Workers, deren Führer unter dem Druck der Stahl- und Autoarbeiter diese Gelder spenden mußten. Die Arbeiter der Dodge-LWK-Fabrik in Warren, Michigan, schickten fünf Lastwagen mit Lebensmitteln und Kleidung nach Harlan County in Kentucky. Farmer aus Georgia brachten vier LKW-Ladungen mit Lebensmitteln zu den Kumpeln in West-Virginia. Seit mehreren Monaten stehen die Farmer der USA im Kampf um höhere Ankaufpreise für ihre Produkte. Besonders die kleinen Farmer sind ständig vom Ruin durch die Lebensmittelkonzerne bedroht. „Wir glauben, daß alle Werktätigen sich vereinigen müssen, um den Würgegriff der großen Konzerne zu brechen.", sagte ein Farmer. Und: „Unten in Georgia bezeichnen sie uns Farmer als die niedrigste Klasse, und wir wissen, daß man dasselbe hier über die Kumpel sagt. Da haben wir uns gedacht, daß wir für einander einstehen sollten." (Zitate aus „The Call", 20.3.78). Demokratische Massenorganisationen und ML-Organisationen organisierten Solidaritätsveranstaltungen und sammelten Geld.

Die Lehren aus dem Streik

Ein weiteres Kapitel des gigantischen Heldenepos der US-Arbeiterklasse ist geschrieben. 110 Tage heldenhafter Widerstand gegen Ausbeuter und Ausbeuterstaat. 110 Tage dauernder Kampf gegen den tagtäglichen Verrat des UMW-Führungsgesindels. Stellenweise Feuergefechte, zwei Kumpel ließen ihr Leben, die Kampfbereitschaft ungebrochen. Aber es fehlte die Führung des Kampfes, und es mußte unter den Schlägen von ökonomischen Schwierigkeiten der Rückzug angetreten werden.



„Kämpfen nicht verhungern!" heißt es in der Zeitung der Kommunistischen Partei der USA(ML) „The Call". Die amerikanische marxistisch-leninistische Bewegung propagierte und unterstützte den Streik in den Kohlengruben entsprechend seiner großen Bedeutung für den Klassenkampf im ganzen Land.

Diese 110 Tage zeigten, daß nach wie vor gilt, was in einem alten Arbeitergedicht ausgesprochen wird: „Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will." Der Streik zeigte, welche Belastungen die Arbeiterklasse zu tragen bereit ist, wenn die Kampfziele klar abgesteckt und im Interesse der Klasse sind. Er zeigte, wie die Klassensolidarität inner- und außerhalb des Streiks die Kampfkraft der Streikbewegung vervielfacht. Daß, wenn der Feind einmal umfassend erkannt ist, man gegebenenfalls zu den Waffen greifen muß, um die Klasse oder einen Teil davon zu verteidigen. Hätte die Bourgeoisie die Armee ins Gefecht geworfen, die Kumpel wären zum bewaffneten Kampf bereit gewesen. Schon standen diese an den Bergstraßen bereit, um die Räder der LKW's zu durchlöchern. Die Bourgeoisie mußte nicht zum umfassenden militärischen Kampf antreten, weil der Kampf der Grubenarbeiter führungslos war.

— Hauptmangel des Kampfes war das Fehlen einer klassenbewußten Streikführung; eine solche hätte die Kampfbereitschaft der Kumpel voll zur Geltung bringend, die Kumpel zur Durchsetzung ihrer Forderungen führen können.

— Seit mehreren Jahren hat die UMW-Führung nichts in Richtung auf gewerkschaftliche Vereinigung **aller** Kohlengrubenarbeiter unternommen. Ein großer Teil der Kohlengruben im Westen der USA kennt keine gewerkschaftliche Organisierung. Dadurch kam es zu keinem Gesamtstreik in den Kohlengruben, und die Kohlenproduktion blieb im Landesmaßstab zu 50% aufrecht. Je gespaltener die Kumpel, umso sicherer die Positionen der Klassenkollaborateure in der UMW-Führung.

— Der Gewerkschaftsapparat wurde voll und ganz gegen den Streik eingesetzt, Gewerkschaftsgelder für Inserate zur Propagierung des „Ausverkaufs-KV" in Presse, Radio und Fernsehen verwendet.

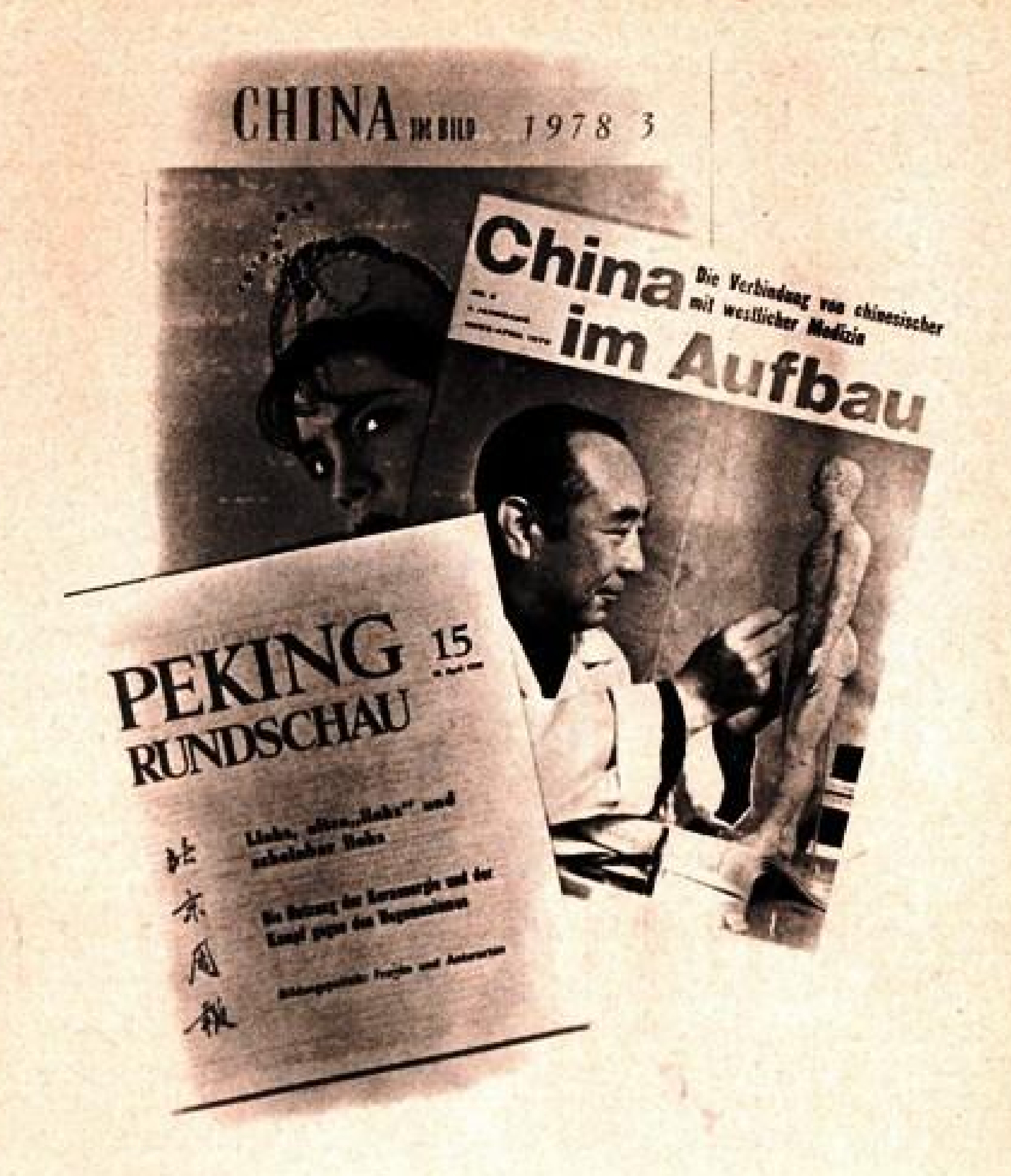
Die Kumpel haben diese Mängel zum größten Teil selbst erkannt. Bereits während des Streiks lief die Kampagne zur Absetzung der Miller-Clique. Aber es geht nicht nur um die obersten UMW-Führer, es geht um die Verwandlung der Gewerkschaft in das, was sie einmal war: Ein Instrument des Klassenkampfs in den Händen der Arbeiterklasse. Nur in dem Maß, in dem es den Kumpeln gelingt, die Gewerkschaften den bürgerlichen Elementen zu entreißen, werden künftige Niederlagen vermeidbar sein.

Es war eine ökonomische Niederlage, wenngleich nicht eine Niederlage jenes Ausmaßes, das die Bourgeoisie anstrebte. Politisch und im Rahmen des gesamten Klassenkampfes in den USA gesehen, war es jedoch ein halber Sieg für die Proletarier. In diesem Streik manifestierte sich die Perspektive der Klasse, die unüberwindbar ist, wenn sie als Klasse handelt. Die ML-Bewegung hat Wesentliches zur Propagierung und Unterstützung des Streiks beigetragen, auch wenn sie noch nicht umfassend eingreifen konnte.

Man kann aber klar sagen: Nach Jahrzehnten des Verrats, der Betäubung durch Reformismus und Revisionismus, beginnt die US-Arbeiterklasse ihren Rücken zu strecken. Sie beginnt, das Bewußtsein in und das Vertrauen auf ihre eigene Kraft zu entwickeln. Und sie beginnt, zurückzuschlagen.

Ein Korrespondent

Zeitschriften zum Aufbau des Sozialismus in China



„China im Aufbau"

ist eine illustrierte Zweimonatsschrift über den Aufbau des Sozialismus in China und hat die Aufgabe, „das Verständnis und die Freundschaft zwischen dem chinesischen Volk und den Völkern der ganzen Welt zu fördern." (Vorwort der Nr.1)
Abonnement für 1 Jahr S35,-

„Peking-Rundschau"
Erscheint wöchentlich.
Jahresabonnement S 75,-

„China im Bild"
Illustrierte Monatszeitschrift

Jahresabonnement S 60,-

Zu beziehen über: Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, Postfach 13, 1042 Wien
52 Seiten, Preis S 5,-

Lest und verbreitet !

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

erscheint 14-tägig. Einzelpreis: 5,- Abonnement: Halbjahr: 75,- 1 Jahr: 150,-
Ausland: Einzelpreis: 8,50, Abonnement: Halbjahr: 112,- 1 Jahr: 224,-

Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Preis, 25,- Erscheint monatlich.
Jahresabonnement: 300,- zuzüglich Porto: Inland 18,- Ausland 42,-



Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Zurückweisung des 3%-Angebots! Schlußmit der Kapitulationspolitik!

Heraus am Tag der Parlamentsdebatte über AKW!

erhältlich bei „Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten", Alois Wieser GesmbH., 1042 Wien, Postfach 13